

# Beschlussbuch

8. ordentliche Landeskonferenz  
des Juso-Landesverbandes NRW

Samstag, 21. März 2009 in Kamen

## Inhaltsverzeichnis

A1	Für den sozial-ökologischen Umbau der Gesellschaft	Seite 3
B1	Gerechte Löhne für alle – für eine Neuordnung des Niedriglohnssektors	Seite 22
B2	Gute Ausbildung	Seite 30
C1	Kinder und Jugendarbeit	Seite 36
C5	Gemeinsames Lernen nur inklusiv– für die Abschaffung des viergliedrigen Schulsystems	Seite 45
E1	Die Kernforderungen unserer Europakampagne	Seite 47
G1	Rechtsextremismus – nicht nur ein Problem der Vergangenheit!	Seite 51
G2	Keine Macht den falschen FreundInnen – Kommunen müssen handeln!	Seite 52
U1	Energie- und Rohstoffeffizienz steigern - Für Arbeitsplätze, Klimaschutz und soziale Gerechtigkeit!	Seite 55
U2	Mobilität sichern; verkehrspolitisch umdenken - neue Wege fahren!	Seite 64
U4	Atomausstieg	Seite 74
U5	Gerechte Besteuerung – keine Steuerfreiheit für Kerosin	Seite 75
U6	Kühlgeräte	Seite 76
W1	BuKo 2010	Seite 77
R2	Working on a dream! NRW Jusos für die Europäische Sozialdemokratie.	Seite 78
R3	Für eine Abschaffung der Wehrpflicht	Seite 80
I2	Resolution Opel	Seite 81
I3	Eintreten gegen Rechts – Jetzt erst recht!	Seite 82
I4	Für Frieden und Toleranz – gegen den Anti-Islamisierungskongress!	Seite 84
I5	Jusos fordern mehr Schulpsychologen in NRW	Seite 85
I6	Zukunftsfähigkeit für unsere Städte	Seite 86
I7	Quellen kennzeichnen	Seite 88
I8	KALLE GRABOWSKI zur A 44 Eröffnung einladen	Seite 89

Antrag A1

Antragsteller: Landesvorstand

## **Für den sozial-ökologischen Umbau der Gesellschaft**

### **Entschieden handeln- gerecht erneuern!**

-Forderungen der NRW Jusos zur Bundestagswahl 2009-

### **Der Kampf geht weiter: Jusos und SPD vor der Bundestagswahl**

Das Jahr 2009 ist ein Jahr der Entscheidungen. 8 Kommunalwahlen, 4 Landtagswahlen, die Europawahl und die Bundestagswahl bilden den politischen Rahmen für 12 ereignisreiche und spannende Monate. Auf allen Ebenen haben die BürgerInnen die direkte Möglichkeit, die Linien der Politik für die nächsten Jahre mitzubestimmen.

Für uns in Nordrhein-Westfalen steht bereits die dritte entscheidende Wahl innerhalb eines halben Jahres an. Nach den Weichenstellungen der Kommunal- und der Europawahl geht es für uns darum, eine linke, eine soziale und gerechte Mehrheit im Bundestag – und damit für das wichtigste Bindeglied zwischen kommunaler und europäischer Handlungsebene - zu erringen. Unsere Kampagne kennt keine Pause.

Wenn am 27. September 2009 der Bundestag und mittelbar ein neuer Kanzler gewählt wird, ist die Banken- und Finanzkrise gut ein Jahr alt. Die Folgen der sich bereits realisierenden Wirtschaftskrise werden absehbarer und der Erfolg oder Misserfolg der bislang zwei Konjunkturpakete messbarer sein. Es ist abzusehen, dass die WählerInnen ihre Stimme der Partei geben, der sie zu- und vertrauen, die besseren Antworten auf die aktuellen Herausforderungen nicht nur zu kennen, sondern auch umzusetzen. Dabei wird die Bilanz des Bisherigen eine erhebliche Rolle spielen.

Die Finanzkrise, die sich derzeit zur allgemeinen Wirtschaftskrise auswächst, ist weder Naturkatastrophe noch Unfall noch Folge amoralischen Manager-Verhaltens. Sie ist in ihrer Grundform typisches Phänomen des Kapitalismus und in ihrer aktuell heftigen Ausprägung, die gekennzeichnet ist durch schnelle Kettenreaktionen, verursacht durch die überragende Dominanz der Finanzmärkte im kapitalistischen System der letzten Jahrzehnte. Die Krise ist damit auch direktes Ergebnis einer weit reichenden Deregulierung, die insbesondere in den vergangenen drei Jahrzehnten auf allen Ebenen praktiziert wurde. Der politisch gewollte Rückzug des Staates von vielen Feldern wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Handelns

hat zu einer unkontrollierten Wucherung der Märkte und einer finanziellen wie politischen Quasi-Entmachtung des Staates geführt.

Während jedoch noch in den ausgehenden Neunziger Jahren und zu Beginn des 21. Jahrhunderts die Neoliberalisierung der Gesellschaft kaum überwindbar schien, werden in den letzten Jahren zunehmend Brüche sichtbar: In der Bevölkerung formiert sich stetig wachsender Widerstand, wenn vor Ort kommunale Einrichtungen privatisiert werden sollen. In Umfragen nimmt die Zahl derer, die mehr als nur vermeintliche Kernaufgaben in öffentlicher Verantwortung sehen wollen, frapierend zu, wobei die Ablehnung gegen die Privatisierung der Bahn nur das prominenteste Beispiel ist. Kurzum: Der Glaube an die Kräfte des Marktes ist in vielen Teilen der Gesellschaft geschwunden, das Jahrzehnt der Entstaatlichung ist vorbei.

Die Trendwende hat jedoch schon vor der derzeitigen Krise auf den internationalen Märkten eingesetzt. Viele weitere Indizien dafür, dass die marktgläubige Politik der letzten Jahrzehnte nur einigen wenigen zum Vorteil gereichte, sind schon länger sichtbar. Denn bereits in der Phase des Aufschwungs nach dem Jahrtausendwechsel hat sich in der Bundesrepublik Deutschland die soziale Polarisierung nicht nur fortgesetzt, sondern verschärft. Zwar konnte das Versprechen, mehr Menschen in Arbeit zu bringen, quantitativ eingelöst werden. Allerdings gelang dies vor allem dadurch, dass die Anzahl prekärer Beschäftigungsverhältnisse erheblich gesteigert wurde: Niedriglohn- und Minijob-Sektor wurden ausgeweitet und durch die Aufstocker-Möglichkeit nach SGB II mittelbar subventioniert, die Leiharbeitsbranche wuchert nahezu unreguliert, und auch im so genannten Normalarbeitsverhältnis hielten die Reallöhne mit der wirtschaftlichen Aufwärtsentwicklung bei weitem nicht mit.

In den letzten Jahrzehnten sind zudem in der Bildungspolitik der Bundesrepublik kaum echte Fortschritte zu verzeichnen. In kaum einem anderen Land hängen Bildungserfolg und soziale Herkunft von Kindern so stark voneinander ab wie hier. Neben den schon vorhandenen Barrieren wie dem dreigliedrigen Schulsystem sind etwa mit der Einführung von Studiengebühren sogar weitere Hürden hinzugekommen. Mit Ausnahme der von der SPD erkämpften BAföG-Erhöhung hat das unionsgeführte Bildungsministerium keinerlei Schritte unternommen, um diese Selektivität zu verringern. Auch insgesamt bleibt das Bildungssystem allen anders lautenden Ankündigungen zum Trotz gerade im Elementarbereich chronisch unterfinanziert. Und durch die zweite Föderalismusreform hat sich der Bund ausgerechnet in diesem zentralen Bereich für die Weiterentwicklung von Gesellschaft jeder Kompetenz - und damit jeder Verantwortung - enthoben und die

Regelungsbefugnis den Ländern übertragen. Echte Antworten auf die andauernde Ausbildungsplatzmisere sind ebenso wenig gefunden wie ein belastbares Konzept für Weiterbildung und unterschiedliche Phasen in Erwerbsbiografien.

Zehn Jahre nach dem angekündigten „Neuen Aufbruch für die Frauenpolitik“ im SPD-Wahlprogramm anno ‚98 ist Deutschland zudem nach wie vor gleichstellungspolitische Baustelle. Die Bundesregierung betreibt seit 2005 auch ganz offiziell Frauenpolitik als untergeordneten Bereich der Familienpolitik. Im europäischen Vergleich rangiert die Bundesrepublik bei der geschlechtergerechten Verteilung von Macht und Einfluss in Wirtschaftsunternehmen ebenso auf einem der hintersten Plätze wie bei der Frage der Lohngleichheit: Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit ist im Jahr 2009 ebenso wenig erreicht wie eine gerechte Aufteilung von Erwerbs- und Familienarbeit gelungen ist.

Trotz der Inszenierung Angela Merkels als „Klima-Kanzlerin“ sind die erreichten Erfolge in der Umweltpolitik die Leistung der SPD. Nicht erst mit dem Scheitern des integrierten Umweltgesetzbuches wird deutlich, wie wenig ernst die Kanzlerin nachhaltige Umweltpolitik nimmt. Eine notwendige Umgestaltung der KFZ-Steuer zu einem Instrument tatsächlichen Klimaschutzes gehört ebenso zu den gescheiterten Projekten. Die fortschrittsorientierte, ökologische Modernisierung unseres Landes, die unter Rot-Grün begonnen wurde, ist nur durch das Engagement der Sozialdemokratie aufrechterhalten worden. Gegen permanente Widerstände seitens der Unionsparteien konnten einige wichtige Projekte wie bspw. das integrierte Klima- und Energieprogramm durchgesetzt werden. Andere ökologisch notwendige Maßnahmen scheitern jedoch nach wie vor an der rückwärtsgewandten Haltung des Koalitionspartners und der Blockade der Industrielobby. Im Jahr 2009 und den begleitenden Wahlkämpfen wird entscheidend sein, inwieweit die umweltpolitischen Ziele auch in Zeiten der Wirtschaftskrise Bestand haben. Der Anfang hin zu einer nachhaltigen Wirtschaftspolitik ist gemacht, ob dieses zukunftsfähige Projekt fortgeführt wird, hängt ab vom Wahlerfolg der SPD.

Die Bilanz der SPD in der Innen- und Sicherheitspolitik ist größtenteils verheerend. Auf die Einführung von zahlreichen freiheitsbeschränkenden Gesetzen unter Innenminister Otto Schily folgte in der großen Koalition eine weitere Verschärfung der Sicherheitsgesetzgebung durch Wolfgang Schäuble. Diese wurde größtenteils mitgetragen, teilweise kritisiert, aber zu keinem Zeitpunkt konnte sich die SPD zu einer zeitgemäßen Positionierung zum vermeintlichen Spannungsverhältnis zwischen Freiheit und Sicherheit durchringen. Im Ergebnis wurde ein Pfeiler des sozialdemokratischen Selbstverständnisses – das Leitmotiv der Freiheit – wenn auch nicht geopfert, dann doch sträflich vernachlässigt.

Auf drängende Fragen der bürgerlichen Freiheiten, des Datenschutzes, des Schutzes der Privatsphäre und der Möglichkeiten und Grenzen des Rechtsstaates fehlen der SPD zeitgemäße Antworten.

Der SPD ist es in den zurückliegenden Jahren selten gelungen, die Umsetzung eigener Projekte oder die Vorstellung ihrer Ziele als eigenen Erfolg zu verbuchen (Beispiele Kinderbetreuung, Klimaschutz). Umgekehrt hat sie in der großen Koalition Vorhaben mitgetragen, die entweder ursprünglichen Ankündigungen zuwiderliefen (Beispiele Mehrwertsteuer, Gesundheitsfonds) oder zumindest der Haltung breiter Teile der eigenen Partei widersprachen (Beispiele Unternehmenssteuer, Rente mit 67, Bahnprivatisierung). Auch in der eigenen Partei und im weiteren Umfeld machte sich Verunsicherung breit. Politische Forderungen, die wie der Mindestlohn auf breite Unterstützung stoßen, bilden die Ausnahme.

Der SPD ist es bisher noch nicht gelungen, ihr Dilemma in der Fünf-Parteien-Realität zu lösen. Eine souveräne Haltung zwischen einer sozialdemokratisierten Union und der sozialdemagogischen Linken hat sie noch nicht gefunden. Das einst verlässliche Reform-Bündnis mit den Grünen hat sich überlebt, ist derzeit allein nicht mehrheitsfähig und zudem im Hinblick darauf, dass auch die Grünen keinen Koalitionspartner kategorisch ausschließen, keine politische Selbstverständlichkeit. Die Annäherungsversuche an die FDP haben bislang zumindest keine sichtbaren Erfolge gezeigt und zeugen zudem eher von einem nostalgischen Blick auf vergangene sozial-liberale Zeiten als einer realistischen Bewertung der inhaltlichen Koalitionsfähigkeit mit den Liberalen.

Die Ereignisse in Hessen machten jüngst noch einmal eine Selbstverständlichkeit deutlich: Über Koalitionen kann erst gesprochen werden, wenn Mehrheitsverhältnisse und politische Vorhaben feststehen. Die Sozialdemokratie ist deshalb gefordert, ein Wahlprogramm zu entwickeln, das auf ihrem Grundsatzprogramm basiert und dabei den Spagat schafft, zugleich Volkspartei zu sein und das Alleinstellungsmerkmal für soziale Gerechtigkeit zu haben. Hauptgegner kann dabei nur die CDU/CSU sein, denn die SPD wird überhaupt nur dann in der Frage der Regierungsbildung die entscheidende Rolle spielen, wenn sie mehr Stimmen gewinnt als die CDU. Das Ergebnis der Landtagswahl in Hessen und die Tage danach haben zudem den Hinweis gegeben, dass sich auch im Jahr 2009 ein konservativ-liberales Lager formiert. Die Ausgangslage für den Wahlkampf dürfte damit hinreichend klar sein.

## **Die Alternative – Der sozial-ökologische Umbau der Gesellschaft als neues Fortschrittsprojekt**

Für uns Jusos ist klar: Wir wollen bei der Bundestagswahl für eine linke gesellschaftliche Mehrheit streiten, die den sozial-ökologischen Umbau zum Ziel hat. Aus der aktuellen Krise müssen die richtigen Lehren gezogen werden. Das geht nur mit einer starken SPD. Und das geht nur, wenn die Differenz zum politischen Gegner deutlich wird. Die große Koalition hat in den vergangenen vier Jahren in vielen Bereichen für Stillstand gesorgt. Deswegen ist es an der Zeit, für ein neues gesellschaftliches Fortschrittsprojekt zu werben. Ein solches Projekt ist mit den Unionsparteien nicht möglich, wir müssen zeigen, wo der politische Gegner steht. Wir Jusos werden uns mit unseren eigenen Themen in den Wahlkampf einbringen. Dabei wollen wir insbesondere die jüngere Generation von unseren Ideen überzeugen, wie wir das in allen vergangenen Wahlen erfolgreich getan haben. Ein neues Fortschrittsprojekt für den sozial-ökologischen Umbau der Gesellschaft muss dabei folgende Themen umfassen:

### **Lehren aus der Krise**

„Die Märkte heilen sich selbst“ ist nicht länger die Mehrheitsmeinung!

Mit der Finanzkrise verbindet sich auch eine Chance. Die Chance für einen Umbau des Finanzsystems und die Korrektur des Wirtschaftssystems eine große Mehrheit zu finden, hin zu einer Marktwirtschaft, die den Zusatz „Sozial“ wirklich verdient. Die SPD muss diese Chance nutzen und in das Wahlprogramm weitgehende Reformen des Finanzmarktes aufnehmen. Wenn die Konjunkturpakete greifen und die Wirtschaft nicht mehr schrumpft darf es kein „Weiter so!“ geben. Die Stimmung im Land muss jetzt genutzt werden. Wer jetzt vorsichtige, mutlose Maßnahmen propagiert, vergibt die Chance! Die letzten Wachstumsphasen haben gezeigt, dass viele Menschen die vorweg gegangenen Krisen vergessen oder für einmalige Unfälle halten und die Aufschwungphasen für den Normalfall. In solchen Zeiten werden die „Privat vor Staat“ -Rufe wieder laut und finden auch bei einer krisengebeutelten, politikverdrossenen Bevölkerung großen Anklang.

Eines ist aber klar: Bei weiterhin unregulierten Märkten und einem Wirtschaftssystem, dass weiterhin auf stagnierende Masseneinkommen und steigende Spitzengehälter setzt, sind wir auf dem direkten Weg in die nächste Krise.

Maßnahmen gegen die Rezession fordern von der Allgemeinheit große Anstrengungen. Der Staat übernimmt Bürgschaften in dreistelliger Milliardenhöhe, beteiligt sich mit Milliarden an Banken und soll auch noch milliardenteure Risikopapiere kaufen. Während wichtige Einrichtungen wie das Bildungssystem, das Gesundheitssystem, die Kommunen und die Rentenkassen strukturell unterfinanziert sind, viele Menschen in Deutschland in Armut leben und die

Politik über Jahrzehnte Verbesserungen, mit dem Verweis auf leere Kassen verweigert hat. Während Banken, die mit einem hohen Risiko große Gewinne gemacht haben, diese an ihre Aktionäre, Händler und Manager ausschütten. Viele Bürgerinnen und Bürger sehen darin zu recht eine große Ungerechtigkeit. Die Intervention des Staates ist in diesem Fall aber notwendig um einen Zusammenbruch der Wirtschaft zu verhindern. Aber eine Lehre daraus muss sein: Reformen des Finanzmarktes müssen auf jeden Fall verhindern, dass der Finanzmarkt erneut zusammenbricht, damit Interventionen dieses Ausmaßes nicht mehr notwendig werden. Wer das Risiko für spekulative Geschäfte trägt, hat auch das Recht das Risiko zu begrenzen! Und das ist der Staat!

Das Ziel ist: Die Finanzmärkte müssen wieder auf ihre Hauptaufgabe, der soliden Finanzierung von langfristigen Projekten, zurückgeführt werden! Vor allem müssen Anreize für kurz-fristiges Gewinnstreben, das eine langfristig nachhaltige Entwicklung behindert, beseitigt werden. Aktienoptionen als Vergütung von Vorständen lehnen wir ab! Stark wachsende Unterschiede zwischen Spitzengehältern und Masseneinkommen, machen ein solides dauerhaftes Wirtschaftswachstum unmöglich. Deshalb ist es Sinnvoll die Vergütungen der Vorstände an die Lohnentwicklung zu koppeln.

Eine geringe Finanzaktionssteuer von 1% an der Börse führt zu einer Verringerung der Transaktionen. D.h. Aktienhändler und Aktienhändlerinnen hätten eher Interesse an einem langfristigen Erfolg der Aktiengesellschaften. Außerdem würden sie so noch nebenbei einen sinnvollen Beitrag für die Gesellschaft leisten.

Im Gegenzug sollte Finanzakteuren mit einem für die Wirtschaft schädlichen Renditeziel die Handlungsmöglichkeiten genommen werden. Deshalb fordern wir, dass ein Stimmrecht der Aktionäre an die Haltedauer der Aktien gekoppelt wird. Finanzakteure müssen einer staatlichen Kontrolle unterzogen werden. Bei Hedgefonds die ohne Aufsicht aus dem „Niemandland“ operieren, ist das eindeutig nicht der Fall. Deshalb fordern wir ein Verbot von Hedge-fonds! Den Rückkauf von Aktien durch den Ausgeber halten wir für unzulässig. Wir fordern ein Verbot von Aktienrückkäufen. In der Vergangenheit haben Banken immer kompliziertere Finanzprodukte erfunden. Bei denen unsichere Forderungen falsch bewertet und weiterverkauft wurden. Weder Kunden noch Finanzaufsicht können so das Risiko einschätzen. Selbst die Erfinder dieser Produkte haben den Überblick verloren. Wir wollen strenge Auflagen für Finanzprodukte. Wir fordern einen Finanz-TÜV!

Solche Reformen wirken am nachhaltigsten, wenn sie internationale Gültigkeit haben. Ziel muss es sein, dass möglichst viele Regierungen mitziehen und sich auf internationale

Regeln einigen. Ein solcher Prozess kann lange dauern und ist sehr schwierig umsetzbar. Das darf keine Ausrede dafür sein, die Reformen nicht auf nationaler Ebene durchzusetzen. Auch auf nationaler Ebene wirken die Reformen. Und wer selber Regeln umsetzt, geht mit einem guten Beispiel für andere Staaten voran.

### **Gute Arbeit für alle**

Erwerbsarbeit spielt auch und gerade für junge Menschen eine zentrale Rolle. Die Frage, ob und welchen Arbeitsplatz man erhält ist nicht nur entscheidend für die eigenständige Existenzsicherung und damit die finanzielle Unabhängigkeit vom Elternhaus. Erwerbsarbeit hat auch eine zentrale Bedeutung für die persönliche Entwicklung und die soziale Stellung im weiteren Leben. Junge Menschen, das zeigen alle Studien, wissen genau, was sie von guter Arbeit erwarten: Sie wollen einen sicheren Arbeitsplatz mit einem angemessenen Einkommen. Sie wollen aber auch einer Tätigkeit nachgehen, die ihnen Spaß macht, sie wollen ein angenehmes Betriebsklima und sie wollen Weiterentwicklungsmöglichkeiten haben. Und sie wollen, dass die Gründung einer Familie nicht im Widerspruch zu einer beruflichen Karriere steht.

Wir NRW Jusos wollen die Situation von jungen BerufseinsteigerInnen verbessern. Dazu gehört es vor allem, ihnen die Rahmenbedingungen für sichere Arbeitsplätze zu bieten. Viele junge Menschen mit einer abgeschlossenen Berufsausbildung oder einem Hochschulstudium müssen teils mehrere unbezahlte Praktika absolvieren, bevor sie ihren ersten bezahlten Job bekommen. Uns ist klar, dass ein Praktikum wertvoll sein kann, um Eindrücke aus der Berufspraxis und damit zusätzliche Qualifikationen zu erhalten. Wir vertreten aber auch die Ansicht, dass Praktika nicht dazu missbraucht werden dürfen, um billige Arbeitskräfte zu bekommen. Deshalb fordern wir eine sinnvolle Regulierung von Praktika. Dazu gehören eine gesetzliche Höchstdauer, eine Mindestvergütung für PraktikantInnen mit abgeschlossener Berufsausbildung sowie die gleichen Arbeitsrechte wie Urlaubsanspruch, Lohnfortzahlung im Krankheitsfall wie sie die übrigen Beschäftigten im gleichen Betrieb haben. In den vergangenen Jahren ist der Bereich der Zeit- und Leiharbeit massiv gewachsen, insbesondere auch junge Menschen sind in diesem Bereich beschäftigt. Die Hoffnung, mit einer Liberalisierung der Bedingungen für Leiharbeit würden die Betroffenen verbesserte Chancen auf dem Arbeitsmarkt erhalten, haben sich bislang nicht erfüllt. Stattdessen nutzen vielen ArbeitgeberInnen LeiharbeiterInnen, um damit Löhne zu senken und den Kündigungsschutz zu umgehen. Deshalb machen wir uns auch hier für eine Re-Regulierung stark. Dazu gehört vor allem, den Grundsatz ‚gleicher Lohn für gleiche Arbeit‘ endlich durchzusetzen. Ebenso fordern wir die Wiedereinführung des

Synchronisationsverbots, eine gesetzliche Höchstdauer eines Entleihverhältnisses sowie verbesserte Weiterbildungschancen.

Viele ArbeitgeberInnen nutzen neben der Leiharbeit auch befristete Arbeitsverhältnisse, um den gesetzlichen Kündigungsschutz zu umgehen. Deshalb setzen wir uns auch für eine Abschaffung der Befristung eines Arbeitsverhältnisses ohne sachlichen Grund ein. Doch auch der gesetzliche Kündigungsschutz steht unter Beschuss der ArbeitgeberInnen. Für uns ist dabei klar: Der Kündigungsschutz muss in seinem heutigen Umfang erhalten bleiben.

Wir NRW Jusos wollen faire Löhne für alle – auch und gerade für junge Beschäftigte. Dass in Deutschland Armutslöhne gezahlt werden, ist mittlerweile ein unbestrittener Fakt. Deswegen halten wir an der Forderung nach einem allgemeinen gesetzlichen Mindestlohn in Höhe von mindestens 7,50 Euro für alle Beschäftigten fest.

Wir NRW Jusos wollen aber nicht nur die unteren Einkommensgruppen besser stellen – uns geht es darum, alle Beschäftigten an der wirtschaftlichen Entwicklung teilhaben zu lassen. Dabei achten wir die Tarifautonomie. Wir unterstützen daher die Gewerkschaften in ihren Forderungen nach einer regelmäßigen zumindest verteilungsneutralen Lohnsteigerung. Die Beschäftigten in Deutschland haben in den vergangenen Jahren Reallohnverluste verzeichnen müssen. Dieser Trend muss umgekehrt werden.

### **Die beste Bildung als Schlüssel**

Kein Bereich des Lebens bietet so großes gesellschaftliches Potenzial wie die Bildungspolitik. Diese ist und bleibt der Schlüssel zu einer gesellschaftlichen Teilhabe für alle.

Gleichzeitig wird uns in Deutschland mit der erheblichen Ungerechtigkeit in der Bildung einer der größten gesellschaftlichen Missstände durch regelmäßige Berichte der OECD vor Augen geführt. In Deutschland bestimmt vor allem anderen die soziale Herkunft den Zugang zu und Erfolg in den Bildungseinrichtungen. Wir wollen durch mehr Chancengleichheit diesen Faktor – soziale Herkunft – ausgleichen. Bildung ist die wichtigste Grundlage für Teilhabe am gesellschaftlichen Leben, für beruflichen Erfolg und zur Verwirklichung eigener Träume und Ziele. Freier und kostenloser Zugang zu bestmöglicher Bildung und Ausbildung von der Kindertagesstätte bis zur Hochschule ist ein Grundrecht für jede Bewohnerin und jeden Bewohner unseres Landes. Bildung und Ausbildung bedeuten für uns nicht nur das Erlernen von allgemeinen und beruflichen Fähigkeiten, sondern auch die Entwicklung sozialer Kompetenz, die Förderung der Kreativität durch musische Bildung, Gesundheitserziehung, auch durch Sport und Bewegung. Außerdem gilt es, Raum und Zeit für ethische wie religiöse

Reflexionen zu schaffen, um die soziale Verantwortung der Menschen zu bilden und zu stärken.

Wir Jusos begreifen Bildung als zentrale Aufgabe in einer Wissensgesellschaft, in der der gesellschaftliche Aufstieg für jede/n erreichbar sein muss. Wir müssen mehr Geld in unser Bildungssystem investieren. Der Zulauf zu privaten Bildungseinrichtungen ist ein Zeichen für die Probleme im deutschen Bildungssystem: Staatlichen Bildungsinstitutionen wird weniger Vertrauen entgegengebracht. Sie verkommen zu Bildungsstationen für diejenigen, die sich eine Flucht ins private Bildungssystem nicht leisten können. Die Finanzierung des individuellen Bildungsweges darf nicht elternabhängig sein – wir Jusos fordern, Bildungsinvestitionen als allgemeine Institutionen anzusehen, welche nicht durch Gebühren getragen werden. Sämtliche Ziele und Vorstellungen die wir durch Bildung und Ausbildung in unserem Land erreichen wollen, lassen sich nur mit ausreichenden finanziellen Mitteln realisieren. Das bedeutet, dass der Anteil der Bildungsausgaben am BIP mindestens dem OECD Niveau entsprechen sollte. Auf Grund der Europäisierung der Bildungspolitik (z. B. im Rahmen des Bologna-Prozesses) ist es notwendig, auf Bundesebene klare Rahmenkompetenzen in der Bildungspolitik festzulegen und diese in den Ländern umzusetzen. Die Kleinstaaterei mit 16 verschiedenen Bildungssystemen in Deutschland behindert eine gezielte nachhaltige und positive Entwicklung, was uns internationale Vergleiche immer wieder zeigen. So lange die Föderalismusreform den Ländern alle Bildungskompetenzen zuspricht, wollen wir uns in den jeweiligen Bundesländern für ein einheitliches Bildungssystem im Sinne der Jusos und der SPD einsetzen. Dies ermöglicht eine höhere Vergleichbarkeit und steht im Einklang zum Grundgesetz, das klar festlegt, dass in ganz Deutschland gleichwertige Lebensverhältnisse herrschen sollen.

Viel wurde in letzter Zeit über die Bedeutung frühkindlicher Bildung gesprochen. Diese ist als eine Möglichkeit erkannt worden, Kindern aus sozial benachteiligten Familien von Anfang an eine gute Bildung zu ermöglichen und so dort Chancengerechtigkeit zu verwirklichen, wo sich meist schon die spätere Bildungskarriere abzeichnet. Der Ausbau der Betreuungsplatzkapazitäten wurde zum obersten Ziel der Bundesfamilienministerin. Folglich wurde bundesweit massiv in die frühkindliche Bildung investiert, die U3 Betreuung vielerorts erstmals möglich gemacht. Das Ergebnis: Noch immer ist die Versorgungsquote mit Betreuungsplätzen – vor allem in Westdeutschland - äußerst mager. Die Bedeutung einer flächendeckenden Kinderbetreuung auch für die Gleichstellung der Geschlechter gehört inzwischen zu den Binsenweisheiten in der Schublade von Frau von der Leyen. Immer mehr Frauen wollen einem Beruf nachgehen und gleichzeitig eine Familie haben. Die bisherige

Infrastruktur der Betreuungseinrichtungen steht diesem Lebensentwurf allerdings noch immer entgegen.

Unser Schulsystem ist immer noch durch Chancenungleichheit geprägt, da die soziale oder ethnische Herkunft, das Milieu sowie die finanziellen Möglichkeiten über den schulischen Lernerfolg entscheiden und nicht die individuellen Fähigkeiten und Leistungen.

Wir SozialdemokratInnen setzen uns dafür ein, das mehrgliedrige Schulsystem abzuschaffen. Stattdessen forcieren wir die Gründung von Gesamtschulen. Dort sollen die Kinder und Jugendlichen bis zur ersten Berufsausbildungsbefähigung gemeinsam lernen und dann selbst über ihren weiteren Bildungsweg entscheiden. Durch diese Schulform soll der eklatante Missstand der sozialen Selektion und die Undurchlässigkeit des aktuellen Systems beseitigt werden. Die Wiedereinführung der Lehrmittelfreiheit wollen wir auch. Unter dem Aspekt der besseren Vereinbarkeit von Familie und Erwerbsarbeit sollen weiterhin Ganztagschulprogramme ausgebaut werden. Für uns bleibt zentral, dass jeder junge Mensch einen Ausbildungsplatz bekommen kann. Ein Schulabschluss ist hierfür die unumgängliche Voraussetzung. Deshalb halten wir an unserer Forderung nach einem Schulabschluss für alle fest. Dafür muss das Nachholen von Schul- und Berufsbildungsabschlüssen gezielt gefördert werden. Denn: Für uns ist weiterhin zentral, dass jeder junge Mensch einen Ausbildungsplatz bekommen kann. Eine betriebliche Ausbildung ist der beste Schutz vor Armut und Arbeitslosigkeit. Dass junge Leute heute noch – auch angesichts des Facharbeitermangels und der Altersstrukturen in den Betrieben - ohne Ausbildungsplatz bleiben, ist ein ungeheurerlicher Skandal. Auch die Wirtschaft muss hier stärker in die Pflicht genommen werden!

Die Erfahrungen in den Bundesländern mit Studiengebühren zeigen, dass diese nicht zu dem von den GebührenbefürworterInnen erhofften Ziel führten: Die StudienanfängerInnenzahlen sinken, die AbbrecherInnenquote steigt und jede noch so vermeintlich soziale Abfederung konnte diesen Trend nicht verhindern. Zudem haben die Hochschulen für die Gebühren vielerorts keine Verwendung. Entweder türmt sich das Geld auf den Uni-Konten oder es werden sich ominöse Verwendungszwecke zur vermeintlichen Verbesserung der Lehre zurecht gebogen. Gleichzeitig beklagen Politik und Wirtschaft gleichermaßen den im europäischen Vergleich geringen Anteil an HochschulabsolventInnen pro Jahrgang in Deutschland. Nicht zuletzt bewies auch die HIS-Studie im letzten Jahr das was GebührengegnerInnen immer vorausgesagt haben. Bundesbildungsministerin Annette Schavan hat die Ergebnisse der Studie monatelang unter Verschluss gehalten, was lediglich zeigt, dass wir Recht haben und man nun versucht die brisanten Folgen der Gebührenmisere zu vertuschen. Jegliche Form von Studiengebühren muss wieder

abgeschafft werden, denn wir brauchen wieder mehr Studierende und AbsolventInnen und keine weiteren Zugangsbarrieren. Studiengebühren sind unsozial und widersprechen unserer Vorstellung von freiem Zugang zur Bildung für alle.

Ein elternunabhängiges BAföG garantiert zudem jeder und jedem Studierenden die Finanzierung der Ausbildung und senkt damit die Hürde für den Einstieg in die akademische Ausbildung erheblich ab.

Der Begriff des lebenslangen Lernens darf keine hohle Phrase sein, sondern muss mit Inhalt gefüllt werden. Eine sich zunehmend schneller verändernde Welt erfordert von jeder/m einzelnen immer wieder, sich fort- und weiterzubilden. Um dieses zu ermöglichen müssen geeignete Angebote für die verschiedensten Bedürfnisse geschaffen werden. Solche Angebote dürfen aber nicht als Abstellgleis für unter Marktaspekten kaum vermittelbare Menschen dienen, sondern sollen neue Perspektiven und Möglichkeiten eröffnen. Für die Jusos gehört zum Ziel der Chancengleichheit, dass jeder Mensch die Möglichkeit erhält, sein Leben selbstständig, kreativ und verantwortlich für andere zu gestalten. Die Bedeutung von betrieblicher Weiterbildung wächst. Einerseits ist sie ein Mittel, um der wachsenden Nachfrage nach FacharbeiterInnen nachzukommen, deren Wissens- und Könnensstand auf dem aktuellsten Niveau zu gewährleisten. Andererseits ist Weiterbildung die Chance für die betroffenen Bevölkerungsgruppen, ihre Position auf dem Arbeitsmarkt zu verbessern und das Risiko von Arbeitslosigkeit zu verringern oder aber den Einstieg in Arbeit zu schaffen. Die Angebote an hochwertiger, zertifizierter beruflicher Fort- und Weiterbildung müssen ausgeweitet werden, um dem Fachkräftemangel und der Dequalifizierung bei Arbeitslosigkeit entgegenzutreten. Die Qualifizierung von Beschäftigten muss wieder gleichrangig mit der Förderung von Arbeitssuchenden werden.

Zur Person passende und dem Bedarf entsprechende Qualifizierungsangebote müssen dabei verstärkt eingesetzt werden.

### **Energiewende von links – Für Klimaschutz und eine nachhaltige Wirtschaftspolitik!**

Wir wollen den ökologischen Umbau der Gesellschaft. Die Energiewende von links verlangt den deutlichen Ausbau der erneuerbaren Energieträger. Dies hat auch erhebliches Wertschöpfungs- und Beschäftigungspotenzial: Schon jetzt ist der Bereich der erneuerbaren Energien einer der größten Wachstumsmotoren in der Bundesrepublik. Energiewende von links heißt zudem: Auch wenn eine Übergangsphase ins solare Zeitalter, mit Brückentechnologien notwendig ist, bleibt es dabei – nur ohne Atomkraft!

In der Wahlauseinandersetzung muss klar werden: Ein Regierungsbündnis aus CDU und FDP wird als eine der ersten Maßnahmen aus dem Atomausstieg aussteigen. Dem stellen wir uns entgegen. Wir brauchen keine Hochrisikotechnologie des letzten Jahrhunderts für die Herausforderungen des neuen Jahrtausends!

Um Deutschland in das Zeitalter des nachhaltigen Wirtschaftens zu führen bedarf es einer Vielzahl an Maßnahmen. Hierbei ist die Rolle des Staates als Pionier von entscheidender Bedeutung. Der Kapitalismus hat bis dato bei der Einbeziehung von ökologischen Faktoren versagt. Der gesellschaftliche Wille zum Erhalt unseres natürlichen Lebensraum kann nur politisch durch- und umgesetzt werden. Hierzu braucht es eine Kombination aus arbeitsmarktpolitischem, sozialem und umweltpolitischem Sachverstand. Diesen bietet nur die Sozialdemokratie.

Unser Ziel ist ein möglichst energie- und rohstoffeffizientes Deutschland, das sich auf dem Weg in ein solares Zeitalter auf zukunftsweisende Wirtschaftszweige spezialisiert und gleichzeitig in den vorhandenen Industriesektoren auf größtmögliche Innovation setzt. Einhergehend fordern wir den schnellstmöglichen Umbau unserer Energiewirtschaft hin zu dezentralen Infrastrukturen mit demokratisch kontrollierten Stadtwerken, den Ausbau von regenerativen Energien und eine deutliche Reduzierung der Abhängigkeit von fossilen Rohstoffen, wobei wir an einem Sockelbergbau festhalten wollen. Hierzu gehört auch der schnellstmögliche Umstieg unseres Verkehrswesens auf Elektromobilität und die Stärkung des ÖPNV. Nur so wird unser Land zukünftig seinen Wohlstand erhalten können und nur so ist das – zwingend notwendige – Ziel einer Treibhausgasreduktion um 80% bis 2050 zu erreichen. Für diese Ziele setzen wir uns auch auf europäischer und globaler Ebene ein.

### **Umverteilung jetzt**

Die Lasten in Deutschland sind ungleich und ungerecht verteilt. Gerade bei den unteren Einkommensklassen sind nicht nur die Auswirkungen der Finanzkrise am greifbarsten, auch schon in Zeiten des Aufschwungs gab es keine wirkliche Teilhabe der unteren Einkommensklassen. Der Ruf der Menschen nach einer Entlastung wird immer lauter. Profitiert haben vom Wirtschaftswachstum im Wesentlichen die reicheren Bevölkerungsteile, die ärmeren hatten bei gleichzeitigen Preissteigerungen in der Tat weniger in der Tasche.

Deswegen unterstützen wir Jusos die Forderung nach einer Entlastung der Bürgerinnen und Bürger, gerade weil auch viele junge Menschen als BerufseinsteigerInnen eher zu den Beschäftigten gehören, die ein geringeres Einkommen erhalten. Eine pauschale Steuersenkung, wie es die Unionsparteien fordern, lehnen wir ab. Eine solche Steuersenkung würde nicht das Ungleichgewicht der Lasten beheben, sondern ein unnötiges und unverhältnismäßiges Geschenk für die reicheren Bevölkerungsteile bedeuten.

Das Problem der ungleichen Teilhabe am Wirtschaftswachstum würde dadurch noch manifestiert und die Staatseinnahmen ohne Grund reduziert.

Die eingenommenen Steuern dürfen nicht in einem schwarzen Loch verschwinden, vielmehr muss der Staat sie für viele sinnvolle und gemeinnützige Dinge einsetzen – etwa Schulen, Kindergärten, Bibliotheken, Schwimmbäder oder Museen.

Wir sind deshalb der Meinung, dass bei allem berechtigten Streben nach einer Entlastung keine weitere Schieflage in den öffentlichen Haushalten entstehen darf.

Unser Gegenvorschlag lautet daher: Umverteilung – wir fordern eine Senkung des Eingangssteuersatzes bei einer zeitgleichen Erhöhung des Spitzensteuersatzes. Damit würden die unteren und mittleren Einkommen und damit die Masse der Bevölkerung entlastet und die SpitzenverdienerInnen in ihre gesellschaftliche Verantwortung genommen. Wir sind der Meinung: Es kann nicht sein, dass die Reichsten immer reicher werden und die Armen immer ärmer. Die Sozialdemokratie tritt dieser Entwicklung entschlossen entgegen. Wer mehr als 5.000 Euro im Monat verdient, kann nach unserer Meinung durchaus ein wenig mehr für das Gemeinwesen beitragen - wer weniger verdient, muss entlastet werden.

Darüber hinaus wollen wir die Unternehmensbesteuerung erhöhen, denn trotz der aktuellen Krise hat die überragende Mehrzahl von Unternehmen in den vergangenen Jahren Rekordgewinne eingefahren, ohne die Beschäftigten daran teilhaben zu lassen. Profitiert haben davon einzig die Vermögenden. Wir sind der Meinung: Wer Rekordgewinne einfährt, der kann sich auch angemessen an der Finanzierung öffentlicher Aufgaben beteiligen.

Zusätzlich müssen unserer Auffassung nach insbesondere diejenigen entlastet werden, die zu den ärmsten Bevölkerungsschichten gehören. Diese zahlen jedoch nur in geringem Umfang Steuern.

Daher müssen die Sozialversicherungsbeiträge gesenkt werden. Diese Maßnahme entlastet alle sozialversicherungspflichtigen ArbeitnehmerInnen und entkoppelt die Sozialstaatsleistungen stärker vom Faktor Arbeit. Unser Vorschlag ist daher, die ArbeitnehmerInnen-Beiträge zu den Sozialversicherungen bis zu einer Grenze von 2.000 Euro progressiv zu staffeln, so dass erst ab einem monatlichen Bruttoeinkommen von 2.000 Euro der volle Beitrag von rund 20 Prozent gezahlt werden muss. Im gleichen Zuge müssen die bisherigen Mini- und Midijobs ersatzlos abgeschafft werden.

Durch die Anhebung der Körperschaftssteuer und der hohen Einkommen können die nötigen Entlastungen bei der Sozialversicherung ausgeglichen werden und finanziert werden, so

dass nicht etwa im Gegenzug der Umfang der Versicherungsleistung zur Disposition gestellt wird.

Umverteilung ist für uns Jusos weder die Rache der Geringverdiener noch bloßes Schlagwort ideologischen Säbelrasselns, sondern eine Selbstverständlichkeit in einer Solidargemeinschaft. Gesellschaftliche Teilhabe und eine gerechte, solidarische Verteilung der Lasten dienen dem inneren, sozialen Frieden und sind die Kehrseite wirtschaftlicher Prosperität.

### **Gute Gesundheit**

Eine unserer Forderungen für die gerechte Erneuerung unserer Gesellschaft ist und bleibt die Bürgerversicherung für das Gesundheitssystem. Im vergangenen Bundestagswahlkampf standen hier zwei grundlegend unterschiedliche Modelle zur Lösung der Probleme unseres Gesundheitssystems gegenüber. Der Gesundheitsfonds ist kein zufrieden stellender Kompromiss aus den beiden Konzepten der Bürgerversicherung und der CDU-favorisierten Kopfpauschale. Er ermöglicht aber die zukünftige Weiterentwicklung des deutschen Gesundheitswesens zu beiden genannten Modellen.

Der Trend zur Zwei-Klassen-Medizin muss dringend gestoppt werden. An der solidarischen Finanzierung des Gesundheitssystems müssen nur diejenigen teilnehmen, deren Einkünfte unter der so genannten Versicherungspflichtgrenze liegen. Einkommensstarke ArbeitnehmerInnen, BeamtlInnen und Selbständige können sich also aus der solidarischen Finanzierung verabschieden und in die private Krankenkasse wechseln. Diese zum Himmel schreiende Ungerechtigkeit muss beendet werden.

Nur die Umsetzung des Konzeptes der Bürgerversicherung kann die bestehenden Probleme des Gesundheitssystems lösen. Die Überbrückung der sinkenden Lohnquote durch die Einbeziehung sämtlicher Einkommensarten, als Basis für den Beitrag würde dazu führen, dass die Einnahmen der Krankenkassen wieder mit dem BIP wachsen könnten. Es kann nicht länger akzeptiert werden, dass die Einkommensstarken sich aus der Solidarität verabschieden können. Die höhere Einkommenschicht muss in die Pflicht genommen werden, sich am Solidarsystem zu beteiligen. Das gilt auch für den Risikostrukturausgleich. Durch die Aufhebung des Gegensatzes zwischen PKV und GKV käme es dazu, dass einzelne Krankenkassen wie z.B. die AOK nicht länger erheblich benachteiligt würden, da sie nahezu sämtliche schwer und chronisch Kranken zu versorgen hätten, würde auch eine Voraussetzung für einen Qualitätsschub geschaffen. Die Qualitative Versorgung würde besser werden. Und: Eine Entbürokratisierung würde einsetzen, da die hohe Zahl der Versicherungen überflüssig würde. Eine Kopfpauschale, die Einkommensschwache zu

Bittstellern macht, führt zu stärker steigenden Gesundheitskosten durch nötige Steuerzuschüsse oder einer erheblich schlechteren Qualität der Gesundheitsdienste. Beides kann nicht unser Ziel sein.

### **Menschenfreundliche Daseinsvorsorge**

Wohlstand und eine hohe Lebensqualität für alle waren und bleiben die Ziele der Jusos. Neben einer guten Arbeit und einem gerechten Bildungs- und Sozialsystem ist die Schaffung einer menschenfreundlichen Daseinsvorsorge unter öffentlicher Kontrolle hierfür eine wichtige Voraussetzung. Gleichzeitig zu einer intakten Umwelt benötigen wir eine leistungsfähige öffentliche Infrastruktur, die jedem Menschen ermöglicht, am öffentlichen Leben gleichberechtigt teilzunehmen. Politik muss deshalb die Mobilität der Menschen fördern und ihre Versorgung mit Energie sichern. Die Bandbreite dieser zumeist von Kommunen verantworteten Dienstleistungen, die das Gemeinwohl betreffen, reicht von der Versorgung mit Wasser und Energie sowie der Entsorgung von Abfall und Abwasser über den öffentlichen Personennahverkehr bis hin zu den Bereichen Bildung, Schule, Gesundheit, Wohnungswesen, Kultur sowie der Betreuung von Menschen in schwierigen Lebenssituationen und vielfältigen sozialen Dienstleistungen. Hierfür muss sich eine deutsche Regierung im Europäischen Rat einsetzen, denn: Dies alles ist für selbstbestimmtes menschliches Zusammenleben nötig - für alle bezahlbar und demokratisch kontrolliert. Klar ist, dass die Kommunen finanziell so auszustatten sind, dass sie diese Aufgaben stemmen können und ehemals städtische und dann privatisierte Betriebe der Daseinsvorsorge rekommunalisieren können.

Dabei hat sich für uns ein Fenster geöffnet, um auch in einer Wahlauseinandersetzung eine Neubestimmung darüber zu treffen, wie gesellschaftliches Zusammenleben organisiert sein soll. Allzu lange herrschte die Einstellung vor, der Staat sei ein Auslaufmodell. Das Instrument „Markt“ wurde maßlos überschätzt. Dies ist nun vorbei angesichts der derzeitigen Krise. Angesichts der aktuell so lauten Rufe nach dem Staat und seiner Verantwortung auch für wirtschaftliche Prozesse müssen wir im Wahlkampf und darüber hinaus deutlich machen, inwiefern und warum sich unsere Vorstellung von der Rolle des Staates von denen der scheinbar bekehrten Neoliberalen unterscheidet. Der Staat ist für uns nicht nur Retter in der Not, sondern aktiver Gestalter und Pionier. Er kann neue Felder im Bereich ökologischer, sozialer und kultureller Dienstleistungen erschließen und ist dabei nicht an eine gewinnorientierte Kurzfristsperspektive gebunden. Der Staat wird diese wichtigen Entwicklungsfelder im Rahmen einer aktivierenden Förderpolitik und eine Ausweitung des öffentlichen Forschungsbereiches vorantreiben. Ein effektiver Klimaschutz und die Sicherung heimischer Energieträger, die energetische Sanierung aller Gebäude und die Stärkung regenerativer Energien können ohne die lenkende Rolle des Staates nicht gelingen.

Darüber hinaus wollen wir das bürgerschaftliche Engagement als einen wichtigen Teil öffentlicher Infrastruktur stärken, ohne den Staat infrage zu stellen. An vielen Stellen setzen sich Menschen füreinander ein, zeigen Verantwortungsbereitschaft, Gerechtigkeitssinn, gegenseitige Anerkennung und Solidarität. Dies ist ein innovativer Impuls für gesellschaftliche Entwicklung. Es korrigiert und kontrolliert staatliches Handeln. Allerdings ist das bürgerschaftliche Engagement kein Sparmodell, es ergänzt staatliches Handeln, ohne es zu ersetzen. Unsere Unterstützung hierfür mündet in einem höheren Maß an Demokratie. Demokratie erschöpft sich nicht in formalen Beteiligungsrechten, sondern verlangt eine besondere Kommunikationskultur zwischen den gesellschaftlichen Sphären.

### **Neustart in der Frauenpolitik**

Unter FrauenpolitikerInnen ist die magere Bilanz der letzten Jahre kein Geheimnis: Viele Vorhaben blieben Theorie. Auch in der öffentlichen Debatte und im Bewusstsein der Frauen ist die Benachteiligung von Frauen insbesondere auf dem Arbeitsmarkt wieder stärker in den Blickpunkt gerückt. Zugleich hat die SPD bei den Frauen und besonders bei den jungen Frauen hohes Stimmenpotenzial. Ein Neustart in der Frauenpolitik kann deshalb für die SPD zum Gewinnerinnen-Thema werden; nicht zuletzt auch deshalb, weil auf diesem Feld die Abgrenzung zum konservativen Lager problemlos gelingt. Auch für dieses Politikfeld hat die Sozialdemokratie ihre Koordinaten durch das Hamburger Programm festgelegt. Es ist Aufgabe des Wahlprogramms, daraus konkrete Vorhaben abzuleiten.

Die SPD will die gleiche Teilhabe von Frauen an Führungspositionen in Unternehmen, Verwaltung, Wissenschaft und Forschung sowie Aufsichtsgremien. Deshalb ist es Zeit, einen neuen Anlauf für das Gleichstellungsgesetz für die Privatwirtschaft zu nehmen. Die freiwillige Vereinbarung, die an seiner Stelle für die Beteiligung von Frauen an Führungspositionen sorgen sollte, ist gescheitert. Gesetzliche Regelungen müssen her, dazu gehören eine Quotenregelungen für die Besetzung von Aufsichts- und Entscheidungsgremien auf 40%. Im öffentlichen Dienst braucht es verbindliche Vorgaben für die Besetzung leitender Ämter; Berufungsverfahren an Hochschulen müssen eine Quotierung ermöglichen.

Gleicher Lohn für gleiche Arbeit zu fordern, gehört zur Geschichte der Frauenbewegung. Wer es damit ernst meint, muss endlich Eingriffsmöglichkeiten erkennen und nutzen! Wir Jusos unterstützen die Partei in ihrem Vorhaben, dies zum Wahlkampfthema zu machen.

### **Moderne Politik für Familien**

Auch wenn wir Frauenpolitik nicht Familienpolitik gleichsetzen können und dies auch nicht wollen, ist für viele Frauen die Familienplanung in ihrem Leben ein zentraler Bestandteil. Das eingeführte Elterngeld, das auf eine bessere Aufteilung von Erwerbs- und Erziehungsarbeit zwischen den EhepartnerInnen abzielt, hat seit seiner Einführung zu einem Anstieg der

Elterngeldanträge seitens der Väter geführt. Jedoch muss festgehalten werden, dass gänzlich die Gleichberechtigung der Geschlechter mit dem Elterngeld nicht erfolgt, da die Aufteilung der Elterngeldzeit nicht paritätisch zwischen den PartnerInnen erfolgen muss. Zudem sind konkret geringverdienende Elternpaare nach der Einführung des Elterngeldes monetär schlechter gestellt worden, was unserem Verständnis von sozialer Gerechtigkeit zuwider läuft. Die Reformierung des Elterngeldes ist hiermit ein wichtiger Kernpunkt, um die Erziehung und damit auch die Erwerbsarbeit zwischen den Geschlechtern ausgeglichen zu verteilen. Wir setzen daher auf eine Familienpolitik, die es Frauen und Männern leichter macht, sich ihre Kinderwünsche zu erfüllen - ohne dabei ihre beruflichen Wünsche und Perspektiven zu gefährden -, und die Kindern unabhängig von ihrer sozialen Herkunft gute Lebenschancen ermöglicht. Für uns besteht eine solche nachhaltige Familienpolitik aus einem Dreiklang von Infrastruktur, zielgenauer finanzieller Förderung und Zeit. Das heißt: Kinder brauchen gute Betreuungsmöglichkeiten von Anfang an. Insbesondere für die Kleinsten wollen wir die Angebote ausbauen. Unser Ziel ist ein bedarfsgerechtes Betreuungsangebot ab 2010. Familien brauchen finanzielle Unterstützung. Unsere Investitionen in Infrastruktur für Familien ergänzen wir durch zielgenaue Förderinstrumente wie Elterngeld und Kinderzuschlag. Und Familien brauchen Zeit füreinander. Familienfreundliche Rahmenbedingungen in der Arbeitswelt sind unverzichtbar und zahlen sich aus - volkswirtschaftlich und betriebswirtschaftlich.

### **Gegen den Überwachungsstaat**

Zu einer funktionierenden Gesellschaft gehören unserem Selbstverständnis nach neben Gerechtigkeit und Solidarität auch der Schutz der Privatsphäre und die Freiheit vor staatlicher Überwachung. In den vergangenen Jahren wurde diese Rechte massiv eingeschränkt, auch unter Mitwirkung der SPD. Die Grenze des Erträglichen ist schon lange erreicht. Es darf keine weitere Aushöhlung unserer verfassungsmäßig verbrieften Grundrechte geben – der Schutz der Privatsphäre muss ganz im Gegenteil wieder drastisch stärker geschützt werden.

Bundestrojaner, flächendeckende Videoüberwachung, die Verwischung der Grenzen zwischen Polizei und Geheimdiensten oder der Bundeswehreinsatz im Inneren sind die Schlagworte der letzten Jahre. Alle diese Maßnahmen dienen dem Schutz der Bevölkerung vor Kriminalität oder Terrorismus nicht. Die vorhandenen Mittel des Rechtsstaats reichen für den Schutz unseres Landes aus, sie müssen nur vernünftig angewandt werden. Statt permanent neue Überwachungsmethoden und Gesetzesverschärfungen zu fordern, sollten stattdessen die Polizei, die Gerichte, der Verfassungsschutz und das BKA finanziell und personell vernünftig ausgestattet werden. Diese brauchen keine neuen Befugnisse, sondern

die Möglichkeit ihre vorhandenen Fähigkeiten grundgesetzkonform effektiv ausüben zu können.

Organisierte Kriminalität und internationaler Terrorismus, sowie Rechtsextremismus, sind Gefahren für unser Land denen wir mit aller Entschiedenheit begegnen müssen. Die notwendigen Instrumente hierfür sind auf exekutiver wie legislativer Seite gegeben. Hemmungslose Verschärfung von Sicherheitsgesetzen führt nicht zur Verbesserung der Sicherheitslage, sondern zur Aushöhlung unserer Grundrechte und zu Paranoia in unserer Gesellschaft. Wir setzen uns deswegen dafür ein, dass die vorhandenen Möglichkeiten zur Strafverfolgung besser ausgenutzt werden können um den Bürgerinnen und Bürgern dieses Landes den größtmöglichen Schutz vor Straftaten zu bieten. Gleichzeitig setzen wir uns dafür ein, dass zu diesem Zweck die Freiheitsrechte nicht eingeschränkt werden und Fehlentwicklungen der vergangenen Jahre zurückgenommen werden.

### **Integration**

Die Debatte um Integration muss sich endlich wieder auf das Wesentliche konzentrieren: Integration heißt für uns Jusos, Chancengleichheit und Teilhabe für alle Menschen in diesem Land herzustellen – unabhängig von ihrer Herkunft.

Ein kommunales Wahlrecht für Menschen ohne deutschen Pass ist ein erster Schritt hin zu mehr politischer Teilhabe. Schließlich sollte in einer Demokratie nicht rechtfertigungsbedürftig sein, warum jemand ein Wahlrecht bekommen soll, sondern vielmehr, warum mehrere Millionen Menschen in Deutschland kein Wahlrecht haben! Ein Wahlrecht unabhängig von der Staatsangehörigkeit auf allen politischen Ebenen ist daher unser Ziel.

Zudem muss sich die gesellschaftliche Realität einer pluralen, multi-ethnischen und multi-kulturellen Gesellschaft nicht nur an den Wahlurnen, sondern auch in den Parlamenten selbst wieder finden. Die Sozialdemokratie muss um Menschen mit Migrationshintergrund nicht nur als Wählerinnen und Wähler werben, sondern auch allen Menschen mit linker Gesinnung unabhängig ihrer Herkunft eine politische Heimat bieten.

Zugleich ist die Einbürgerung zu erleichtern. Einbürgerung und Wahlrecht stehen am Anfang eines Integrationsprozesses, nicht am Ende. Wir sprechen uns für die Hinnahme von Mehrstaatigkeit und gegen die aktuell verlangten Einbürgerungstests aus. Integration kann man nicht testen, man muss sie Leben. Und dies funktioniert nur über gleichberechtigte gesellschaftliche Teilhabe, nicht mittels der Aufbauens immer neuer Hürden.

Die Schaffung eines integrativen Bildungssystems ist ein wichtiger Baustein für mehr Chancengleichheit gerade für Menschen mit Migrationshintergrund, dies reicht aber noch lange nicht aus. Noch immer machen Diskriminierungen im Bildungssystem und auf dem Arbeitsmarkt eine der größten Hürden für mehr gesellschaftliche und soziale Teilhabe aus.

Die Arbeitslosigkeit unter Menschen mit Migrationshintergrund ist auch bei gleicher Qualifikation höher als bei Deutschen ohne Migrationshintergrund. Der öffentliche Dienst muß hier ein Zeichen setzen, und bei seinen Personalplanungen Menschen mit Migrationshintergrund verstärkt einstellen.

Gerade junge Menschen mit Migrationshintergrund haben es satt, immer nur über vermeintliche Defizite wahrgenommen zu werden. Wichtig ist auch, die Lebensleistung der MigrantInnen der 1. Generation endlich auch öffentlich anzuerkennen. Wer als „Gastarbeiter“ nach Deutschland kam, hat sich meist im buchstäblichen Sinne „krank“ gearbeitet, und viel zum gesellschaftlichen Wohlstand beigetragen. Öffentlicher Dank ist eine Frage des Respekts, aber auch ein Zeichen dafür, dass diese Menschen eben auch gleichberechtigter Teil der Gesellschaft sind.

Die Lebensrealitäten von Menschen mit Migrationshintergrund sind vielfältig – wir wollen jeden und jede mit ihren Potentialen und Fähigkeiten ansprechen, und sie nicht auf Objekte sozialpädagogischer Beratung und Betreuung reduzieren.

Den Medien kommt dabei eine entscheidende Rolle zu. Menschen mit Migrationshintergrund müssen sich endlich auch adäquat im Betrieb selbst als JournalistInnen und SchauspielerInnen wieder finden!

**Alle anders – alle gleich! So wollen wir Zusammenleben in unserem Land gestalten!**

Antrag B1

Antragsteller: Landesvorstand

## **Gerechte Löhne für alle – für eine Neuordnung des Niedriglohnsektors**

### **1. Arm trotz Arbeit**

„Arm trotz Arbeit“ – mit diesem Slogan kämpfen die Gewerkschaften und die Sozialdemokratie seit mehreren Jahren für die Einführung von Mindestlöhnen. Mit gutem Grund. „Arm trotz Arbeit“ ist mittlerweile für fast jeden vierten abhängig Beschäftigten bittere Realität: Waren 1995 nur 15 Prozent aller Beschäftigten dem Niedriglohnsektor zuzuordnen, stieg deren Anteil im Jahr 2006 auf 22 Prozent. Knapp sieben Millionen Beschäftigte bezogen damit einen Lohn, der weniger als zwei Drittel des Durchschnittslohns umfasste. Damit ist der Niedriglohnsektor längst nicht mehr ein Phänomen, das nur wenige betrifft - im europäischen Vergleich ist dieser Bereich sogar überdurchschnittlich groß. Mit der Ausweitung des Niedriglohnsektors einher geht eine weitere generelle Verschiebung der primären Einkommensverteilung. Während die oberen Lohn- und Einkommensgruppen in den vergangenen Jahren deutliche Zuwächse hinlegen konnten, mussten die unteren Gruppen Lohneinbußen hinnehmen. Auch am vergangenen wirtschaftlichen Aufschwung konnten die unteren und mittleren Einkommensgruppen nicht hinreichend partizipieren, vielmehr setzte sich die Umverteilung von unten nach oben in noch größerem Maße fort. Betrachtet man nur die Einkommen der abhängig Beschäftigten, so lässt sich dabei sogar feststellen, dass in Deutschland – anders als in allen anderen europäischen Ländern – in den vergangenen zehn Jahren Reallohnverluste zu verzeichnen sind. Die Ausweitung des Niedriglohnsektors ist damit nur die sprichwörtliche ‚Spitze des Eisbergs‘, nur ein besonders deutliches Zeichen für eine immer stärker wachsende Einkommensungleichheit.

Gleichwohl muss die Bekämpfung des Niedriglohnsektors ganz oben auf der politischen Tagesordnung bleiben. Denn der durchschnittliche Niedriglohn betrug im Westen 6,89 Euro und im Osten sogar nur 4,86 Euro – Löhne, von denen bei einer Vollzeitwerbstätigkeit noch nicht einmal Alleinstehende leben, geschweige denn, eine Familie ernähren können. Das ist nicht nur ungerecht, sondern führt auch dazu, dass etliche dieser Beschäftigten aufstockendes Arbeitslosengeld II in Anspruch nehmen müssen – so sie von der Bürokratie und den rigiden Anspruchsvoraussetzungen nicht abgeschreckt werden. Im vergangenen Jahr bezogen so immerhin 1,3 Millionen abhängig Beschäftigte aufstockendes Arbeitslosengeld II, was für die Betroffenen nicht nur entwürdigend ist, sondern auch

erhebliche Kosten verursacht. Damit besteht – aller Rhetorik auch der SPD zum Trotz – in Deutschland de facto ein allgemeines Kombilohnmodell.

Auffällig ist, dass ArbeitnehmerInnen in atypischen Beschäftigungsverhältnissen besonders häufig von Niedriglöhnen betroffenen sind. So ist der Anteil von Teilzeitbeschäftigten im Niedriglohnsektor fast doppelt so hoch wie der der Vollzeitbeschäftigten. Auch LeiharbeiterInnen verdienen nicht nur in der Regel weniger als ihre fest angestellten KollegInnen, sondern tragen auch ein deutlich höheres Risiko, für Armutslöhne zu arbeiten. Besonders hoch ist der Anteil der Niedriglöhner unter den geringfügig Beschäftigten – vier von fünf MinijobberInnen und damit 2,5 Millionen Beschäftigte arbeiten für einen Niedriglohn. Besorgnis erregend ist dieser Umstand insbesondere deshalb, weil die Zahl der geringfügig Beschäftigten seit den rot-grünen Arbeitsmarktreformen von vier auf nunmehr sieben Millionen geradezu explodiert ist. Beschäftigte in Minijobs sind damit mehrfach prekär beschäftigt: Sie erhalten in der Regel niedrige Löhne, sind nicht voll sozialversichert und haben zusätzlich meistens nur einen befristeten Arbeitsvertrag. Die damit verbundenen Hoffnungen, über geringfügige Beschäftigungsverhältnisse einen ‚Brücken- oder Klebeeffekt‘ in ein reguläres Beschäftigungsverhältnis zu gewährleisten, haben sich dagegen nicht erfüllt. Viel mehr scheinen viele ArbeitgeberInnen das Modell zu nutzen, um vorherige reguläre Beschäftigungsverhältnisse in mehrere Minijobs zu splitten und damit über die staatliche Subventionierung dieser Beschäftigungsverhältnisse in Form einer pauschalen Sozialversicherungsabgabe für den Arbeitgeber sowie einer Befreiung der Beschäftigten von den Abgaben die Löhne zu drücken. Damit handelt es sich zum einen um ein weiteres Kombilohnmodell, denn auch wenn die Beschäftigten keinen direkten Lohnzuschuss erhalten, so erhalten sie durch die Befreiung der Sozialversicherungsabgaben eine indirekte Subventionierung. Zum anderen handelt es sich auch noch um eine besonders ineffiziente Form der Subventionierung: Durch die Kopplung an das einzelne geringfügige Beschäftigungsverhältnis und nicht an das Gesamteinkommen werden so zum Beispiel (in der Regel) Frauen, deren Ehemänner über ein hohes oder zumindest ausreichendes Einkommen verfügen, SchülerInnen, deren Finanzierung über die Eltern abgesichert ist, oder RentnerInnen, die sich ihre Rente über den Minijob aufbessern wollen, gefördert. Die Förderung setzt also – jenseits aller grundsätzlichen Problematik eines Kombilohns – noch nicht einmal an der individuellen Bedürftigkeit der Betroffenen an, sondern bezieht sich allein auf das einzelne Beschäftigungsverhältnis.

Auffällig ist weiterhin, dass nicht alle Beschäftigten gleichermaßen von Niedriglöhnen betroffen sind. So sind knapp 60 Prozent aller Beschäftigten im Niedriglohnsektor Frauen, während sie nur knapp 40 Prozent an allen Vollzeitbeschäftigten stellen.

Ebenso sind junge Beschäftigte doppelt so häufig von Niedriglöhnen betroffen, wie ihre älteren KollegInnen. Und auch für ostdeutschen Beschäftigten gilt weitaus häufiger ‚Arm trotz Arbeit‘ als für ihre westdeutschen KollegInnen. Gleichzeitig muss die Annahme, im Niedriglohnsektor arbeiteten nur Unqualifizierte als Irrglaube abgetan werden. Vielmehr gilt: Mit der Ausweitung des Niedriglohnsektors sinkt deren Anteil sogar. Knapp drei Viertel der zu Niedriglöhnen Beschäftigten verfügen heute zumindest über eine abgeschlossene Berufsausbildung. Dennoch gilt auch: Wer zumindest über eine abgeschlossene Berufsausbildung verfügt, der kann den Niedriglohnsektor schneller wieder verlassen, wer über einen Hochschulabschluss verfügt hat die besten Karten.

## **2. Schwäche der Gewerkschaften und fehlerhafte Politik**

Zwei Umstände liegen dieser Entwicklung zugrunde. Zum einen vermögen es die Gewerkschaften in einigen Branchen nicht mehr, ausreichend hohe Löhne zu verhandeln. Zum anderen wurden in den vergangenen Jahren aber auch politische Entscheidungen getroffen, die die Ausweitung des Niedriglohnsektors zumindest begünstigen.

Während die Gewerkschaften in den industriellen Bereichen noch über ausreichend Organisationskraft verfügen, um für ihre Mitglieder zumindest verteilungsneutrale Ergebnisse in den Tarifverhandlungen zu erzielen, können sie dies in weiten Teilen des Dienstleistungssektors nicht mehr gewährleisten. Dabei überschneiden sich mehrere Entwicklungslinien. Erstens ist im Zuge der Tertiarisierung der Wirtschaft generell eine Bedeutungszunahme des Dienstleistungssektors festzustellen, so dass auch die gesamtwirtschaftliche Bedeutung der Lohnabschlüsse in diesem Bereich zunimmt. Zweitens handelt es sich im Dienstleistungsbereich häufig um kleinere oder mittlere Unternehmen, deren Beschäftigte aufgrund der hohen Differenz der Interessen schwerer zu organisieren sind. Zudem existiert in diesen Betrieben oftmals nicht einmal ein Betriebsrat, der in den industriellen Bereichen noch immer eine hohe institutionelle Anbindung an die Gewerkschaften garantiert. Und drittens ist im Zuge der Individualisierung der Gesellschaft insgesamt eine sinkende Bindungskraft der Gewerkschaften in Form fallender Mitgliederzahlen festzustellen. Zwar haben einige Gewerkschaften im vergangenen Jahr eine erfreuliche Trendwende vermelden können – die Verluste der vergangenen Jahre kann das aber nicht ausgleichen. Klar ist aber, dass die Gewerkschaften nur dann hohe Tarifabschlüsse verhandeln können, wenn sie über eine ausreichende Basis verfügen und die Beschäftigten ihrer Branchen organisieren können.

Es wäre jedoch vermessen, die Ausweitung des Niedriglohnsektors generell und ausschließlich auf die Schwäche der Gewerkschaften zurückzuführen.

Vielmehr hängt deren Verhandlungsmacht auch von den institutionellen und ökonomischen Rahmenbedingungen ab. In den letzten zwanzig Jahren dominierte in der Bundesrepublik ein neoklassisch dominierter Ansatz in der Wirtschaftspolitik. Dieser führt eine zu hohe Arbeitslosigkeit auf zu hohe Löhne insbesondere in den unteren Lohngruppen zurück. Da es sich bei Arbeitslosen häufig um formal weniger gut ausgebildete Menschen handele, so die Argumentation, müsse gerade durch den Aufbau eines Niedriglohnssektors dieser Personengruppe eine Beschäftigungschance gewährt werden. Nur wenn in den unteren Lohngruppen die Löhne hinreichend niedrig seien, sei auch Vollbeschäftigung möglich. Zu hohe Löhne sind in dieser Argumentation auf institutionelle Rahmenbedingungen wie etwa arbeitsrechtliche Bestimmungen oder die Höhe der Lohnersatzleistungen zurückzuführen, die einer Ausweitung des Niedriglohnssektors entgegenstehen, da entweder die Ausweitung niedrig entlohnter Beschäftigung verhindert werde oder der Anreiz auch zu niedrigen Löhnen zu arbeiten zu gering sei.

Vor dem Hintergrund dieser Analyse schaffte die Politik in den vergangenen zehn Jahren Rahmenbedingungen, die die Ausweitung des Niedriglohnssektors – wenn auch in der öffentlichen Debatte unausgesprochen – gerade zum Ziel hatten. Wesentliche Eckpfeiler dabei waren:

- Mit der Ausweitung der Leiharbeit wurde zugleich festgelegt, dass vom Grundsatz der gleichen Bezahlung von LeiharbeiterInnen und fest Angestellten durch Tarifvertrag abgewichen werden kann. Damit wurde die Tür für niedrigere Tarifabschlüsse im diesem Sektor weit aufgestoßen. Denn es liegt auf der Hand, dass für die Gewerkschaften die Interessen der LeiharbeitnehmerInnen aufgrund ihrer Heterogenität schlechter zu organisieren sind als die der fest angestellten in den größeren Betrieben. Damit wurde der Bereich der Leiharbeit – gewollt oder ungewollt – zu einem Einfallstor für den Niedriglohnssektor.
- Mit der Neujustierung der Mini- und Midijobs wurde eine Ausweitung der geringfügigen Beschäftigungsverhältnisse explizit verfolgt. So wurde die Grenze für geringfügige Beschäftigung deutlich angehoben, zugleich erfolgte eine deutlich stärkere Subventionierung insbesondere in bezug auf die Steuerpflichtigkeit dieser Beschäftigungsverhältnisse. Damit wurde implizit ein Kombilohn-Modell vorgelegt, das es vielen ArbeitgeberInnen attraktiv machte, normale sozialversicherungspflichtige Tätigkeiten in mehrere geringfügige Beschäftigungsverhältnisse aufzusplitten und die Subventionierung in Form von geringeren Löhnen zu kassieren.

Dabei liegt auch hier auf der Hand, dass die Interessen der geringfügig Beschäftigten für die Gewerkschaften abermals schlechter zu organisieren sind.

- Mit der Einführung des Arbeitslosengeldes II und der Veränderungen der Anspruchsvoraussetzungen wurde die Erhöhung des Zwangs zur Arbeit verfolgt. Durch eine (für einige Betroffene) niedrigere Lohnersatzleistung sollte die Aufnahme auch einer geringer entlohnten Tätigkeit attraktiver werden, durch die Verschärfung der Zugangsvoraussetzungen sind einige Arbeitslose nahezu gezwungen, (fast) jede Tätigkeit aufzunehmen, auch wenn sie gering entlohnt ist. Dies ist u.a. einer der Faktoren durch den in den letzten Jahren der Druck auf die ArbeitnehmerInnen erhöht wurde, auch niedrigen Tarifabschlüssen zu zustimmen um nicht für ihre Qualifikation unterqualifizierten Berufen tätig werden zu müssen. Damit einhergehend wurden die Gewerkschaften gezwungen auch geringeren Lohnerhöhungen zu zustimmen.

### **3. Für mehr Gerechtigkeit und ein ausgewogenes Wachstum**

Wir NRW Jusos sehen die Probleme des Arbeitsmarktes nicht per se in zu hohen Löhnen. Vielmehr hat die deutsche Niedriglohnstrategie in den vergangenen Jahren zu einer einseitigen Exportorientierung geführt und die Binnennachfrage nachhaltig geschwächt. Diese Strategie mag in Zeiten einer florierenden Weltkonjunktur zum Teil aufgehen und die Arbeitslosigkeit senken – gerade in Zeiten einer Weltwirtschaftskrise belastet sie den Arbeitsmarkt aber umso mehr, da über die Binnennachfrage kein Ausgleich erfolgen kann. Doch nicht nur in wirtschaftlich schwierigen Zeiten ist diese Strategie nicht nachhaltig sondern führt auf lange Sicht nur zu einem internationalen Konkurrenzkampf um die niedrigsten Löhne. Wir machen uns deswegen für eine Strategie, die ein balanciertes Wachstum verfolgt, stark. Dabei sind wir uns bewusst, dass sich eine solche Strategie auch nicht in der dumpfen Forderung nach höheren Löhnen für alle erschöpfen darf. Vielmehr muss es gelten, den Arbeitsmarkt mit all seinen Besonderheiten zu berücksichtigen. Uns ist klar, dass es gerade im Bereich der konsumorientierten und sozialen Dienstleistungen eine ‚Produktivitätslücke‘ gibt, durch die bei zu hohen Löhnen Arbeitsplätze vernichtet oder die Entstehung neuer Arbeitsplätze verhindert werden würde. Unser Ziel bleibt es aber zugleich, dass alle, die einer bezahlten Vollzeittätigkeit nachgehen, von ihrem Einkommen leben können müssen. Deshalb kann es für die Neuordnung des Niedriglohnsektors aus unserer Sicht nicht das einzige, richtige Instrument geben.

Vielmehr muss die SPD nach der Bundestagswahl ein Maßnahmenpaket auf den Weg bringen, das für gerechte Löhne für alle sorgt, die Entstehung neuer Arbeitsplätze fördert und

allen Perspektiven für den Aufstieg eröffnet. Ein solches Maßnahmenpaket muss aus unserer Sicht aus folgenden Bausteinen bestehen:

- Ein allgemeiner gesetzlicher Mindestlohn von mindestens 7,50 Euro pro Stunde verhindert Armutslöhne in allen Branchen. Er beendet zugleich das derzeitige Wirrwarr und Kompetenzgerangel bei der Festlegung von Mindestlöhnen in den einzelnen Branchen. Mindestlöhne – das zeigen Erfahrungen aus den meisten europäischen Ländern – behindern die Tarifautonomie nicht, sondern setzen eine klare Grenze nach unten und führen insgesamt zu einer Erhöhung des Lohnniveaus. Auch konnte bislang nirgendwo nachgewiesen werden, dass durch die Einführung von Mindestlöhnen Arbeitsplätze vernichtet werden, vielmehr ist davon auszugehen, dass durch die Erhöhung der Kaufkraft der unteren Einkommensgruppen zusätzliche Binnennachfrage und damit auch mehr Arbeitsplätze geschaffen werden können.
- Im Bereich der Zeit und Leiharbeit muss der europaweite Grundsatz des ‚Equal Pay‘ endlich durchgesetzt werden. Damit wird nicht nur der Missbrauch der Leiharbeit zu Ersetzung der Stammebelegschaften eingedämmt, sondern auch ein Einfallstor für niedrigere Löhne geschlossen. Denn es ist ökonomisch nicht haltbar, dass für die gleiche Tätigkeit unterschiedlich hohe Löhne gezahlt werden. Wenn für die Stammebelegschaft ein Lohn gezahlt werden kann, macht das deutlich, dass die Tätigkeit für diesen Lohn hinreichend produktiv sein muss. Deshalb führen niedrigere Löhne der LeiharbeiterInnen nur zu einer Umverteilung zu den Kapitaleignern der Unternehmen. Die Durchsetzung des ‚Equal-Pay-Grundsatzes‘ ist durch einen Federstrich am Arbeitnehmerüberlassungsgesetz möglich: Die Möglichkeit der Abweichung durch Tarifvertrag muss wieder abgeschafft werden.
- Vollkommen neu geordnet werden muss der Bereich der geringfügigen Beschäftigung. Wir fordern eine Abschaffung der Mini- und Midijobs in ihrer derzeitigen Form. Zugleich halten wir es aber für sinnvoll, die unteren Einkommensgruppen auch staatlicherseits zu entlasten und einen Teil der Sozialversicherungsabgaben zu übernehmen. Deshalb schlagen wir vor, in einer Zone von 0 bis 2.000 Euro monatlichem Bruttoeinkommen die Arbeitnehmerbeiträge zu den Sozialversicherungen progressiv ansteigen zu lassen, so dass erst bei 2.000 Euro monatlichem Einkommen der volle Sozialversicherungsbeitrag von derzeit rund 20 Prozent gezahlt werden muss. Gleichzeitig sind aber alle diese Beschäftigten voll versichert, so dass die Differenz über den Bundeshaushalt an die

Sozialversicherungsträger gezahlt werden muss. Durch ein solches Modell werden Beschäftigte in den unteren Einkommensgruppen deutlich entlastet, gleichzeitig wird aber durch die Bezugnahme auf das gesamte (Haushalts-) Einkommen die ineffiziente Subventionierung der derzeitigen Regelungen abgeschafft sowie der Anreiz für ArbeitgeberInnen, die Subventionierung in Form von Lohnsenkungen ‚mitzunehmen‘ minimiert.

- Bei der Vermittlung der Arbeitssuchenden muss der teils rigide ‚Zwang zur Arbeit‘ neu justiert werden. Zwar mag der Grundsatz, der Vermittlung in Arbeit Vorzug vor dem Gewähr von Transferleistungen richtig sein, gleichzeitig bedürfen die Zumutbarkeitskriterien aus einer sozialen und arbeitsmarktpolitischen Perspektive einer Veränderung. Denn die Vermittlung in extrem niedrig entlohnte Tätigkeiten, die zum Teil sogar noch den ergänzenden Bezug des Arbeitslosengeldes notwendig machen führt zu einer weiteren Ausweitung des Niedriglohnsektors. Vielmehr muss es das Ziel sein, in Tätigkeiten zu vermitteln, die einen ausreichenden Lohn und damit auch ein selbstbestimmtes Leben gewährleisten.
- Gerade im Bereich der sozialen Dienstleistungen wie etwa Kinder- oder Altenbetreuung besteht aus unserer Sicht ein enormer gesellschaftlicher Ausbaubedarf und damit ein erhebliches Beschäftigungspotential. Gleichzeitig handelt es sich hier um Tätigkeiten, für die auf dem freien Markt aufgrund der hohen Preise keine hinreichende Nachfrage erzeugt werden kann. Deshalb müssen diese Bereiche staatlich organisiert und finanziert werden. Wir fordern die SPD deswegen auf, das bereits seit Jahren diskutierte Konzept eines ‚sozialen Arbeitsmarkts‘ zu konkretisieren und damit Beschäftigungsmöglichkeiten für viele Arbeitssuchende zu schaffen.
- Auch wenn eine abgeschlossene Berufsausbildung keine Garantie ist, nicht für Niedriglöhne arbeiten zu müssen, eröffnen Bildungschancen noch immer die beste Aus- und Aufstiegsmöglichkeit aus dem Niedriglohnsektor. Deshalb muss der Bereich der Weiterbildung konsequent ausgebaut werden. Erforderlich ist ein Programm, das gerade den im Niedriglohnsektor Tätigen Perspektiven eröffnet und es ihnen möglich macht, neben ihrer Erwerbstätigkeit an Weiterbildungsangeboten teilzunehmen. Hierfür ist auch zu prüfen, ob die Weiterbildungsmaßnahmen bzw. –förderungen der Arbeitsagenturen für diesen Personenkreis geöffnet werden können.

Nur mit einer solchen Gesamtstrategie kann eine perspektivische Überwindung des Zustands ‚Arm trotz Arbeit‘ gelingen. Davon profitieren alle: Die Beschäftigten können von ihrem Einkommen ein Leben in Würde führen, die Binnennachfrage wird nachhaltig gestärkt und die staatlichen Ausgaben für ergänzende Sozialleistungen sinken. Wir sind überzeugt: Gerechte Löhne für alle und wirtschaftliche Dynamik – das ist kein Widerspruch sondern zwei Seiten derselben Medaille.

Antrag B2

Antragsteller: Landesvorstand

## **Gute Ausbildung**

Die betriebliche Ausbildung ist für die meisten jungen Menschen der erste Schritt ins Berufsleben. Sie bildet das Fundament für eine berufliche Karriere. Umgekehrt ist das Bestehen auf dem Arbeitsmarkt ohne Ausbildung heute nicht mehr möglich. Gesellschaftlicher Aufstieg hängt mehr denn je von guter Ausbildung ab.

Das duale Ausbildungssystem hat sich im internationalen Vergleich bewährt. Die fachliche Qualität der Ausbildung in Deutschland wird im Ausland sehr geschätzt. Ein hohes Qualifikationsniveau der Fachkräfte ist wiederum der zentrale Wettbewerbsfaktor für Deutschland, das in einem Wettbewerb um die niedrigsten Löhne nicht konkurrenzfähig sein kann. Deshalb muss das duale System beibehalten und gestützt werden. Dies wird allerdings zum Problem, wenn die Betriebe ihren Beitrag zum Ausbildungssystem aufkündigen. Die sinkenden Zahlen von Ausbildungsstellen lassen darauf schließen, dass sich die Unternehmen immer mehr aus ihrer gesellschaftlichen Verantwortung zurückziehen. Nur knapp ein Viertel der Betriebe in Deutschland bildet aus.

### **1. Der Ausbildungsmarkt**

2008 wurde als ein gutes Jahr auf dem Arbeitsmarkt gefeiert; jedenfalls bis zum Durchschlagen der Auswirkungen der weltweiten Finanzmarktkrise auf den Arbeitsmarkt im vierten Quartal. Das Ausbildungsjahr 2008 war hiervon nicht betroffen und so konnte der Ausbildungsmarkt von der vorausgegangenen guten wirtschaftlichen Entwicklung profitieren. Als Ergebnis stellte die Bundesagentur für Arbeit für NRW fest: Die Zahl der unversorgten Bewerber, die weder einen Ausbildungsplatz antreten noch eine Alternative in Anspruch nehmen konnten, sank im Ausbildungsjahr 2008 gegenüber 2007 erneut ab. Etwa 4500 junge Menschen sind in NRW zurzeit noch unversorgt. (2007: mehr als 8000) Deren Zahl lag im September in NRW auf dem geringsten Stand seit Beginn der 90er Jahre.

Es ist zu erwarten, dass in einem befürchteten schlechten Wirtschaftsjahr 2009 auch die vermeintliche Trendwende auf dem Ausbildungsmarkt hin zu bessere Vermittlungszahlen sich nicht bestätigt. Neben LeiharbeiterInnen, die bereits unmittelbar nach den ersten Auswirkungen der Krise auf die Realwirtschaft deren Folgen zu spüren bekommen haben, werden AusbildungsplatzanwärterInnen in 2009 erneut die Gruppe sein, die auf dem Arbeitsmarkt in erhebliche Schwierigkeiten kommt. Es zeigt sich, dass trotz der wachsenden

Bedeutung von Fachkräften für den Standort Deutschland, die Unternehmen gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten die Ausbildung in den Betrieben scheuen.

Schon jetzt zeichnet sich ab, dass die Zahl der von den Betrieben gemeldeten Ausbildungsstellen wieder sinken wird. Nachdem im Jahr 2007 der Negativtrend gebrochen schien und die Zahl der Ausbildungsstellen in NRW erstmals seit dem Jahrtausendwechsel wieder anstieg, konnten die Zahlen für 2008 eine Fortsetzung der positiven Entwicklung nicht bestätigen. Auch für 2009 ist keine entgegengesetzte Entwicklung zu erwarten. Sowohl die Zahl der außerbetrieblichen als auch die der betrieblichen Ausbildungsplätze nimmt im Langzeittrend ab. Der Ausbildungsbonus zeigt nicht die erhoffte Anreizwirkung.

Zudem konnten die so genannten AltbewerberInnen von der Entspannung auf dem Ausbildungsmarkt nicht in nennenswertem Umfang profitieren. Sie stellen immer noch mehr als 50% der erfolglosen BewerberInnen und diese Gruppe wächst sogar entgegen den besseren Vermittlungszahlen noch an.

### **Defizite bei der Ausbildungsqualität**

Für uns ist mit dem Abschluss eines Ausbildungsvertrages nicht die Forderung nach guter Ausbildung erfüllt. Bei der ohne Zweifel wichtigen Diskussion um junge Menschen, die sich vergeblich um eine Ausbildungsstelle bemühen, darf die Politik auch diejenigen nicht aus dem Blick verlieren, die den Sprung in die Ausbildung geschafft haben. Nicht selten sehen sich gerade Auszubildende schlechten Arbeitsbedingungen ausgesetzt. Eine mangelhafte Qualität der Ausbildung erschwert den jungen Männern und Frauen den Start in das Berufsleben. Hier muss die Politik eingreifen, damit aus allen Ausbildungsverhältnissen gute Ausbildung wird.

Der DGB-Ausbildungsreport 2008 liefert Zahlen zur Ausbildungsqualität. Er besagt, dass die Mehrheit der Azubis mit ihrer Ausbildung zufrieden sei, benennt aber auch die Problembereiche, die von Auszubildenden kritisiert werden.

### **Mehrarbeit**

Ein enger Zusammenhang besteht zwischen guter Ausbildung und der Anzahl und Häufigkeit von zu leistenden Überstunden. 40% der Auszubildenden leisten regelmäßig Überstunden. In manchen Branchen, insbesondere im Dienstleistungssektor, gehört die Bereitschaft Überstunden zu leisten zum Ausbildungsprofil fast schon dazu. Mit steigender Überstundenzahl sinkt die Zufriedenheit der Azubis mit ihrer Ausbildungssituation, insbesondere dann, wenn der Arbeitgeber keinen Überstundenausgleich ermöglicht.

## **Vergütung**

Von einer Ausbildungsvergütung muss ein selbstbestimmtes Leben möglich sein. Dies ist häufig nicht der Fall. Mit dem Argument, Azubis kosteten die Betriebe letztlich noch Geld, wird die Ausbildungsvergütung auf geringem Niveau festgelegt. An ein selbstbestimmtes Leben ohne finanzielle Hilfe von Staat oder Eltern ist für die meisten Auszubildenden nicht zu denken. So ist es häufig der Fall, dass Volljährige (der Beginn der Ausbildung verschiebt sich in der Biografie immer weiter nach hinten) in der Ausbildungszeit auf Unterstützung angewiesen sind.

## **Fachliche Anleitung**

Im Zentrum der Ausbildung muss der Erwerb von Fähigkeiten und Kenntnissen zur Ausübung eines Berufes stehen. Im Klartext: Azubis sind keine billigen Arbeitskräfte. Dieser Grundsatz wird allerdings nicht in allen Ausbildungsbetrieben beherzigt. Insbesondere dort, wo das Verhältnis von Azubis und Ausbildern unausgewogen ist, Azubis monatelang zu Routineaufgaben eingeteilt werden oder aber als AlleinverantwortlicheR im Betrieb zurückgelassen werden, muss von mangelnder Ausbildungsqualität durch ausbildungsfremde Tätigkeiten ausgegangen werden. Dies entspricht nicht den Anforderungen an gute Ausbildung und geht häufig einher mit der Verletzung des Jugendarbeitsschutzgesetzes. Gerade im Hotel- und Gaststättengewerbe werden Azubis häufig für ausbildungsfremde Tätigkeiten eingesetzt und erfahren nur unzureichende fachliche Anleitung.

Das Aussetzen der Ausbildereignungsverordnung (AEVO) unter Rot-Grün sollte die Einrichtung von Ausbildungsplätzen für die Betriebe vereinfachen, indem nun eine abgeschlossene Berufsausbildung schon zur Ausbildertätigkeit qualifizieren sollte. Das Ziel, mehr betriebliche Ausbildungsplätze zu schaffen, hat diese Deregulierungsmaßnahme allerdings verfehlt. Sowohl Ausbilder als auch Auszubildende sahen sich mit dem Problem konfrontiert, für die Anforderungen der Ausbildertätigkeit nicht geschult zu sein, bzw. die Ausbildung unter mangelhafter fachlicher Anleitung durchlaufen zu müssen.

## **Mitbestimmung**

Maßgeblich mitentscheidend für die Zufriedenheit mit der Ausbildungssituation ist die Möglichkeit der betrieblichen Mitbestimmung und Interessenvertretung für Auszubildende. In Betrieben, in denen Jugend- und Auszubildendenvertretungen bzw. Betriebs- und Personalrat vorhanden sind, bewerten 85% der Azubis ihre Ausbildungssituation als zufrieden stellend. In Betrieben ohne Interessenvertretung behaupten dies nur zwei Drittel der Azubis.

## **Übernahme**

Nach den Schwierigkeiten der Ausbildungsplatzsuche geraten Auszubildende am Ende ihrer Ausbildung erneut unter Druck, denn die Übernahme in ein Arbeitsverhältnis durch den Ausbildungsbetrieb ist eher die Ausnahme als die die Regel. Nur etwa 20 % der Azubis können sich ihrer Übernahme sicher sein, wobei diese dann in der Regel in befristete Arbeitsverträge erfolgt. 80% der Azubis müssen nach Ende der Ausbildung den Betrieb wechseln. Problematisch wirkt sich dabei häufig für die jungen Frauen und Männer aus, dass sie vor potenziellen neuen Arbeitgebern unter Druck geraten, ihre nicht erfolgte Übernahme zu rechtfertigen.

## **Berufsschulen**

Die Situation der Berufsschulen unterscheidet sich nicht von der der allgemein bildenden Schulen in staatlicher Hand: Sie sind chronisch unterfinanziert. Nicht nur befinden sich Gebäude und Einrichtung häufig in beklagenswertem Zustand, auch sind Lehrmaterialien und -inhalte gegenüber der Ausbildung im Betrieb häufig hoffnungslos veraltet und Unterrichtsausfall an der Tagesordnung. Sowohl der Kenntnisstand der Lehrer als auch die eingesetzten Bücher und Werkstoffe hängen der Entwicklung der betrieblichen Realität nicht selten Jahre hinterher. Der Wandel von Berufsbildern und Arbeitstechniken kommt in der Berufsschule häufig zu spät an, was bedeutet, dass den Auszubildenden im schulischen Teil der Ausbildung unaktuelles Wissen und Können vermittelt wird.

Dort wo Lehrmaterialien auf Grund der Unterfinanzierung nicht von der Schule gestellt werden können, werden die Auszubildenden als Mitfinanzierer von Schulausstattung und Lehrmaterial zur Kasse gebeten. Ein anderes Modell der Finanzierung bezieht Unternehmen als Sponsoren mit ein.

## **2. Was gute Ausbildung für uns bedeutet**

Natürlich ist es erstrebenswert, die AnwärterInnen in Ausbildung zu bekommen, jedoch darf die Ausbildungsquantität nicht gegen die -qualität ausgespielt werden. Denn für uns gilt als Maßstab **gute** Ausbildung für alle zu ermöglichen.

Wir Jusos sehen diese Forderung in zweierlei Hinsicht nicht verwirklicht. Deshalb setzen wir uns weiter dafür ein, dass allen jungen Menschen die betriebliche Ausbildung offen steht, und gleichzeitig die Qualität der Ausbildung, dort wo Probleme festgestellt wurden, verbessert wird.

Wir machen uns weiterhin dafür stark, dass die Unternehmen in die Pflicht genommen werden, ihrer Ausbildungsverantwortung nachzukommen. Eine Ausbildungsplatzumlage ist

dafür das Richtige Instrument, Selbstverpflichtungen der Wirtschaft hingegen haben sich als wenig wirksam erwiesen. Ein sinnvoll gestaltetes Umlagemodell, das die spezifischen Gegebenheiten in einzelnen Branchen berücksichtigt, macht es möglich, die Zahl der angebotenen Ausbildungsplätze von konjunkturellen Schwankungen einerseits und dem Gutdünken der Unternehmen andererseits unabhängig zu machen.

Auszubildende befinden sich gegenüber den Ausbildungsbetrieben in einer äußerst schwachen Verhandlungsposition. Sie sehen sich durch viele unversorgte Bewerber auf dem Ausbildungsmarkt unter Druck gesetzt. Unrecht im Arbeitsalltag von Auszubildenden wird daher nur in den seltensten Fällen angezeigt, denn die Angst vor dem Verlust der Ausbildungsstelle ist groß. Zwar registrieren Gewerkschaften einige Beschwerden von Auszubildenden, doch dürfte die Dunkelziffer der Verstöße noch erheblich höher liegen, zumal gerade im wachsenden Dienstleistungssektor der Zugang zu gewerkschaftlichen Beschwerdestellen durch den geringen gewerkschaftlichen Organisationsgrad erheblich eingeschränkt ist. Sprich: Verstöße gegen das Recht von Auszubildenden werden zu wenig wahrgenommen und Azubis haben geringe Chancen ihr Recht gegenüber dem Arbeitgeber durchzusetzen. Dies muss sich ändern.

Die Zufriedenheit mit der Ausbildungssituation hängt eng zusammen mit dem Vorhandensein einer Interessenvertretung im Betrieb. Die Bedeutung der gewerkschaftlichen Arbeit in den Betrieben wird hier deutlich. Mit sinkendem gewerkschaftlichem Organisationsgrad wird dies aber schwerer und schwerer. Gerade im Dienstleistungssektor schlägt sich diese strukturelle Schwäche in schlechten Ausbildungsbedingungen nieder. Für uns ist daher zentral, die Gewerkschaften zu stärken. Eine Zusammenarbeit mit dem DGB soll auf allen Ebenen angestrebt und ausgebaut werden. Einen Eingriff in die Autonomie der Tarifpartner durch die Politik lehnen wir ab.

### **Die Qualität der Ausbildung bedarf Verbesserungen. Die NRW Jusos fordern:**

Der Ausgleich von Überstunden muss für alle Azubis gewährleistet werden. Dafür ist die Kontrolle durch Behörden und Kammern erforderlich. Auch muss gewährleistet sein, dass die Ausbildungsbetriebe die Bestimmungen des Jugendarbeitsschutzgesetzes einhalten.

Die Unterrichtszeit in der Berufsschule gehört zur Ausbildung dazu und ist demnach auf die Wochenarbeitszeit anzurechnen. An vollen Unterrichtstagen ist die Anwesenheit im Betrieb nicht erforderlich.

Betriebe, die wiederholt geleistete Mehrarbeit ihrer Auszubildenden nicht ausgleichen, sind mit Sanktionen zu belegen. Hier sind beispielsweise Strafzahlungen denkbar.

Eine Mindestausbildungsvergütung ist notwendig, damit Azubis während ihrer Ausbildungszeit nicht auf die Hilfe von Eltern und Staat angewiesen sind. Die Unternehmen profitieren von ihren Azubis nicht nur in dem Sinne, dass diese einen Beitrag zur Wertschöpfung im Betrieb erbringen, sondern auch als Investition in die Zukunft des Unternehmens. Dieses wird in Zukunft noch stärker auf gut ausgebildete Facharbeiter angewiesen sein als bisher. Die wachsende Bedeutung von Facharbeitern kommt allerdings nicht in den Vergütungen der Auszubildenden zum Ausdruck. Diese stagnieren in vielen Branchen auf niedrigem Niveau. Mit einer Mindestausbildungsvergütung wollen wir dieser Entwicklung entgegenhalten. Die Höhe der Mindestausbildungsvergütung orientiert sich dabei am BAföG-Höchstsatz.

Ein Modell für die Verbesserung der Ausbildungsqualität ist die Vernetzung aller Interessengruppen rund um die Ausbildung: Von diesem Netzwerk können Ausbildungsbetriebe in die Pflicht genommen werden ein faires Arbeitsverhältnis für die Auszubildenden herzustellen. Nicht länger sollen allein die Kammern über die Qualität der Ausbildung urteilen, denn diese sind nicht neutral, verstehen sie sich als Dienstleister für die Wirtschaft.

Eine unabhängige Kontrolle der Ausbildungsqualität muss daher durch eine solche Institution erfolgen, die nicht primär die Interessen der Unternehmen im Blick hat.

Durch ein Zertifizierungssystem können Betriebe und Unternehmen für gute Ausbildungsbedingungen ausgezeichnet werden. So erhält die Stimme der Auszubildenden entsprechendes Gewicht und das ungleiche Kräfteverhältnis von Ausbildungsbetrieb und Azubis verschiebt sich zu Gunsten der Schwächeren.

Die Ausstattung der Berufsschulen muss umgehend verbessert werden. Um das Lernen in einem angenehmen Umfeld zu ermöglichen und die Lehrmaterialien auf den neuesten Stand zu bringen, brauchen die Berufsschulen schnellstens finanzielle Mittel. Wir geben uns nicht damit zufrieden, die Schulen auf das Einsammeln von Sponsoringgeldern aus der Wirtschaft zu verweisen, denn wir lehnen jegliche Einflussnahme der Unternehmen auf die berufsschulische Ausbildung ab und wollen die beste Ausstattung für alle Schulen, nicht nur für die, die für unternehmerisches Sponsoring attraktiv sind.

LehrerInnen in den Berufsschulen müssen die Anforderungen der Betriebe an die Auszubildenden kennen. Hier kann ein Netzwerk Ausbildung, bestehend aus Kammern, Gewerkschaften, Unternehmen und Lehrenden für den notwendigen Dialog sorgen.

Antrag C1

Antragsteller: Landesvorstand

## **Kinder und Jugendarbeit**

Kinder- und Jugendarbeit gehörte schon immer zu den großen Herausforderungen in der Sozialpolitik. Dennoch steht diese Arbeit immer unter besonderen Druck: Wenn es um Sparen und Kürzungen geht, steht – egal auf welcher Ebene – immer die Kinder- und Jugendarbeit auf der Liste.

Wir stellen fest, dass aufgrund der jugendhilferechtlichen Vorgaben im Bundes- und Landesgesetz (Kinder- und Jugendförderungsgesetz NRW) die Förderung der Kinder- und Jugendarbeit eine Pflichtaufgabe der Kommunen ist. Aus diesem Grund gehört die Förderung der Kinder- und Jugendarbeit nicht in die Konzepte der Haushaltskonsolidierung.

Zeitgleich steigen jedoch die Anforderungen an die Träger der Kinder- und Jugendarbeit: gesellschaftspolitische Umbrüche sollen begleitet werden. Individuelle Probleme des Nachwuchses sollen gelöst werden. Das Kind und der Jugendliche müssen stärker betreut und gefördert werden.

Für uns Jusos gehört die Kinder- und Jugendarbeit zu den wichtigsten Punkten der Politik – gerade auch vor Ort. Sie betrifft uns und unsere Zielgruppe besonders stark. Eine starke Lobby fehlt jedoch. Umso wichtiger ist ein engagierter Einsatz unsererseits.

### **Neue Rahmenbedingungen**

Die Rahmenbedingungen für die Kinder- und Jugendarbeit haben sich in den letzten Jahrzehnten erheblich verändert. Der Freizeitmarkt für Kinder und Jugendliche ist expandiert. Die Kommerzialisierung hat auch hier Einzug gehalten – leider oft nicht zum Wohle des Kindes oder des Jugendlichen. Neue Medien und hier insbesondere das Internet tangieren immer mehr Bereiche des Lebens. Sie eröffnen neue Möglichkeiten, beinhalten aber auch neue Gefahren und die Umgestaltung von Schule in den offenen Ganztag betrifft immer mehr Kinder und Jugendliche in NRW mit entsprechenden Folgen für die Freizeitgestaltung.

## **Gesellschaftliche Lage von Kindern und Jugendlichen**

### Soziale Lage

Die soziale Lage von Kindern und Jugendlichen hat sich mit der Einführung des SGB II im Jahr 2005 erheblich verschlechtert. Die Zahl der in Armut lebenden Mädchen und Jungen hat sich seit dem mehr als verdoppelt. Mittlerweile lebt jedes vierte Kind in NRW unter der Armutsgrenze (Sozialbericht 2007). Bei Kindern aus großen Familien oder mit einem alleinerziehenden Elternteil, sowie bei Kinder und Jugendlichen mit Migrationshintergrund ist dieser Anteil sogar noch höher. Ergebnis dieser Entwicklung ist eine negative Auswirkung auf die persönliche Entwicklung der Betroffenen Kinder und Jugendlichen, welches oft durch fehlendes Zukunftsdenken gekennzeichnet ist.

### Familie

Das soziale Umfeld und die Familie entscheidet wie kaum ein anderes Merkmal über die sozialen, kulturellen und materiellen Startchancen junger Menschen. Dabei geraten alle Familien- und Lebensgemeinschaftskonstellationen unter starken Druck. Viele Frauen sehen sich noch immer vor die Wahl gestellt, ob sie lieber Kinder haben wollen oder einen Beruf ergreifen wollen. Folge sind eine abnehmende Zahl an Haushalten mit Kindern.

Auch nimmt der Anteil an "Patchworkfamilien" (Nichteheliche Lebensgemeinschaften, Gemeinschaften Alleinerziehender, Familien mit homosexuellen Erziehungsberechtigten u.ä.) weiter zu, genau wie die Mischung unterschiedlicher Kulturen und Ethnien. Verschiedene Vorstellungen und Verhaltensweisen bestimmen den Lebensalltag. Kinder und Jugendliche stehen damit anderen Problemen gegenüber als noch vor einigen Jahrzehnten. Familien sind stärker auf Dienstleistungen angewiesen. Die Zunahme an Betreuungs- und Bildungsangeboten, sowie an der Hilfe zur Erziehung machen dies deutlich.

### Bildung

Die Fakten zur Bildungswirklichkeit in NRW sprechen eine deutliche Sprache: Rund zehn Prozent der Mädchen und Jungen erreichen keinen Schulabschluss (Bei Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund liegt dieser Anteil bei 22 Prozent). Einem/r Bildungsaufsteiger/in stehen zehn Absteiger/innen gegenüber. Mehr als 40 Prozent aller Schüler/innen machen zwischen dem ersten und zehnten Schuljahr mindestens einmal die Erfahrung auf Grund von Zurückstellung, Sitzenbleiben und Schulformwechsel wegen angeblich mangelnder Fähigkeiten ausgeschlossen zu werden.

## Ausbildung und Beruf

Auch wenn sich die Lage im Jahr 2008 verbessert hat, fehlen immer noch Tausende von Lehrstellen. In Westdeutschland gab es 2008 120.753 mehr BewerberInnen als gemeldete Ausbildungsstellen. Viele stecken wie in den Jahren zuvor nun auch in Warteschleifen. Die Situation ist regional betrachtet jedoch sehr unterschiedlich.

Insbesondere im Ruhrgebiet ist die Situation immer noch sehr bedrückend. Auf vier BewerberInnen kommt hier teilweise gerade einmal ein Ausbildungsplatz. Viele junge Menschen, die eine Ausbildungsstelle bekommen, müssen nach erfolgreicher Ausbildung eine weitere deprimierende Erfahrung machen: Sie werden nicht übernommen. Sie landen in Arbeitslosigkeit oder in prekäre Beschäftigung.

## Demografie

Die Bevölkerung in den meisten Regionen NRWs wird weiter schrumpfen. Damit verbunden ist ein kontinuierlicher Rückgang des Anteils jüngerer Menschen. Verglichen mit 2007 wird der Anteil junger Menschen bis 19 Jahren um 14 Prozent abnehmen. Dabei sind diese Veränderung auch hier regional sehr unterschiedlich. Die Wanderung der Bevölkerung vermischt mit der Veränderung in der Alterstruktur wird mit einer stärkeren sozialen und ethnischen Entmischung verbunden sein. Menschen mit Migrationshintergrund werden dabei besonders von Armut und Ausgrenzung betroffen sein. Dabei sind hier besonders viele junge Menschen zu finden. Der Anteil von Nichtdeutschen der Altersgruppe bis 19 Jahren wird 2015 voraussichtlich über 20 Prozent liegen. Im Ruhrgebiet wird bereit 2010 fast jede/r zweite Einwohner/in im Alter von 20-40 eine Zuwanderungsgeschichte haben.

## Gleichstellung

Der Alltag von Mädchen und Jungen unterscheiden sich immer noch deutlich: Obwohl sich in vielen Bereichen die Werte, Zukunftsvorstellungen, Lebenskonzepte und Partnerschaftsmodelle angeglichen haben, sind es weiterhin junge Frauen, die sich zu Lasten ihrer beruflichen Entwicklung hin zur Familie orientieren, während junge Männer nach wie vor ihre Definition über Beruf erhalten und eher weniger zu Hausarbeit und Kindererziehung beitragen. Neben den modernen Familienbildern gibt es nach wie vor traditionell orientierte Modelle, die zudem kulturspezifisch variieren. Mädchen stehen trotz besserer Schulabschlüsse vor weniger Berufsmöglichkeiten als Jungen. Sie sind häufiger sexuellen Übergriffen und Gewalt ausgesetzt und ihre Bewegungsfreiheit in öffentlichen Räumen ist immer noch deutlich eingeschränkter.

Auch Jungen bewegen sich in ihrer Entwicklung zwischen Anspruch und Wirklichkeit. Um ein "richtiger" Mann zu werden müssen sie wie z.B. In den Medien vorgegeben cool und stark sein, sowie alles im Griff haben. Gleichzeitig werden verschiedene Rollenanforderungen in

verschiedenen Lebensbereichen eingefordert. Die Orientierung für Jungen aus anderen Kulturkreisen wird dabei durch wiederum anderen Vorstellungen und Normen noch weitaus schwieriger.

### Gesundheit

Die Förderung und Erhaltung der Gesundheit junger Menschen hängt im großen Maße mit einer positiven Entwicklung zusammen. Chronische Erkrankungen sowie psychische und psychosomatische Störungen haben jedoch enorm zugenommen. Hier ist besonders auffallend, dass dies insbesondere Kinder aus ärmeren Bevölkerungsschichten und mit Migrationshintergrund betrifft.

Junge Menschen sind besonders stark vom Stress betroffen. Folge sind psychische und psychosoziale Belastungen und Erkrankungen, Befindlichkeits- und Kommunikationsstörungen sowie Konzentrationsstörungen. Stress, Essstörungen und Bewegungsmangel sind als die großen Probleme zu benennen und stehen in Beziehung zueinander. Die Gefährdung durch Süchte und Drogen beginnt bereits im frühen Kindesalter.

### Jugenddelinquenz

Statistisch hat die Zahl der Körperverletzungen durch Jugendliche zugenommen, während andere Straftatbestände stabil geblieben sind oder sogar abgenommen haben. Dieser Anstieg lässt sich mit dem veränderten Anzeigeverhalten erklären. Dennoch sind Gewalt und Kriminalität für junge Menschen häufig belastend. Ursachen sind dabei häufig auch elterliche Gewalt, gewaltfreundliches Milieu, Armut und Langeweile. Gegenstrategien gibt es leider oft nur oberflächlich und kurzzeitig und dies auch häufig lediglich bei sogenannten Intensivtäter/innen.

### Medien

Die Medien verändern das Lernen, die Kommunikation und die Alltagskultur junger Menschen. Kontakte, Gruppen und Kommunikation laufen nicht mehr zwangsweise im eigenen Stadtteil, sondern weltweit. Soziale Kontakte beim Spielen haben einen großen Stellenwert. Inzwischen sind 52 der männlichen und 41 Prozent der weiblichen Online-Spieler/innen in virtuellen Spielgemeinschaften organisiert. Auch soziale Netzwerke im Internet nehmen einen immer größeren Stellenwert ein.

Die Nutzung von Medien beinhaltet viele Möglichkeiten, birgt jedoch auch Gefahren: Fernsehen kann bei falscher Nutzung dumm machen und zu Aufmerksamkeitsstörungen und Leseschwierigkeiten führen. Der Schutz vor Missbrauch über das Internet ist bei vielen Eltern noch kein entsprechendes Thema.

Im Medienbereich finden sich auch die größten Schuldenfallen für junge Menschen. Das eigene Handy und Online-Shopping sind dabei die wichtigsten Gründe für die Verschuldung von jungen Menschen.

## **Kinder- und Jugendarbeit unter Druck**

### Kinder- und Jugendförderungsgesetz NRW

Das Kinder- und Jugendförderungsgesetz NRW (KJFÖG) und der Kinder- und Jugendförderplan des Landes (KJFöP) von 2005 haben die gesamte Kinder- und Jugendarbeit in NRW im Grundsatz gestärkt.

Das KJFÖG regelt die Leistungen für junge Menschen im Alter vom 6- bis zum 27. Lebensjahr. Das Land und die Kommunen werden neben den spezifischen Regelungen für die Jugendarbeit, Jugendsozialarbeit und den erzieherischen Kinder- und Jugendschutz zu weiteren generellen Zielen verpflichtet. Dazu gehört die Berücksichtigung der besonderen Belange von Kindern und Jugendlichen in benachteiligten Lebenswelten und von jungen Menschen mit Migrationshintergrund, der Schutz von Kindern und Jugendlichen vor Vernachlässigung, Gewalt und sexuellem Missbrauch, der Gleichstellung von Jungen und Mädchen, dem Mitspracherecht für Kinder und Jugendliche bei der Gestaltung der Angebote und das Zusammenwirken der öffentlichen und freien Träger der Jugendhilfe mit den Schulen.

Ebenso verpflichtet das KJFÖG die Kommunen, im Rahmen ihrer finanziellen Leistungsfähigkeit die Jugendarbeit, die Jugendsozialarbeit und den erzieherischen Kinder- und Jugendschutz auf Basis eines Förderplans als Teil der kommunalen Jugendhilfeplanung zu fördern.

Dennoch ist die Kinder- und Jugendarbeit von Kürzungen betroffen. Zuletzt wurden 2006 von der schwarz-gelben Landesregierung 21 Mio. Euro in der Kinder- und Jugendarbeit gekürzt und trotz Erhöhungen der Ausgaben in den nachfolgenden Haushalten keine nennenswerte Erhöhung in der Kinder- und Jugendarbeit vorgenommen. Die für das Jahr 2009 geplante Erhöhung des Kinder- und Jugendförderplans beinhaltet kein neues Geld, sondern kommt durch die Einbeziehung von Sonderförderungsstöpfen zustande.

### Prekäre Beschäftigte

Diese Entwicklung führt auch zu prekärer Beschäftigung in der Kinder- und Jugendarbeit. Zwischen 1998 und 2006 wurden Personalkürzungen von 40 Prozent vorgenommen.

Die Befunde aus der zweiten Strukturdatenerhebung zur offenen Kinder- und Jugendarbeit zeigt, dass der Anteil von Teilzeitbeschäftigten hier besonders hoch ist. Nimmt man freie und öffentliche Träger zusammen, so sind dort 39,3 Prozent in einem Teilzeitarbeitsverhältnis. Bei den freien Trägern, die besonders unter den Kürzungen zu leiden haben liegt der Anteil an Teilzeitarbeitsverhältnissen sogar bei 43,8 Prozent. Konkret bedeutet die, dass von den 3.700 sozialpädagogischen Fachkräften in der offenen Kinder- und Jugendarbeit nur 2.220 eine Vollzeitstelle haben. 1.480 Fachkräfte arbeiten 19,25 Wochenstunden oder weniger. Von der Teilzeitarbeit sind auch hier insbesondere Frauen betroffen: 68,3 Prozent aller Teilzeitstellen sind von Frauen besetzt und nur 43,6% aller Vollzeitstellen.

Nach den Erhebungen der Kinder- und Jugendhilfestatistik arbeiten nur 53,4 Prozent des gesamten Personals in der offenen Kinder- und Jugendarbeit als "Angestellte, unbefristet beschäftigt".

Setzt man die Gesamtzahl der pädagogischen Fachkräfte nun ins Verhältnis zur Anzahl der Häuser der offenen Tür, wird die schlechte Besetzung der Häuser deutlich. 3.700 sozialpädagogische Fachkräfte arbeiten in insgesamt 2.200 Häusern.

Diese Arbeitsbedingungen führen dazu, dass der Anteil der praktischen Pädagogik als "direktes Kommunizieren mit Kindern und Jugendlichen" lediglich ein fünftel bis ein viertel der Arbeitszeit macht. Die restliche Arbeitszeit wird durch Tätigkeiten wie Finanzaquise, externe Sitzungen (Jugendamt, Schulen etc.), Projektentwicklung, Geschäftsführung und Öffentlichkeitsarbeit belegt.

#### Leere Kassen

Viele Kommunen sehen sich finanziell am Abgrund. Seit über fünfzehn Jahren hat sich die Krise der kommunalen Finanzen entwickelt. Haushaltssicherungskonzepte sind für viel Städte in NRW nicht nur graue Theorie sondern waren oder sind Praxis vor Ort. Ergebnis ist ein deutlicher Rückgang öffentlicher Investitionen. Mittlerweile sind viele öffentliche Gebäude und Einrichtungen stark Sanierungsbedürftig. Jedoch sind die dringenden Arbeiten für immer mehr Städte und Gemeinden nicht finanzierbar.

Hinzu müssen Kommunen wegfallende Landesgelder kompensieren, welches nur schwer bis gar nicht möglich war und ist. So wurden vielfach über Jahre hinweg lediglich die Förderhöhe "Überrollt", d.h. gleiche Haushaltansätze übernommen. Mit der Steigerung von Personalkosten und Betriebskosten der Einrichtungen der Kinder- und Jugendarbeit wurde schleichend Personal abgebaut.

Wo vor 10 Jahren noch drei sozialpädagogische Fachkräfte arbeiteten, sind heute nur noch ein bis zwei Fachkräfte zu finden, die gleichzeitig noch den gestiegenen Ansprüchen an die offene Kinder- und Jugendarbeit gerecht werden sollen.

## **Kinder- und Jugendarbeit stärken**

### Planungssicherheit schaffen

Förderverträge zwischen Kommunen und Trägern der offenen Kinder- und Jugendarbeit sind dabei eine wichtige Möglichkeit, die Arbeit und Einrichtungen vor Ort dauerhaft zu sichern. Wir Jusos setzen uns dafür ein, dass in allen Kommunen und Gemeinden solche verbindlichen Förderverträge Realität werden. Wir fordern ebenso, dass solche Verträge auch in Zeiten der Haushaltssicherung verbindlich bleiben. Kinder- und Jugendarbeit muss nach den Bedürfnissen vor Ort gefördert werden und nicht nach der aktuellen Finanzlage der Kommune.

### Umsetzung des KJFöG

Die Förderung der offenen Kinder- und Jugendarbeit muss gemäß den Vorgaben des KJFöG weiterentwickelt und angepasst werden. Wir Jusos fordern die Rücknahme der Kürzung in Höhe von 20 Prozent aus dem Jahr 2006. Eine verbindliche Förderung in Höhe von mindestens 96 Mio. Euro ist unser Ziel.

### Jugendpolitik in den Jugendhilfeausschüssen

Der Jugendhilfeausschuss ist Teil des Jugendamtes und unterscheidet sich klar gegenüber anderen kommunalen Ausschüssen. Die Beteiligung der freien Träger durch Vertreter/innen als Mitglieder des Ausschusses macht dies deutlich. Der Jugendhilfeausschuss wird jedoch heute eher zum Vollziehungsorgan des Kämmers. Themen wie Qualitätssicherung und die Umsetzung des Wirksamkeitsdialoges spielen kaum eine Rolle. Auch spielen Diskussionen um den Umgang mit den gesellschaftlichen Veränderungen eine zu kleine Rolle. Wir Jusos fordern, dass die Jugendhilfeausschüsse mehr Zeit bekommen, um sich der politisch-strategischen und inhaltlichen Themen widmen zu können. Die Komplexität des Bereichs erfordert eine intensivere Diskussion. Wir fordern die SPD dazu auf stärker darauf zu achten, dass die Mitglieder des Jugendhilfeausschusses entsprechende Qualifikationen besitzen bzw. Erhalten. Eine Mentalität, in der der Ausschuss durch "Politiker der dritten Reihe" besetzt wird, darf es nicht mehr geben. Die Mitglieder des Jugendhilfeausschusses müssen ebenso die Interessen im Rat und Fraktion gut unterstützen können.

#### Qualität sichern und weiterentwickeln

Die Qualität der Kinder- und Jugendarbeit spielt gerade in Bezug auf die gewachsenen Anforderungen eine große Rolle. Wir Jusos fordern die Einrichtung von Qualitätskommissionen vor Ort, die jenseits einrichtungsbezogener Profilbildung über Qualitätsindikatoren von Kinder- und Jugendarbeit beraten. Insbesondere die Bereiche Stadtentwicklung, offener Ganzttag und Kultur sind dort wichtige Bereiche, an der eine Beteiligung von Trägervertreter/innen wichtig ist. Der begonnene Wirksamkeitsdialog des Landes kann hier ein erster Baustein sein.

#### Bedarfsgerechter Ausbau

Die örtliche Jugendhilfeplanung zeigt vielerorts ein großen Mehrbedarf an differenzierten Angeboten. Wir Jusos fordern daher weitere Gelder zum Bedarfsgerechten Ausbau vor Ort. Diese Gelder sind nicht nur ausschließlich von den Kommunen zu tragen. Insbesondere das Land NRW ist dort in der Pflicht.

#### Investitionen ermöglichen

Wie auch im öffentlichen Raum, haben viele Einrichtungen der Kinder- und Jugendarbeit einen enormen Investitionsbedarf, der nicht abgebaut werden kann. Eine Modernisierung der Gebäude und eine zeitgemäße Grundausstattung sind auf Grund zahlreicher Kürzungen in den letzten Jahrzehnten nicht finanzierbar gewesen.

Wir Jusos fordern dies im Rahmen von aktuellen Konjunkturprogrammen entsprechend zu berücksichtigen und die Investitionsmittel für Träger der Kinder- und Jugendarbeit entsprechend deutlich zu erhöhen.

#### Förderung Entbürokratisieren

Damit Träger der Kinder- und Jugendarbeit bei der Projektförderung berücksichtigt werden ist ein Mehraufwand an Bürokratie geschaffen worden. Dieser Mehraufwand geht auf Kosten der pädagogischen Arbeit mit Kindern und Jugendlichen. Wir Jusos fordern die Zusammenführung von Struktur- und Projektförderung in eine Förderposition mit entsprechender Erleichterung der Nachweispflicht.

#### Fachausbildung verbessern

Veränderte Lebenssituationen von Kinder und Jugendlichen, die Zunahme von Migrant/innen mit unterschiedlichen kulturellen Hintergründen und die Veränderung der gesellschaftlichen Lage von jungen Menschen lassen die Anforderungen an pädagogisches Fachpersonal enorm steigern.

Wir Jusos fordern, dass diese Veränderung in der Ausbildung der Fachhochschulen und Fachschulen stärker berücksichtigt werden. Die methodischen und fachlichen Grundlagen der offenen Kinder- und Jugendarbeit müssen Bestandteil der Ausbildung werden.

#### Fortbildung ermöglichen

Wir Jusos fordern einen bedarfsorientierten, ausreichenden Haushaltansatz für die Fortbildung von pädagogischen Fachkräften, sowie für ehrenamtliche Mitarbeiter/innen in der Kinder- und Jugendarbeit, um die Qualität sichern zu können und neue Lebenslagen von jungen Menschen Rechnung getragen werden kann.

#### Kooperation Schule mit Kinder- und Jugendarbeit

Eine partnerschaftliche und verlässliche Kooperation zwischen Schule mit der offenen Kinder- und Jugendarbeit ist unverzichtbar. Der Austausch von Erfahrungen und der Einbezug des Freizeitverhaltens junger Menschen gerade im Ganztage erleichtert die Arbeit und fördert das Wohl der Kinder und Jugendlichen. Wir Jusos fordern daher eine Verankerung der Kooperation in den Schulkonzepten und -programmen, damit Ressourcen hinsichtlich der individuellen Förderung und Motivierung, der Partizipation, der Einbindung von Eltern und der Öffnung zum sozialen Umfeld genutzt werden können. Die Einrichtung von Bildungspartnerschaften kann dabei ein guter Weg sein. Zudem fordern wir eine Partnerschaft auf Augenhöhe.

#### Jugend nicht vergessen

Die Einführung des Ganztages an immer mehr Schulen ist eine Errungenschaft der Sozialdemokratie, dessen Notwendigkeit durch verschiedene Studien wie PISA deutlich wurden. Mittlerweile ist der Ganztage anerkannt und wird immer stärker genutzt. Die Kooperation der Kinder- und Jugendarbeit mit den Schulen ist wünschens- und förderungswert. Diese Neuerung, verbunden mit der schlechten finanziellen Ausstattung führt jedoch zu einer Vernachlässigung der freizeitpädagogischen Arbeit mit jungen Erwachsenen, die die Schule verlassen haben. Wir Jusos fordern, dass gerade in dieser Lebensphase die Jugendarbeit stärker greift. Dazu ist eine entsprechende Erhöhung der finanziellen Förderung notwendig.

Antrag C5

Antragsteller: UB Bonn

## **Gemeinsames Lernen nur inklusiv– für die Abschaffung des viergliedrigen Schulsystems**

Bereits seit mehr als 20 Jahren fordern wir Jusos die Abkehr vom dreigliedrigen Schulsystem. Die Pisa-Studien haben bestätigt, dass unsere Kritik an der Dreigliedrigkeit berechtigt ist. Gynnasium, Real- und Hauptschule unterstützen Kinder nicht, wie häufig behauptet, in ihren individuellen Persönlichkeiten. Kinder werden schon mit 10 Jahren abgeschoben, abgestempelt. Auch die IGLU-Studie hat ergeben, dass 44% aller Grundschüler auf die falsche Schulform überwiesen werden. Die Misere des deutschen Bildungssystems wird an allen Ecken und Enden deutlich. Der Versuch, an deutschen Schulen mittels Schuljahrverkürzung Kinder konkurrenzfähiger zu machen ist mehr als gescheitert.

Wir Jusos haben auf diese Miesere in vielen Anträgen hingewiesen, doch das Thema Integration, gemeinsames – inklusives – Lernen von Kindern und Jugendlichen mit und ohne Behinderung wurde auch dort nur als Randthema behandelt.

Allerdings haben sich Sonder- und Förderschulen faktisch längst zu einem eigenen Schulzweig entwickelt, unter dem besonders Kinder mit Migrationshintergrund leiden. Diese werden immer häufiger aus mangelnder Förderung und Hilflosigkeit der Lehrerinnen und Lehrer auf Sonder- oder Förderschulen abgeschoben. Die gegenwärtige hiesige Schulstruktur sowie die Organisation von Schule und Lernen verstärken diese individuellen Überforderungserfahrungen, so dass letztlich auch die Lehrerinnen und Lehrer lediglich die strukturellen Defizite des deutschen mehrgliedrigen Schulsystems und einer verfehlten auf Selektion und Angepasstheit beruhenden Lernkultur nachvollziehen können. Unabhängig vom eigentlichen Defizit bleibt das Schicksal der betroffenen Schülerinnen und Schüler nahezu unvermeidlich: Ihnen werden jegliche Perspektiven geraubt. Dies ist verantwortungslos und muss grundlegend korrigiert werden.

Zu berücksichtigen ist aber insbesondere auch, dass durch die Abschaffung der Mehrgliedrigkeit neben Menschen mit Behinderung auch nicht-behinderte profitieren werden. Sie lernen von klein auf den normalen alltäglichen Umgang mit Behinderten und erlernen somit wichtige soziale Kompetenzen, die neben erwünschten integrativen sozialen Effekten auch unter demokratischen Gesichtspunkten und der Internalisierung von Toleranz und Solidarität zu begrüßen sind.

Die Zusammenlegung von Förderschulen mit den restlichen Schulen bündelt Ressourcen sinnvoll. Anstatt in getrennten Schulen Fördermaßnahmen durchzuführen bündelt eine integrative Gesamtschule alle möglichen Maßnahmen zur individuellen Förderung und kann aus einem breiten Angebot die ideale Förderung für alle anbieten. Ziel dabei ist es die Bildung jedes einzelnen Kindes zu verbessern. Kinder werden nicht abgeschoben und abgestempelt, sondern es wird ihnen der Weg zu allgemeinen Abschlüssen eröffnet.

Durch die UN-Charta, die die Gleichbehandlung von Menschen mit und ohne Behinderung beinhaltet, wird unsere Forderung untermauert. Nach wie vor besteht akuter Handlungsbedarf.

Wir fordern die sofortige Umsetzung UN-Charta und den Ausbau von Kindergärten, Grund- und weiterführende Schulen zu integrativen Einrichtungen an denen gemeinsames Lernen möglich ist und Menschen mit und ohne Behinderung von einander lernen und in ihrer Einzigartigkeit unterstützt und gefördert werden.

Antrag E1

Antragsteller: Landesvorstand

## **Die Kernforderungen unserer Europakampagne**

Auf den Punkt gebracht: Diejenigen, die Europa heute regieren, wollen kein soziales Europa. Beim Europäischen Parlament angefangen bis hin zum Europäischen Rat – überall haben Konservative und Wirtschaftsliberale das Sagen. Diese glauben nach wie vor an das Spiel freier Märkte über allem und arbeiten nur eifrig daran, das große Finanzkasino so schnell wie möglich wieder zu eröffnen.

**Wir Jusos wollen aber in Europa nicht länger gemeinsam einsam sein: Wir sind für das soziale Europa und für gemeinsame Standards!**

**Die nachhaltige Regulierung der globalen Finanzmärkte um politisch zu Steuern ist unser Ziel!** Der „Privat-vor-Staat“-Kurs der konservativen und wirtschaftsliberalen Kräfte in Europa hat sich durch die aktuellen Entwicklungen selbst beerdigt. Wir Jusos sind gegen einen dem Laissez-faire-Prinzip überlassen Finanzmarkt und verlangen strengere Regeln (Globales Kreditregister, staatliche europäische Ratingagenturen, Standardisierung von Kreditpaketen) und Transparenz auf den internationalen Finanzmärkten. Die NGO Tax Justice Network schätzt die durch Offshore-Finanzplätze verlorenen Steuereinnahmen auf weltweit etwa 255 Mrd. \$ pro Jahr. Außerdem fördern Steueroasen durch ihre meist minimale Regulierung der stattfindenden Geschäftsaktivitäten Kriminalität und gefährden die Stabilität des Weltfinanzsystems. Problematisch ist bei Steueroasen, dass sie größere Staaten in einen Wettbewerb um niedrige Steuern und geringe Regulierung verwickeln. Die EU muss jetzt auf international verbindliche Absprachen unter Staaten, dass nirgends Reiche steuerfrei leben können, drängen. Die Steueroasen müssen nun soweit trockengelegt werden, wie es möglich ist.

**Öffentliche Daseinsvorsorge – die Dienste für die BürgerInnen dürfen nicht ausschließlich den Prinzipien des freien Marktes unterworfen werden!** Es gilt, öffentliche Daseinsvorsorge in den Mitgliedsländern zu erhalten um langfristig eine Harmonisierung nach oben zu verwirklichen. Für die dauerhafte Sicherung der Daseinsvorsorge wird die Schaffung einer Rahmenrichtlinie über den Rechtsrahmen notwendig sein. Unsere Vision eines Europas ist die, dass es für uns mehr als nur ein gemeinsamer Binnenmarkt ist.

**Ein soziales Europa braucht die Einhaltung sozialer Mindestbedingung!** Es sind Höchstarbeitszeiten durch die EU festzulegen. Die EU braucht außerdem eine steuerpolitische Kompetenz. Wir fordern die Harmonisierung der Körperschaftssteuern, um den Wettkampf zwischen den verschiedenen Staaten so zu gestalten, dass er nicht auf dem Rücken der Schwächeren und auf Kosten der Umwelt ausgetragen wird.

**Wir fordern gleichen Lohn für gleiche Arbeit!** Das Prinzip gleicher Lohn für gleiche Arbeit gilt nicht überall in Europa. Im Gegenteil noch immer sind es Frauen die systematisch weniger verdienen als ihre männlichen Kollegen. Das gilt auch, wenn Mann und Frau dieselbe Arbeit verrichten. Nur durch konsequente Umsetzung der Konzepte zur Gleichstellung der Geschlechter kann diese auch erreicht werden; die bloße Existenz auf dem Papier kann nicht hingenommen werden.

**Wir fordern daher mehr Mitbestimmung in transnationalen europäischen Unternehmen und Konzernen!** Dafür brauchen wir eine institutionelle Stärkung der Mitbestimmung und der Gewerkschaften in den EU-Mitgliedstaaten und der Europäischen Union.

**Europa und die Kommunen: Sozialdemokratische Kommunalpolitik braucht eine starke Fraktion der SPE im Europäischen Parlament!**

**Öffentliche Daseinsvorsorge sichern!** Die Bandbreite dieser zumeist von Kommunen verantworteten Dienstleistungen, die das Gemeinwohl betreffen, reicht von der Versorgung mit Wasser und Energie sowie der Entsorgung von Abfall und Abwasser über den öffentlichen Personennahverkehr bis hin zu den Bereichen Bildung, Schule, Gesundheit, Wohnungswesen, Kultur sowie der Betreuung von Menschen in schwierigen Lebenssituationen und vielfältigen sozialen Dienstleistungen. Eine Einschränkung des Handlungsspielraumes der Kommunen bei der Sicherung gemeinwohlorientierter Dienstleistungen ist eine Bedrohung lokaler Selbstverwaltung. Aufgabe der kommunalen und regionalen Gebietskörperschaften ist es, für Bürgerinnen und Bürger effizient und kostengünstig ein gleichwertiges, diskriminierungsfreies und flächendeckendes Angebot notwendiger Dienstleistungen und Güter hoher Qualität zu gewährleisten. Durch diese Leistungen werden die Funktionsfähigkeit des öffentlichen Lebens, die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft ebenso wie die natürlichen Lebensgrundlagen für künftige Generationen gesichert. Speziell in strukturschwachen ländlichen Gebieten muss die Grundversorgung der Bevölkerung, d.h. eine Mindestausstattung der Infrastruktur und ein Mindestangebot von Gütern und Dienstleistungen sichergestellt werden.

**Im Interesse des Zusammenwachsens grenzüberschreitende und transnationale kommunale Kooperationen und Städtepartnerschaften fördern.** Auch die Zusammenarbeit von Kommunen über Grenzen hinweg ist eine Möglichkeit, um die Lösung gemeinsamer Herausforderungen anzugehen. Von besonderer Bedeutung sind die klassischen Partnerschaften der Kommunen. Die Europäische Union sollte die Förderung der grenzüberschreitenden und transnationalen Zusammenarbeit von Kommunen sowie der kommunalen Partnerschaften weiter ausbauen. Hier kann die die Kommune organisatorisch und finanziell Jugendaustauschprojekte zwischen europäischen Partnerstädten unterstützen und so die europäische Integration vorantreiben.

**Überall die Finanzausstattung der Kommunen sichern!** Finanzielle Auswirkungen europäischer Gesetzgebung müssen besser berücksichtigt werden.

Die Handlungsautonomie der Kommunen wird nicht nur direkt durch die Rechtsetzung der EU eingeschränkt, sondern insbesondere auch durch die finanziellen Folgelasten europäischer Regelungen. Die politischen Gestaltungsmöglichkeiten vor Ort werden damit enger. Die Finanzausstattung der Kommunen und damit auch die Gleichwertigkeit von Lebensverhältnissen zu sichern ist Aufgabe aller den Kommunen übergeordneten Ebenen.

**Das Subsidiaritätsprinzip anerkennen!** Ein soziales Europa braucht handlungsfähige und starke Kommunen. Vor dem Hintergrund der zahlreichen Aufgaben, die die Kommunen für die Menschen wahrnehmen, müssen diese die notwendige Handlungsfähigkeit besitzen und die Mittel erhalten, die sie für die Ausübung ihrer Aufgaben benötigen - denn die Wahrnehmung von Aufgaben möglichst nah an den Bürgerinnen und Bürgern ist ein Gebot einer transparenten, bürgernahen und effizienten Demokratie.

**Europas Zukunft steckt in den Köpfen und nicht in den Kühen!**

**Wir Jusos fordern mehr Investitionen in Köpfe und Zukunftstechnologien anstatt in Kühe!** Noch immer übersteigen die EU-Ausgaben für Landwirtschaft die Investitionen in Bildung und Ausbildung um ein Vielfaches. Eine Umschichtung von Landwirtschaftsmitteln zu Investitionen in Bildung und Ausbildung in die europäischen Austauschprogramme in allen Bildungsbereichen und auch die Weiterbildungsinitiative der EU sind dabei von hoher Bedeutung.

**Wir sagen nein zur Atomkraft und fordern eine Neuausrichtung der EU-Forschungsmittel hin zur Förderung von erneuerbaren Energien.** Um diese energiepolitischen Zukunftsaufgaben angehen zu können, bedarf es zuallererst einer

Umsteuerung in der Forschungsförderung der EU. Die Kernenergieforschung die immer noch die höchsten Fördergelder erhält, darf nicht mehr im Zentrum europäischer Energieforschungsförderung stehen. Die Energiewende ist jedoch nur ein Bestandteil der umweltpolitischen Aufgaben für die Staaten der Europäischen Union. Um in der globalisierten Wirtschaftswelt der Zukunft bestehen zu können, braucht es einen tiefgreifenden Wandel in der Art und Weise wie Waren und Güter produziert werden. Neben sozialen Standards braucht es einen Fokus auf energieeffiziente und rohstoffschonende Produktionsketten, sowie auf Zukunftstechnologien die eine solche Produktion ermöglichen.

### **Mehr Demokratie in Europa wagen!**

Ein soziales Europa wird sich nur durch ein demokratisches Europa erreichen lassen. Die existierenden Ungleichgewichte lassen sich mit den Mitteln und Möglichkeiten einer parlamentarischen Demokratie überwinden. Ein Europäisches Parlament, das in allen Bereichen mitentscheiden kann, Initiativrecht für europäische Gesetze besitzt und wichtigstes Entscheidungsorgan der EU wird, tut not.

Der Rat muss Mehrheitsentscheidungen in allen Politikbereichen treffen können, um die Blockade sozialer Initiative durch einzelstaatliche Vetos unmöglich zu machen. Wir wollen die Macht der Lobbyisten in Brüssel stärker kontrollieren. Ein Faktor bei der Übermacht von wirtschaftlichen Beweggründen gegenüber sozialen ist die Macht wirtschaftlicher Akteure. Wir fordern ein allgemeines Register (analog zum Bundestag) der in Brüssel tätigen Lobbyisten. Das schafft Transparenz.

Antrag G1

Antragsteller: Landesvorstand

## **Rechtsextremismus – nicht nur ein Problem der Vergangenheit!**

Die NRW Jusos fordern alle Gliederungen der SPD auf, sich für ein erneutes NPD-Verbotsverfahren einzusetzen. Zudem muss, insbesondere die Bundes-SPD, nicht zuletzt durch ihre Regierungsverantwortung, eine konsequente Strategie gegen Rechtsextremismus insbesondere auch bei Jugendlichen entwickeln, die durch geeignete Personal- und Geldkapazitäten umgesetzt werden kann. Die Bereitstellung von (Informations-)Materialien für die Unterbezirke durch die SPD-Landesverbände und den SPD-Bundesverband muss verstärkt geschehen.

Insbesondere über die rechtspopulistische Schein-BürgerInnenbewegung „Pro-NRW“ und dessen lokale Ableger sowie über die „Autonomen Nationalisten“ besteht ein besonderer Aufklärungsbedarf, da diese eindeutig versuchen, sich von der rechten Szene abzugrenzen und sich als bürgerlich bzw. vermeindlich links tarnen.

Die Bundesregierung darf effektive Maßnahmen gegen Rechts, wie das AussteigerInnen-Programm „Exit“, nicht weiter finanziell beschneiden, vielmehr muss die monetäre Grundlage dieser Arbeiten gestärkt werden.

Nicht zuletzt muss auch die Basis der SPD in die Verantwortung genommen werden, indem die SPD vor Ort als Vorreiterin/Initiatorin von „Bündnissen gegen Rechts“ fungiert.

Der Vorstand der Jusos NRW koordiniert zukünftig die Arbeit der einzelnen Juso-Gliederungen gegen Rechtsextremismus. Ziel ist eine einheitliche Linie bei Demonstrationen oder Mahnwachen in den jeweiligen Bezirken und so eine gemeinsame Linie im Kampf gegen Rechtsextremismus.

Dieses gilt speziell für den sogenannten Anti-Islamisierungskongress, den Pro NRW am 9./10. Mai 2009 in Köln vorbereiten und durchführen will. Aufbauend auf der guten Zusammenarbeit mit dem Landesbüro im letzten Jahr, soll der Landesvorstand dabei die Jusos aus dem Unterbezirk Köln insbesondere bei der überregionalen Mobilisierung unterstützen.

Antrag G2

Antragsteller: UB Aachen Kreis, UB Aachen Stadt, UB Düren, UB Euskirchen, UB Heinsberg

## **Keine Macht den falschen FreundInnen – Kommunen müssen handeln!**

Rechtsextreme Tendenzen sind keine Einzelercheinungen die nur bei Jugendlichen auftreten, sie reichen bis weit in die gesellschaftliche Mitte hinein. Sie zu bekämpfen ist eine gesellschaftliche Aufgabe die in hohem Maße die Politik fordert. Dennoch muss konstatiert werden, dass Rechtsextreme, bspw. mit Mitteln wie der Schulhof-CD, gerade Jugendliche in ihre Szene ziehen wollen und dies auch tun. Besagtes nur fest zu stellen reicht an dieser Stelle nicht aus. Auch wenn man rechtsextremes Verhalten nicht entschuldigen kann und auch nicht darf, ist die Frage, warum Jugendliche sich in die rechtsextreme Szene ziehen lassen, hier ganz zentral. Dabei sind rechtsgefährdete Jugendliche i.d.R. nicht auf der Suche nach einer Ideologie, sondern primär nach Kontakten und Anschluss. Diese häufig nur gering selbstbewussten Jugendlichen erhalten durch Kameradschaften ein - vermeintlich - soziales Gefüge und einen Platz in der Gemeinschaft, den sie, nach ihrem Empfinden, in der Gesellschaft nicht haben. Rechtsextreme nutzen die von den Jugendlichen empfundene Perspektivlosigkeit aus, um ihre rassistischen, antisemitischen und menschenverachtenden Vorstellungen zu streuen. Der Auftrag an die Politik hier ist klar: Jungen Menschen muss eine Perspektive gegeben werden, sie müssen das Gefühl haben in dieser Gesellschaft anerkannt zu werden und ein Teil dieser zu sein. Alle Kinder und Jugendliche müssen zu reflektierten, kritischen und hinterfragenden Persönlichkeiten in unserer Gesellschaft heranwachsen. Diese Aufgabe ist nicht nur eine rein familiäre Anforderung, sondern eine gesamtgesellschaftliche Verantwortung, wodurch der Kommune eine besondere Rolle zu Teil wird.

Es darf hier auch nicht vergessen bleiben, dass neben der wichtigen gesellschaftlichen Anerkennung die materielle Lebensperspektive für Jugendliche mit entscheidend ist, wie stark diese für rechtsextremes und antidemokratisches Gedankengut empfänglich sind.

### **Als NRW Jusos fordern wir: Prävention als handlungspolitische Maxime**

Die Kommunen in NRW müssen Jugendlichen durch vermehrte Jugendarbeit und durch Jugendheime, mit angemessener pädagogischer Betreuung, eine Alternative zu der rechtsextremen Szene geben. Vieler Orts ist gerade im sozialen Bereich der Rotstift

angesetzt, gehandelt wird meist erst, wenn ein augenscheinliches Problem mit rechtsorientierten Jugendlichen auftritt. Dies ist aber eine zu kurzfristige Sicht der Realität, Prävention muss die handlungspolitische Maxime sein. Dem Abbau von Jugendarbeit muss Einhalt geboten werden! Die Kommunen müssen bei der Anstellung der Streetworker unbedingt aufstocken. Es ist unablässlich, sich Alternativen zu suchen, die erwiesen von der Jugend angenommen werden.

Die Kommunen müssen mit den Schulen im Kampf gegen rechtsextremes Gedankengut stark kooperieren. Schulen vor Ort sollen angehalten werden, sich auch gezielt gegen Rechts zu stellen und dies auch durch die Thematisierung der Problematik bei den SchülerInnen zu bestärken. Aktionen und Ausstellungen, wie beispielsweise die Wanderausstellung der Friedrich-Ebert-Stiftung „Demokratie stärken - Rechtsextremismus bekämpfen - NRW für Toleranz und Menschlichkeit“, müssen vermehrt an die Schulen. Die Kommunen müssen hier die Initiatorinnen darstellen.

Jugendliche mit einer materiell gesicherten, positiven Zukunft sind i.d.R. weniger anfällig für Fremdenhass. Demnach muss die Kommune sich für mehr Ausbildungsplätze an vorderster Front stark machen, jungen Menschen qualifizierte Weiterbildungsmöglichkeiten bieten und das Nachholen von Schulabschlüssen fördern. Zudem muss jede Kommune ihre Anstrengungen bemühen, damit die Zahl der SchulabbrecherInnen ohne Abschluss auf ein Minimales gedrückt wird. Auch hier gilt: Kein/e Jugendliche/r darf zurück gelassen werden!

Wie bereits erwähnt, ist der Rechtsextremismus keine reine Erscheinung in der Jugendszene, vielmehr handelt es sich hier um ein alle Alters- und Bevölkerungsgruppen durchdringendes Problem, denke man nur an die typischen Stammtischparolen. Kommunen müssen sich durch ein gezieltes und geschlossenes Auftreten gegen diese Tendenz des gesellschaftstauglichen Faschismus stellen. Zu oft wird gerade von konservativen und liberalen Parteien aus wahltaktischem Kalkül versucht das Problem auf vermeintlich „Linksextreme“ zu richten. Natürlich sind alle extremistischen Handlungen zu verurteilen. Dennoch, wenn man die Realitäten vor Ort in den Kommunen NRWs betrachtet, ist ein nicht zu übersehendes rechtsextremes Problem festzustellen. Mit der verschobenen Perspektive auf das linke Lager wird die rechtsextreme Problematik, die in vielen Kommunen vor Ort nicht abzustreiten ist, bagatellisiert und verwischt.

### **Als NRW Jusos fordern wir:**

Der Kampf gegen Rechtsextremismus muss ganzheitlich und übergreifend vonstatten gehen. Ein Verschwimmen der Tatsachen aus einer wahlkampftechnischen Strategie heraus verurteilen wir! Die Kommunen in NRW müssen breite ‚Bündnisse gegen Rechts‘ etablieren, in denen partei- und gesellschaftsübergreifend an einem Strang gezogen wird. Dabei verlangen wir von der SPD vor Ort, dass diese als Vorreiterin agiert!

Neben den ‚Bündnissen gegen Rechts‘ müssen die Kommunen durch ein geschlossenes Auftreten gegen Rechtsextremismus agieren. Sie müssen durch regelmäßige Aktionen, Ausstellungen und Informationen jeglicher Etablierung von rechtsextremen Tendenzen in der gesellschaftlichen Mitte entgegenwirken und verurteilen.

Kommunen haben die größte Nähe zu den BürgerInnen vor Ort. Hierdurch kommt ihnen eine besondere Rolle im Kampf gegen Rechtsextremismus zu.

Nur wenn die Kommune eine starke Aussage gegen Rechtsextremismus und jegliche Art von Fremdenfeindlichkeit trifft und diese menschenverachtenden und demokratiegefährdeten Neigungen einhellig verurteilt, kann sie als Vorbild für ihre BürgerInnen fungieren.

Antrag U1

Antragsteller: Landesvorstand

## **Energie- und Rohstoffeffizienz steigern - Für Arbeitsplätze, Klimaschutz und soziale Gerechtigkeit!**

Die Jusos NRW setzen sich für den schnellstmöglichen Wandel der deutschen Energiewirtschaft hinzu zu erneuerbaren Energien, die demokratische Kontrolle der Energienetze und dezentrale Infrastrukturen ein. Durch die gewaltigen Herausforderungen des globalen Klimawandels ist es unser aller Pflicht die Treibhausgasemissionen in Deutschland bis 2020 um min. 40% gegenüber 1990 zu senken. Bis 2050 muss eine Reduktion von min. 80% in allen Industrieländern erreicht sein um schwerste Naturkatastrophen, die Zerstörung von Ökosystemen und globale sozio-ökonomische Krisen zu verhindern.

Neben dem zwingend erforderlichen Umdenken in der Art und Weise wie Energie erzeugt und verteilt wird, muss jedoch auch ein Umdenken beim Energieverbrauch stattfinden. Im Zentrum der medialen wie politischen Aufmerksamkeit steht jedoch nach wie vor ersteres. Neben der Angebotsseite muss endlich auch die Nachfrageseite berücksichtigt und gleichberechtigt gewichtet werden. Die Gesamtmenge der produzierten Primärenergie darf nicht unbegrenzt steigen, da jede Form der Energieerzeugung mit Belastungen für unsere Umwelt verbunden ist. Denn: auch für die Errichtung von Produktionsstätten von erneuerbarer Energie ist der Einsatz von Rohstoffen notwendig und Eingriffe in unseren natürlichen Lebensraum sind an den betreffenden Standorten unumgänglich. Daraus folgt: je weniger Energieproduktionsstandorte desto besser. Egal ob es sich um ein Kohlekraftwerk, eine Biogasanlage oder einen Windpark handelt.

### **Die Vorteile einer besseren Energieeffizienz**

Für die Steigerung der Energieeffizienz einerseits und Rohstoffeffizienz andererseits sprechen zahlreiche Argumente. Diese Forderungen bedeuten für uns sowohl einen geringeren Verbrauch von Elektrizität, Wärme und Kraftstoff, als auch einen nachhaltigen und verantwortungsbewussten Verbrauch der lebenswichtigen Reserven und Ressourcen, wie z.B. Wasser. Sowohl ökonomisch als auch ökologisch ist es die richtige Antwort auf steigende Energiepreise. Überall dort wo Energie- und damit einhergehend Rohstoffeinsparungen möglich sind, macht sich dies unmittelbar finanziell bemerkbar.

Dies gilt für die einzelnen Privathaushalte, das Gewerbe und die Industrie und ebenso für die Volkswirtschaft als Ganzes. Für das produzierende Gewerbe ergibt sich aus weniger Energie- und Rohstoffverbrauch eine höhere Produktionseffektivität und daraus folgend wettbewerbsfähigere Preise. Für jeden Einzelnen ergibt sich daraus die soziale Dimension der Energieeffizienz: je niedriger die Kosten für Energie, desto höher ist der Spielraum für anderweitige Ausgaben wie Bildung, Kultur, gesunde Ernährung, Kleidung, Mobilität und Freizeit.

Deutschland ist als rohstoffarmes Land derzeit massiv von Energieimporten aus teilweise politisch höchst instabilen Ländern abhängig. Dies trifft insbesondere auf die Gasimporte aus Russland und die Erdölimporte aus dem Nahen Osten zu. Alternative Importmöglichkeiten sind entweder extrem kostspielig, ökologisch unsinnig oder ebenfalls politisch unsicher. Die Verringerung des Energiebedarfs trägt also, im Zusammenspiel mit Fortschritten auf der Angebotsseite, zur Steigerung der Versorgungssicherheit bei. In der Vergangenheit haben die Ölkrisen 1973 und 1979/80, sowie in den letzten Jahren die Gasstreitigkeiten zwischen Russland und der Ukraine, gezeigt, dass Rohstoffe und Energieabhängigkeit als geopolitisches Druckmittel eingesetzt werden. Sich aus den damit zusammenhängenden Zwängen zu befreien ist zusätzliche Motivation für einen geringeren Energieverbrauch.

Mehr Energieeffizienz trägt außerdem dazu bei, dass veraltete Technologien wie die Kernkraft und perspektivisch auch die fossilen Energieträger überflüssig werden. Bereits mit den jetzt vorhandenen technischen Potentialen kann dafür gesorgt werden, dass die Hochrisikotechnologie Atomkraft zu einem Relikt der Vergangenheit in unserem Land wird. Kalkar hat es vorgemacht: ein Freizeitpark in der Atomruine ist weitaus konfliktfreier als Kernkraftwerke, Castor-Transporte und Wiederaufbereitungsanlagen. Für diese Erkenntnis muss auch bei unseren europäischen Partnern und auf globaler Ebene entschieden worden werden.

Zuletzt, aber von höchster Bedeutung, sind die ökonomischen und arbeitsmarktpolitischen Potentiale von verbesserter Energieeffizienz zu nennen. Seit Jahren gilt das Mantra, dass Deutschland und Europa in einer globalisierten Wirtschaftswelt nur durch „ihre Köpfe und Ideen und die Kraft der Innovation im Dienstleistungs- und Hochtechnologiebereich“ bestehen können. Neben der bereits erwähnten Rohstoffarmut werden hierbei zumeist die Lohnstückkosten als „Nachteil“ gegenüber den aufstrebenden Entwicklungs- und Schwellenländern angeführt. Ein Wettlauf nach unten bei den Sozialstandards ist für uns keine Option. Eine gegenteilige Entwicklung und die Befreiung aus der Armut überall auf der Welt hingegen das Ziel.

Für den europäischen Wirtschaftsraum und den Erhalt der Industriearbeitsplätze gerade in Deutschland ist deswegen neben einer guten Bildungslandschaft der technologische Fortschritt im Energieeffizienzbereich von gewaltiger Bedeutung. Das rasante globale Wirtschaftswachstum der vergangenen Jahre hat die Nachfrage nach Rohstoffen drastisch erhöht. Einhergehend (sowie massiv beeinflusst durch die virtuelle Nachfrage des Finanzmarktkapitalismus) stiegen die Rohstoffpreise in immer größere Höhen. Die derzeitige Finanz- und Wirtschaftskrise ist nur eine kurze Atempause. Bedingt durch die steigende Nachfrage der Entwicklungs- und Schwellenländer werden die Preise nach Überwindung dieser, nächsten Kapitalismuskrise erneut massiv steigen. In Zukunft werden daher nur noch die Volkswirtschaften konkurrenzfähig sein die es schaffen die Energie- und Rohstoffkosten zu minimieren.

Durch eine Ausrichtung der Wirtschafts- und Industriepolitik auf höchste Energieeffizienz können zahlreiche neue Produktionsfelder und Dienstleistungsmöglichkeiten erschlossen werden. Für den Erhalt der Arbeitsplätze und des Wohlstands für die Menschen in unserem Land ist die Zukunftsperspektive deshalb eine nachhaltige, ökologische Wirtschaftspolitik basierend auf dem Prinzip höchstmöglicher Energie- und Rohstoffeffizienz.

### **Die internationale Dimension**

Ein positiver Effekt der Globalisierung ist die teilweise Überwindung von Isolationismus und Nationalismus. Es wird mittlerweile auf breite internationaler Ebene verstanden, dass die diversen Lebenswelten auf diesem Globus auf unzähligen Ebenen miteinander verknüpft sind. Dies gilt insbesondere für den Bereich der Klima- und Energiepolitik. Rein nationales Vorgehen ist daher der falsche Weg. Uns wäre nicht damit gedient, wenn Deutschland der permanente Musterschüler in ökologischen Fragen wäre (er ist es bei weitem nicht), wenn sich gleichzeitig anderswo auf der Welt entgegen gesetzte Trends vollziehen. Daher muss es Anspruch der deutschen Politik sein, die ökonomischen und ökologischen Vorteile des errungenen technologischen Fortschritts auch anderen Ländern zu ermöglichen. Dabei ist eine mehrstufige Vorgehensweise sinnvoll, bei der für Einigkeit in der wirtschaftspolitischen Strategie auf europäischer Ebene geworben wird. Während gleichzeitig der sozio-ökologische Wandel hierbei von uns vorangetrieben wird, sollte jedoch auch auf globaler Ebene für die Prinzipien der Nachhaltigkeit geworben werden. Mit bloßem Werben ist es jedoch nicht getan, weswegen Instrumente entwickelt werden müssen um moderne Energieeffizienztechnologien in Entwicklungs- und Schwellenländer transferieren zu können ohne dass die eigene ökonomische Basis gefährdet ist. Ein Modell hierzu sind beispielsweise die Clean Development Mechanisms im Rahmen des Kyoto-Protokolls.

## **Einsparpotentiale für unser Land**

Im Jahr 2007 wurde in Deutschland Primärenergie (Strom, Wärme, Kraftstoff) mit dem Äquivalent von rund 472 Millionen Tonnen Steinkohleeinheiten verbraucht. Hiervon entfielen 33,8% auf Mineralöl, 22,7% auf Erdgas, 14,1% auf Steinkohle, 11,7% auf Braunkohle, 11,1% auf Kernenergie, und 6,6% auf erneuerbare Energien (Quelle: AG Energiebilanzen). Dies entspricht einem Treibhausgasausstoß von ca. 981,3 Millionen Tonnen (Quelle: Umweltbundesamt). Studien des Wuppertal Instituts für Klima, Umwelt, Energie, von McKinsey und des Prognos Instituts gehen unabhängig voneinander davon aus, dass durch wirtschaftliche, d. h. gewinnbringende, Energieeffizienzmaßnahmen 110 bis 130 Mio. Tonnen bis 2020 eingespart werden können. McKinsey hat außerdem berechnet, dass zusätzlich 14 Mio. Tonnen mit Kosten zwischen 0 und 20 Euro pro Tonnen verwirklicht werden können.

Einsparpotentiale bestehen generell in allen drei Primärenergiekategorien Strom, Wärme und Kraftstoffe. Um gewichtige Effizienzwerte erreichen zu können muss demnach auch in allen drei Bereich angesetzt werden.

Diese Daten beziehen sich einzig und allein auf die Treibhausgasreduktionen durch Energieeffizienz. Werden die Einsparpotentiale des energiewirtschaftlichen Umbaus auf der Angebotsseite hinzugerechnet, rückt das Gesamtziel einer Treibhausgasreduktion um 40% bis 2020 in den Bereich des technisch und wirtschaftlich Möglichen.

## **Politische Ausgangslage**

Die SPD hat innerhalb der Bundesregierung in den letzten Jahren die energiewirtschaftliche Wende eingeleitet. Sowohl bei der Produktion, als auch bei der Energieeffizienz. In erster Linie zu nennen ist hierbei das 2007 beschlossene integrierte Klima- und Energieprogramm. Deutlich wurde, dass die Sozialdemokratie die Grünen als treibender Faktor in der Klima- und Energiepolitik abgelöst hat. Es zeigt sich darüber hinaus, dass es gelang zahlreiche Projekte gegen den Widerstand der Unionsparteien in der großen Koalition durchzusetzen. Trotz teilweise gegenteiliger medialer Darstellung, ist die Umwelt- und Energiepolitik der Bundesrepublik Deutschland rot und das soll sie auch bleiben. Neben der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik wird der Sozialdemokratie zunehmend auch in ökologischen Fragen große Kompetenz zugesprochen. Die Verbindung zwischen diesen und weiteren Politikfeldern glaubhaft herstellen zu können muss auch weiterhin der zentrale Anspruch

sozialdemokratischer Politik sein. Nichtsdestotrotz wurde weniger erreicht als möglich gewesen wäre. Besonders in Zeiten des wirtschaftlichen Abschwungs besteht deshalb permanent die Gefahr eines klima- und energiepolitischen Rollbacks. Die deutsche Verhandlungslinie bei den europäischen Richtlinien zum CO<sub>2</sub>-Ausstoß für PKW hat gezeigt, dass ordnungspolitische Maßnahmen mit sinnvoller ökologischer und ökonomischer Zielrichtung weiterhin den Interessen der Industrielobby und spezifischen nationalen Befindlichkeiten geopfert werden.

Uns Jusos kommt daher die Aufgabe zu, in die Sozialdemokratie mit nachhaltigen und zukunftsfähigen Konzepten hineinzuwirken. Gerade im Interesse junger Menschen und der nachfolgenden Generation müssen wir uns für ein energie- und rohstoffeffizientes Wirtschaftsmodell einsetzen.

### **Die Zeit zu Handeln ist jetzt!**

Wie erwähnt sind die Grundlagen für die Steigerung der Energieeffizienz in Deutschland gelegt. Wichtige Schritte wurden beispielsweise mit dem Kraft-Wärme-Kopplungsgesetz gegangen. Diese vorhandenen Maßnahmen müssen verstetigt und verbessert werden. Es kommt hierbei auf den richtigen Mix von Anreizsetzung und ordnungspolitischen Eingriffen an. Werden die angebotenen Anreize von Bevölkerung und Wirtschaft angemessen ausgenutzt ist diese Variante vorzuziehen. Wird jedoch deutlich, dass der gesamtgesellschaftlich vorhandene Wille eines klima- und energiepolitischen Wandels nicht über Anreizregulierung erreichbar ist, müssen Gesetze die notwendigen Maßnahmen durchsetzen.

Hierbei ist auch anzumerken, dass jegliche Form der Energieeffizienzsteigerung wie ein Konjunkturprogramm wirkt indem es die Nachfrage nach Handwerksdienstleistungen, modernen Produkten und Energiedienstleistungen spürbar erhöht.

Die Jusos NRW fordern, dass sich alle Mitglieder und Gremien der SPD in den Kommunen, dem Land NRW, auf der Bundesebene und in Europa für folgende Forderungen einsetzen:

### **Unsere Forderungen im Bereich der Neubauten und der Bestandsgebäude**

1. Am Ziel den Anteil der Kraft-Wärme-Kopplung an der Stromerzeugung bis 2020 auf 25% zu steigern muss festgehalten werden. Die entsprechende finanzielle Förderung dieser Anlagen muss aufrechterhalten und ausgebaut werden. Unser Ziel für 2030 ist ein weiterer Anstieg der KWK auf 50%.

2. Die derzeitige Energieeinsparverordnung für Neubauten sieht eine Energieeffizienzsteigerung in zwei Stufen um jeweils 30% in den Jahren 2008/2009 und 2012 vor. Wir fordern, dass spätestens ab 2020 jeder Neubau den Qualitäten eines Niedrigstenergiehauses und ab 2030 eines Nullenergiehauses entsprechen muss. Die technischen Möglichkeiten hierzu sind bereits heutzutage gegeben. Dazu müssen diverse technische und bauliche Elemente zum Tragen kommen: Wärme- und Kälte­dämmung, Photovoltaik- und Solarthermieanlagen (Dachflächen mit Südausrichtung), geothermische Hausanschlüsse, intelligente Strom-, Gas-, und Wasserzähler, Regenwassernutzung, etc. Bis zur Verpflichtung sollen entsprechende Bauvorhaben über zinsgünstige Kredite der KfW-Bank gefördert werden. Diese Förderung soll nach der gesetzlichen Verpflichtung entfallen. Die Förderung eines Niedrigstenergiehauses läuft demnach bis 2020, die eines Nullenergiehauses bis 2030.
3. Für den Wohngebäudebestand müssen schnellstmöglich dieselben Energieeffizienzstandards erreicht werden. Hierzu ist zuerst ein bedarfsorientierter Energiepass von Nöten, der den Namen auch verdient. Den Mieterinnen und Mietern muss es möglich sein schnell und unbürokratisch die Energiebilanz des Gebäudes zu erfahren. Kommt ein Vermieter seinen Verpflichtungen aus der Energieeinsparverordnung nicht nach, haben die Mieter das Recht die Miete pauschal zu kürzen um die erzwungenermaßen höheren Energiekosten auszugleichen.
4. Die öffentliche Hand finanzielle Anreize zur energetischen Gebäudesanierung setzen. Dies kann über einen Sonderfonds oder verbesserte Steuerabschreibungsmöglichkeiten geschehen. Das CO<sub>2</sub>-Gebäudesanierungsprogramm muss fortgeführt und jährlich um min. 500 Mio. Euro aufgestockt werden. Vergleichbar mit dem Stufensystem bei Neubauten sollen zusätzlich gesetzliche Mindestanforderungen definiert werden. Das Ziel muss sein den Energieeffizienzgrad des Wohngebäudebestands in Deutschland bis Mitte dieses Jahrhunderts um min. 50% zu steigern.
5. Bei der energetischen Gebäudesanierung kommt der öffentlichen Hand eine Vorreiter- und Vorbildfunktion zu. Deutschlandweit dürfen keine öffentlichen Gebäude mehr gebaut werden die nicht mindestens den Energieeffizienzstandards eines Niedrigenergiehauses entsprechen. Ab 2020 müssen öffentliche Gebäude so geplant und gebaut werden, dass sie mehr Energie in die Netze einspeisen als sie selbst verbrauchen.
6. Die Gebäude von Gewerbe, Industrie und Einzelhandel bieten besondere Potentiale zur Energieeinsparung, sind aber oftmals auch große Energiekonsumenten. Für Neubauten

und Bestandsgebäude müssen deshalb dieselben Effizienzstandards gelten wie für Privatgebäude. Als Anreize soll von staatlicher Seite (Umweltbundesamt o. Ä.) ein Energie- und Rohstoffeffizienzsiegel mit strikten Grenzwerten für Unternehmen eingeführt werden. Um einen effektiven und unbürokratischen Anreiz für die Unternehmen zu erzielen ohne das Steuersystem weiter zu komplizieren, können vorhandene staatliche Unterstützungen ausgebaut werden. So kann z. B. der Staat (über das UBA) die betrieblichen Investitionen über die vorhandenen Investitionsprogramme wesentlich stärker unterstützen und steuern. Zudem könnten Darlehensprogramme im Umweltbereich der KfW attraktiviert werden, damit möglichst viele Unternehmen diese nutzen. Es ist außerdem zu prüfen, ob als steuerliches Anreizmodell das Investitionszulagegesetz auf Deutschland für spezielle Investitionen zum Klimaschutz ausgeweitet werden kann.

Zusätzlich soll ein Energie- und Rohstoffeffizienzsiegel mit strikten Grenzwerten eingeführt werden. Zu diesem Zweck soll vom Umweltbundesamt ein Energieaudit durchgeführt werden. Den Unternehmen bieten sich hierdurch zahlreiche Vorteile, neben der Einsparung von Energie- und Rohstoffkosten beispielsweise auch die Vermarktung ihrer überprüfbaren ökologischen Wirtschaftsweise.

### **Unsere Forderungen für Haushaltsgeräte und Produktionsanlagen**

1. Bei den Haushaltsgeräten, aber auch bei größeren Produktionsanlagen, brauchen wir strenge, wirksame und dynamische Öko-Design Richtlinien. Diese müssen sowohl auf nationaler, wie auch auf europäischer Ebene schnellstmöglich umgesetzt werden. Als Instrument zur Förderung der Energie- und Rohstoffeffizienz sowie der Innovationskraft der Unternehmen dient hierbei das Top-Runner Programm nach japanischem Vorbild. Für die VerbraucherInnen ist es zudem von besonderer Bedeutung, dass eine leicht verständliche und möglichst präzise Produktinformation in Form von Energieeffizienzsiegeln besteht. In Zukunft muss jedoch nicht nur der Energiebedarf beim Betrieb, sondern auch der CO<sub>2</sub>-Fußabdruck bei der Herstellung des Produkts ausgezeichnet werden (Lebenszykluskosten).
2. Alle Menschen haben das Recht auf energieeffiziente Haushaltsgeräte und die damit einhergehenden Einsparpotentiale. Dies trifft insbesondere auch auf wirtschaftlich schlechter gestellte Bevölkerungsgruppen zu.

Die Kommunen sind hierbei in der Pflicht eine fundierte Energieberatung anzubieten. Um das Bewusstsein für Energieeffizienz zu erhöhen sollen an alle Haushalte von LeistungsempfängerInnen kostenlose Energiestarterpakete (mit Energiesparlampen, abschaltbaren Steckdosen, Produktinformationen, Strommessgerät, etc.) ausgeben werden. Für die Anschaffung von modernen, d.h. Umweltschonenden Haushaltsgroßgeräten soll die Möglichkeit bestehen, staatliche Subventionen oder Zuschüsse in Anspruch zu nehmen.

### **Unsere Forderungen für den Verkehrsbereich**

1. Generell ist der ÖPNV dem Individualverkehr vorzuziehen. Hierzu muss dieser ausgebaut und entscheidend verbessert werden. Gleichzeitig sollte der ÖPNV steuerlich spürbar besser gestellt werden.
2. Die Kfz-Besteuerung muss zu 100% auf den Schadstoffausstoß des Fahrzeugs bezogen sein. Eine Besteuerung über die Hubraumgröße, besonders wenn diese gedeckelt ist, ist nicht mehr zeitgemäß und innovationshemmend. Die Kosten pro ausgestoßenem Gramm CO<sub>2</sub> auf 100 KM müssen kontinuierlich steigen. Das Ziel ist die schnellstmögliche CO<sub>2</sub>-ärmste Mobilität mit Elektro-Fahrzeugen gespeist aus erneuerbaren Energien.
3. Die Steuerabzugsfähigkeit von Dienstwagen darf nur noch gegeben sein, wenn diese Dienstfahrzeuge höchsten Effizienzstandards entsprechen. Die LeistungsträgerInnen in unserer Gesellschaft müssen neben ihrer sozialen auch ihrer ökologischen Verantwortung gerecht werden. Ein steuerabzugsfähiges Dienstfahrzeug darf nur noch maximal 130 Gramm CO<sub>2</sub> pro 100 KM ausstoßen. Dieser Wert sinkt alle zwei Jahre um 10 Gramm.
4. Der Lkw-Verkehr auf den deutschen Autobahnen stößt an die Grenzen der Belastbarkeit. Dennoch wird er bis 2020 deutlich zulegen. Die Lkws legen zwar nur ein Zehntel aller gefahrenen Kilometer zurück, produzieren aber mehr CO<sub>2</sub> und andere meist krebserregende Schadstoffe als die Pkws. Bis heute gibt es keinen CO<sub>2</sub>-Grenzwert pro gefahrenen Kilometer der als verbindlich für die Lkw-Hersteller festgelegt wurde. Darüber hinaus werden die Lkws auf lange Sicht nicht mit elektrischer Energie fahren. Daher fordern wir diesen notwendigen verbindlichen CO<sub>2</sub>-Grenzwertausstoß für Lkws, der von unabhängigen wissenschaftlichen Institutionen ermittelt wird, bis 2015 einzuführen. Weiter fordern wir ab 2015 eine Mautgebühr für LKWs die sich nicht nach der Achszahl

und dem Gewicht richtet, sondern an den CO<sub>2</sub>-Mehrausstoß gegenüber dem von uns geforderten Grenzwert.

### **Unsere Forderungen für die Bildungslandschaft**

Alle genannten Maßnahmen sind sinnlos, wenn ein verstärkt ökologisches Denken & Handeln, nicht in den Köpfen der heranwachsenden Generation ankommt. Hier reicht es nicht aus allein finanzielle Anreize & ressourcen-schonende Gesetze zu schaffen! Deshalb fordern wir zusätzlich für die Ausbildung junger Menschen an Schulen & Hochschulen:

1. Die Vermittlung von Umweltbewusstsein muss so früh wie möglich im Schulalltag etabliert sein. Dabei reicht es nicht aus, Probleme der Rohstoffversorgung, das verantwortungsbewusste Umgehen mit Rohstoffen und eine energie-effiziente – ökologische - Lebensweise am Rande von bereits bestehenden Fächern anzureißen. Das Vermitteln dieser wichtigen Inhalte soll in Zukunft fest in den Lehrplan der Fächer wie Biologie, Chemie oder den Sozialwissenschaften enthalten sein!
2. Eine weitere zentrale Rolle kommt den Hochschulen als Forschungs- und (!) Lehrinstitutionen zu. Ökologisch-innovative Studiengänge oder Fachrichtungen wie Geothermie, Umweltmanagement, Georessourcenmanagement, Energietechnik um nur wenige zu nennen, müssen personell & finanziell so ausgestattet sein, dass mit einer Zunahme der Entwicklung in den oben beschriebenen Gebieten auch in Zukunft zu rechnen ist.
3. Unser Ziel ist es, den Wissensstand in diesen Fachgebieten immer weiter auszubauen, innovativ zu denken & stets dabei die eigene Verantwortung gegenüber den kommenden Generationen nicht zu missachten! Unser Ziel ist es Deutschland zu einem sozial-ökologischen Wirtschaftsstandort orientiert an den Prinzipien der Nachhaltigkeit zu machen!

Antrag U2

Antragsteller: Landesvorstand

## **Mobilität sichern; verkehrspolitisch umdenken - neue Wege fahren!**

### **1.1 Einleitung**

Individuelle Mobilität nimmt in unserer Gesellschaft eine ebenso große Rolle ein, wie es die Mobilität von Kapital und Informationen tun. Unsere Gesellschaft ist weiterhin durch die Trennung von Arbeit und Privatem gekennzeichnet. Produktion und Reproduktion finden nicht mehr an einem Ort statt, so dass räumliche Distanzen überwunden werden müssen, damit das einzelne Individuum in einer Gesellschaft an mehreren Bereichen partizipieren kann. Mobilität trägt dabei überhaupt erst dazu bei, dass in unserer Gesellschaft anfallende Anforderungen und Aufgaben wahrgenommen werden können. Bei der heutigen Ausgestaltung der räumlichen Mobilität handelt es sich in der Regel um Mobilität i.S.d. „Personalisierten Individual-Verkehr“ (PIV). Spätestens seit den 50er / 60er Jahren, mit dem Aufkommen von Automobilen, die für jedermann zu bezahlen waren und mit der beginnenden Möglichkeit sich in (west) Europa nahezu frei zu bewegen, hat das eigene Auto nicht nur einen gewissen gesellschaftlichen Status für alle dargestellt, sondern einen tatsächlichen Gewinn an Lebensqualität ermöglicht. Dennoch gab es in der Vergangenheit bereits ein Hinterfragen dieser Entwicklungen. So wandte der Städtebau der BRD sich bereits in den 1970er Jahren von dem Konzept der autogerechten Stadt ab, wodurch der PIV verstärkt aus den Innenstädten heraus gehalten werden soll.

Seit dieser Zeit ist das Verkehrsaufgebot um rund 1130 % gewachsen und stößt vielerorts an die Kapazitätsgrenzen der Verkehrsinfrastruktur. Laut der Studie „Mobilität in Deutschland 2002“, die vom Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen in Auftrag gegeben worden ist, werden im Alltagsverkehr in Deutschland täglich 270 Millionen Wege zurückgelegt, wobei das Auto als Verkehrsmittel mit 165 Millionen Wegen die größte Bedeutung hat. Im Vergleich dazu werden mit Bus oder Bahn täglich nur insgesamt 20 Millionen Wege zurückgelegt. Von den insgesamt zurückgelegten Wegen entfällt nur knapp ein Fünftel auf die Wege zu bzw. von der Arbeit, der weitaus größere Teil der Wege wird im Freizeitbereich, zur Erledigung privater Angelegenheiten und zur Begleitung anderer Personen zurückgelegt. Mobilität hat daher eine große soziale Komponente und dient der Inklusion in und der Partizipation an allen Bereichen der Gesellschaft.

Wir verstehen dabei Mobilität nicht als reine Raumüberwindung, also der Zahl an zurückgelegten Kilometern, sondern als Möglichkeit seinen Lebensraum nutzen, erleben und in ihm, in der Gesellschaft, partizipieren zu können. Hieraus wird deutlich, dass der Mobilität eine wichtige soziale Komponente zu Teil wird.

Für uns Jusos ist es daher vor allem Aufgabe des Staates, Mobilität für alle Menschen, unabhängig von ihrem Wohnort, ihrem Geldbeutel und ihrer individuellen Alltagsgestaltung, zu gewährleisten. Die (noch nicht beendete) rasante Steigerung der Energiepreise bei gleichzeitiger Stagnation der Realeinkommen und die zunehmende Realisierung der Umweltschäden durch den PIV stellen uns Jusos vor die Frage, wie wir in Zukunft Mobilität für alle Bürger realisieren wollen. Mobilität umfasst natürlich mehr als die Fortbewegung mit Fahrzeugen; zusätzliche Fortbewegungsmöglichkeiten, wie das Fahrrad oder die gemeinschaftliche Nutzung privater Verkehrsmittel, müssen in einem nachhaltigen, ganzheitlichen Mobilitätskonzept zusammengefasst werden. In diesem soll der ÖPNV die entscheidende Rolle spielen.

### **1.1.1 Die Kosten der Mobilität**

Mobilität hat ihren Preis. Zu Anschauungszwecken werden die Kosten in drei Bereiche eingeteilt, 1. die Kosten für die öffentliche Hand, 2. die individuellen Kosten für die Teilnahme am Verkehr, 3. die externen Kosten, welche nicht in 1. und 2. berücksichtigt wurden. Die Aufzählungen sind beispielhaft und nicht abschließend.

### **1.1.2 Kosten der öffentlichen Hand**

Ohne an dieser Stelle mit Zahlen jonglieren zu wollen, sei vor allem auf folgende Kosten verwiesen: die Verkehrsinfrastruktur, also Straßen, Lichtanlagen, Brücken, Tunnel etc. verschlingt große Summen des staatlichen Haushaltes. Mit zunehmender Verkehrsauslastung nehmen diese Kosten zu. Ebenso entstehen Kosten für die Verkehrsüberwachung (bsp. Polizei) und die Verkehrssicherung (bsp. TÜV, aber auch Verkehrsplanung etc).

### **1.1.3 Kosten für das Individuum**

Für die Teilnahme am IPV ist ein Kraftfahrzeug notwendig, hierfür entstehen Anschaffungskosten. Der Unterhalt eines PKW wird momentan mit durchschnittlich 400 Euro im Monat angegeben (Versicherung, Steuern, Wartung, etc). Hinzu kommen die Kraftstoffkosten.

## Externe Kosten

Diese stellen die größten Kosten und das größte Problem des PIV dar. Während alle Kosten unter 1.1 und 1.2 als notwendig angesehen werden können, finden wir bei den externen Kosten viele unnötige, die Darstellung stark verzerrende Kosten. Zum einen findet sich hier einer der größten Posten, die Umweltbelastung. Würden alle Kosten, die aufgrund der Umweltbelastung durch die Herstellung von Fahrzeugen und Infrastruktur entstehen, und zusätzlich noch die Kosten durch die Energiegewinnung (also noch nicht mal den Verbrauch) berücksichtigt werden, wäre der IPV für das Individuum wahrscheinlich gar nicht mehr zu finanzieren. Diese Kosten entstehen jedoch unweigerlich und sie werden auch in unterschiedlichen Maßen von der Bevölkerung (global) getragen. Hier stellt sich die Frage nach der Verteilung der Kosten. Wir Jusos fordern eine stärkere, zweckgebundene Umlage von externen Kosten in ihrer genauen Entsprechung auf den Verursacher/ die Verursacherin. Dort, wo die Umlage externen Kosten keine Lenkungsfunktion zur Minderung externer Kosten einnimmt, fordern wir die Einführung von anderen, angemessenen Steuerungsinstrumenten. Neben den externen Kosten durch die Umweltbelastung kommen externe Kosten durch die Verkehrsnutzung hinzu. Vor allem Staus verursachen jährlich Volkswirtschaftliche Kosten in Milliardenhöhe. Im urbanen Raum beeinträchtigen zudem Lärm und Abgase, die durch den PIV entstehen, die Lebensqualität massiv. Schliesslich muss auch die Gefahr für Leib und Leben betrachtet werden- im Straßenverkehr sterben jährlich rund 5000 Menschen, die Zahl der Verletzten übersteigt diese noch.

## 2 Die Finanzierung

Der Staat finanziert seine Ausgaben für den IPV durch verschiedene Steuern und Abgaben. Die wichtigsten hierbei sind die Mineralölsteuer und die KFZ Steuer. Diese Belastungen sind jedoch nicht gleich verteilt. Die Mineralölsteuer wird pauschal auf den Liter Sprit aufgeschlagen, ist also linear an den Verbrauch gekoppelt. Dadurch zahlen Einkommenschwache wie -Starke den gleichen „Steuersatz“. Bei der KFZ-Steuer wird über eine Hubraum- und Schadstoffabhängige Besteuerung versucht, einen Teil der externen Kosten zu internalisieren. Dies klappt aber nur begrenzt, wie beispielsweise die hohe Beliebtheit von SUVs aufgrund der niedrigen Besteuerung gezeigt hat. Schlussendlich sind die Einnahmen (wie bei allen Steuern) nicht zweckgebunden, kommen also nicht unbedingt dem Ausbau von Mobilitäts-Infrastruktur zugute (was wir an dieser Stelle auch ausdrücklich nicht fordern). Außerdem besteht die Gefahr, dass umweltschonendes Autofahren immer mehr zu einem Luxusgut wird. Dort, wo kurz- und mittelfristig das Auto noch immer unabdingbar sein wird, um Mobilität zu realisieren, müssen Möglichkeiten geschaffen werden, dass umweltschonendes Fahren nicht nur Einkommensstarken möglich ist und damit zu einem Statussymbol heranreift. Die staatliche unterstützte Nachrüstung, wie

beispielsweise bei Rußpartikelfiltern, reicht hier nicht aus. BesitzerInnen von Autos, die hohe externe Kosten verursachen, müssen diese auch stärker tragen als BesitzerInnen umweltschonender Fahrzeuge. Schon bei der Anschaffung muss ein Anreiz dahingehend gesetzt werden, das umweltschonendere Auto zu erwerben, so dass auch die Automobilindustrie stärker als bisher gezwungen ist, kostengünstig umweltschonendere Fahrzeuge zu entwickeln und allgemein zugänglich zu machen. Letztendlich ist der Staat auch Teilhaber an den verschiedensten Autoherstellern, jedoch ist es bis heute nicht gelungen diese zu einem wirklichen Umdenken in der Automobilherstellung zu bringen. Angesichts der auftretenden Kosten müssen wir uns jedoch durchaus die Frage stellen, ob individuelle Mobilität in unserer heutigen Form überhaupt noch (für das Individuum und die Gesellschaft) sinnvoll bezahlbar ist. Und falls nicht, stellt sich die Frage, ob wir überhaupt von tatsächlicher Mobilität sprechen sollten.

### **3 ÖPNV – DIE Alternative zum PIV**

Mobilität wird in ihrem Standard stets am IPV gemessen. Eine wirkliche Alternative zum IPV stellt heute vor allem der ÖPNV dar, mit eventuellen kurz- und mittelfristigen Alternativen durch nahverkehrliche Mitfahrzentralen und Car-Sharing. Fraglich ist, ob der ÖPNV als Alternative zum IPV weniger kostenintensiv (für Individuum und Gesellschaft) ist und ob dieser in der Lage wäre, umfassende Mobilität zu garantieren. Entscheidender Vorteil des ÖPNV ist, dass dieser nicht nur Personen mit Führerschein, Fahrtüchtigkeit und Zugriff auf einen PKW zur Verfügung steht, sondern grundsätzlich allen.

#### **3.1 ÖPNV ist und bleibt eine Aufgabe der Daseinsvorsorge**

Wer jedoch finanziert den ÖPNV und gestaltet ihn als wirkliche Alternative zum PIV? Nach dem Regionalisierungsgesetz ist „[...] die Sicherstellung einer ausreichenden Bedienung der Bevölkerung mit Verkehrsleistungen im öffentlichen Personennahverkehr [...] eine Aufgabe der Daseinsvorsorge“. Bis auf das Landesgesetz zum ÖPNV in Mecklenburg-Vorpommern, wird der Begriff der Daseinsvorsorge im Bezug auf den ÖPNV in allen Gesetzen der Bundesländer ausdrücklich genannt. In Baden-Württemberg, Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein gehört die Bereitstellung des ÖPNV jedoch (nur) zu den freiwilligen Aufgaben im Bereich der kommunalen Selbstverwaltung. Doch wie definiert sich eine „ausreichende Bedienung der Bevölkerung mit Verkehrsleistungen“? Anhaltspunkte hierfür sind in dem Begriff der Daseinsvorsorge enthalten: Es existieren verschiedene Definitionen von Daseinsvorsorge, die zumeist folgende Elemente enthalten: a) den gleichberechtigten, diskriminierungsfreien Zugang aller Bürgerinnen und Bürger, b) ein flächendeckendes, an qualitativen Standards orientiertes, dauerhaftes und verlässliches Angebot zu

angemessenen Preisen sowie c) die demokratische Kontrolle und öffentliche Verantwortung. Dabei können Leistungen wirtschaftlicher wie nicht-wirtschaftlicher Art erbracht werden.

In welcher Handlungsform „Staat“ öffentliche Aufgaben organisiert, ist offen, solange sie sich an den genannten Kriterien ausrichtet.

### **3.1.1 Finanzierung des ÖPNV**

Am ÖPNV zeigt sich deutlich der Wandel vom Leistungs- zum Gewährleistungsstaat. Der ÖPNV wird zwar häufig noch als kommunaler Eigenbetrieb organisiert, doch vielerorts bestellt die Kommune bereits nur noch eine Leistung wie den ÖPNV und ein privates Unternehmen erbringt diese dann. Der ÖPNV arbeitet zu ca. 70 % gewinndeckend, im ländlichen Raum ist dieser Prozentsatz jedoch weitaus geringer. Insbesondere private AnbieterInnen sehen sich häufig vor der Aufgabe, dem Anspruch hohe Gewinne zu erwirtschaften gerecht zu werden und gleichzeitig ihren, am Gemeinwohl orientierten Aufgaben, wie dem Ausbau und der Wartung von Schienen und Verkehrswegen nachzukommen. In der Vergangenheit hat sich gezeigt, dass dieser Zwiespalt häufig zu Lasten von Fahrgästen und Mobilität gelöst worden ist. Doch auch Kommunen sparen mit dem Argument der leeren Kassen immer mehr ein. Hinzu kommt der Druck von der EU-Ebene, die eine größere Eigenwirtschaftlichkeit des ÖPNV verlangt. Bisher wurde die Eigenwirtschaftlichkeit in gewissen Maßen durch eine Querfinanzierung gewährleistet. Die Einnahmen aus stark frequentierten Linien und Strecken wurden mit den Defiziten aus weniger stark frequentierten Linien und Strecken verrechnet. Eine Vergabe von Aufträgen oder ein Verkauf von Konzessionen allein für die lukrativeren Linien würde dem Prinzip folgen, Gewinne zu privatisieren und Verluste zu sozialisieren. Dieser Weg ist falsch. Er ist für die Zukunft des ÖPNV eine Gefahr, weil er für die kommunalen Aufgabenträger die ohnehin schwierige Finanzierungssituation des ÖPNV noch verschärft.

Ebenso falsch ist es, Kosteneinsparungen über Lohndumping zu betreiben. Selbst kommunale Unternehmen haben mittlerweile Tochterunternehmen gegründet, um darüber die Löhne und Gehälter zu drücken. Qualitativ hochwertiger und damit attraktiver Nahverkehr braucht aber motivierte Beschäftigte. Deshalb gilt auch für den ÖPNV: Guter Lohn für gute Arbeit. Und das heißt für die Aufgabenträger, soziale Standards für die Beschäftigten von den Verkehrsunternehmen einzufordern.“

Für uns Jusos ist klar, dass Eigenwirtschaftlichkeit nicht das entscheidende Kriterium sein darf! Weder müssen Beförderungsentgelte zwingend so hoch sein, dass sie kostendeckend sind, noch dürfen wenig gewinnbringende Strecken und Linien eingespart werden. Im Bereich der Mobilität und des ÖPNV darf es nicht nur darum gehen, ein gewinnbringendes Verkehrsangebot zu schaffen, sondern auch dort Mobilität zu gewährleisten, wo sie auf den ersten Blick nicht rentabel ist.

### **3.1.2 Daher fordern wir:**

Grundsätzlich müssen die einzelnen Bundesländer und Kommunen Lösungen finden, wie sie einen ÖPNV organisieren, der Mobilität für alle gewährleistet. Doch zur grundsätzlich Finanzierung des ÖPNV fordern wir Jusos:

- die wichtigste Säule der Finanzierung des ÖPNV müssen Steuern und andere staatliche Abgaben bilden,
- darüber hinaus fordern wir eine stärkere Umlegung der externen Kosten, die durch den PIV entstehen, auf die Verursacherinnen und Verursacher, die vor allem in den Ausbau von Mobilität i.S.d. ÖPNV investiert werden muss,
- die Einführung einer Nahverkehrsabgabe von Unternehmen, die zweckgebunden in den ÖPNV investiert werden muss, ähnlich dem französischen Vorbild des „Versement transport“. Unternehmen profitieren vom ÖPNV dadurch, dass Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dank des ÖPNV zur Arbeit anreisen können und ggf. auch Kundinnen und Kunden den Weg zu dem Unternehmen finden können. In Frankreich ist der „Versement transport“ von allen ArbeitgeberInnen mit mehr als neun Beschäftigten zu zahlen und beträgt zwischen rund einem und zwei Prozent der Lohnsumme.

### **3.1.3 Mobilität für alle gewährleisten! - Attraktivitätssteigerung des ÖPNV**

Eines der Hauptprobleme des ÖPNV ist sein schlechtes Image. Häufig ist er besser als sein Ruf. Dennoch sind verschiedene Maßnahmen nötig, um die allgemeine Zugänglichkeit zu gewährleisten und der ÖPNV damit eine wirkliche Alternative zum PIV darstellen kann. Wichtig hierfür sind klare Anforderungen, die wir als Jusos an individuelle Mobilität stellen. Als Kriterien kommen für uns vor allem in Frage: die Erreichbarkeit, die Transportmöglichkeiten und die Kosten (nach allen drei oben genannten Punkten). Um diese Kriterien zu erfüllen, bedarf es Veränderungen bei der konkreten Ausgestaltung des ÖPNV, die wir jedoch nur bundesweit gültig in Ansätzen umreißen können.

## **4 Anforderungen an ÖPNV**

### **4.1 Erreichbarkeit**

Hier muss zuerst eine Unterscheidung nach urbanen und ländlichen Räumen gemacht werden. Grundsätzlich verursacht der IPV die meisten Kosten und Probleme in dicht

besiedelten urbanen Räumen. Hier sind neue Lösungen notwendig. Die Erreichbarkeit des individuellen Fahrzeugs scheint klar : Bestenfalls steht es vor der Tür und wartet auf Nutzung. Jedoch ist auch dieses beileibe nicht immer der Fall- die Parkplatzsituation in vielen Städten zwingt häufig AnwohnerInnen zur Nutzung von Parkhäusern. Das ist mit weiteren Kosten verbunden und schränkt die Erreichbarkeit ein. Beim ÖPNV ist es anders- hier muss sich ein Fahrender/ eine Fahrende zu einer bestimmten Zeit an einer Haltestelle (oder Bahnhof) befinden. Dabei spielen zwei Werte eine entscheidende Rolle: der Weg zur Haltestelle und die Ausgestaltung dieser sowie die Taktung des Verkehrs. Bei entsprechender Nähe und Taktung kann die Erreichbarkeit von IPV und ÖPNV annähernd gleich sein. Gleiches gilt natürlich auch bei der Ankunft.

#### **4.1.1 Gender und ÖPNV**

Die Mobilitätsbedürfnisse von Personen werden durch ihre jeweiligen Lebenssituation mit den daraus resultierenden Anforderungen geprägt. ÖPNV, der die Mobilität aller Menschen gewährleisten will, muss sich an den Bedürfnissen aller Geschlechter orientieren. Auf Grund der gesellschaftlichen Rollenverteilung unterscheiden sich die Mobilitätsbedürfnisse zwischen Männern und Frauen häufig gravierend. Noch immer arbeiten Frauen vermehrt in Teilzeitberufen und leisten einen Großteil der Reproduktionsarbeit. Damit sind sie häufig vor andere Aufgaben, und damit verbunden auch vor andere Streckenbewältigungen, als viele Männer gestellt. Während vor allem Männer in der „klassischen Aufgabenverteilung“ den ÖPNV nutzen, um weite Strecken auf direktem Wege, beispielsweise von der Haustür zur Arbeit in der nächstgelegenen Stadt, zurückzulegen, kombinieren Frauen häufig Wege und Aufgaben miteinander. Daraus resultieren ganz andere Ansprüche an den ÖPNV, denen Rechnung getragen werden muss, insbesondere dann, wenn bedacht wird, dass zum einen Frauen insgesamt die Hauptnutzerinnen des ÖPNV sind und zum anderen diese Wege – wie einleitend erwähnt- den Großteil der täglich zurückgelegten Wege ausmachen. Dadurch dass der ÖPNV sich jedoch vor allem an dem Ideal des vollzeitbeschäftigten Mannes orientiert, dies wird unter anderem deutlich an der Taktung der Verkehrsmittel und dem Ausbau der Schnellfahrstrecken, entstehen Mobilitätswänge. Der ÖPNV genügt nicht den alltagsweltlichen Ansprüchen und wird daher, sofern es finanziell leistbar ist, vermehrt von Frauen durch den PIV ersetzt. Die direkte Konkurrenz von ÖPNV und PIV zeigt sich auch hier deutlich. Wie oben aufgezeigt, ist die individuelle Mobilität in der heutigen Form, die vor allem durch den Einsatz von Autos bestimmt ist, für das Individuum ebenso wie für die Gesamtgesellschaft, eigentlich kaum noch bezahlbar und sinnvoll. Daher muss alles dafür getan werden, dass der ÖPNV eine ernsthafte Alternative zum Auto darstellt und durch ihn die vollständige Mobilität aller Menschen mit ihren verschiedensten Bedürfnissen gewährleistet wird. Unterschiedlichen Bedürfnissen, Geschwindigkeiten und Zeitrhythmen

dürfen jedoch nicht gegeneinander ausgespielt werden, sondern müssen in einem Verkehrssystem berücksichtigt und integriert werden.

#### **4.1.2 Daher fordern wir hier:**

- der generelle Ausbau des ÖPNV, so dass der ÖPNV für alle und in angemessenen Abständen erreichbar ist,
- der weitere Ausbau, der am Arbeitsleben orientierten, Schnell- und Expresstrecken,
- eine stärkere Erschließung des Nahraumes, im urbanen Raum beispielsweise durch den Ausbau von Stadtteilbussen,
- eine vorausschauende Stadtplanung, die Verkehrsnetze und die Gewährleistung von Mobilität im Blick hat,
- eine auch am Freizeit- und Reproduktionsalltag orientierte Linien- und Streckenführung der Verkehrsmittel,
- eine Überprüfung und Änderung der Taktung der Verkehrsmittel, so dass sich diese nicht nur an dem Ideal der 40-Stunden-Woche orientiert und das Umsteigen von einem Verkehrsmittel in ein anderes ohne längere Wartezeiten möglich ist,
- eine Überprüfung und ggf. Veränderung der Verortung von Haltestellen, so dass mit ihnen leichter Ziele des Freizeit- und Reproduktionsalltags erreicht werden können,
- einen verstärkten Ausbau des Nachtverkehrs. Mobilität muss weitgehend Tageszeiten unabhängig realisiert werden können. So müssen beispielsweise auch nachts Ziele der Freizeitgestaltung durch den ÖPNV angemessen erreicht werden können. Aber auch das Erreichen anderer Ziele muss zu Fahrgast-schwächeren Zeiten gewährleistet werden. Beispielsweise durch den Einsatz von Kleinbussen, die, durch ihren geringeren Benzinverbrauch, auch häufiger und zwischen den Taktzeiten der anderen Verkehrsmittel eingesetzt werden können oder durch den Einsatz von Sammeltaxen im Nachtverkehr, die stets zu einer bestimmten Zeit, jedoch nur auf Bedarf fahren, ist ein flexibleres, schnelleres und sichereres Fortkommen auch nachts, früh morgens und feiertags möglich.

## **4.2 Transportmöglichkeiten**

Hier kommt es sehr auf die Spontanität an. Grundsätzlich ist der Transport (von Gütern und Personen) durch den ÖPNV kostengünstiger und schneller. Bei kleinen und vor allem: spontanen Transporten (bsp. Einkauf) ist der Transport durch den IPV jedoch komfortabler. ÖPNV sollte sich daher immer am Komfortanspruch des IPV orientieren. Hier spielt die Erreichbarkeit die entscheidende Rolle. Haltestellen müssen so angelegt werden, dass beispielsweise der Weg zwischen Supermarkt, der Haustür und der Haltestelle gut für alle Menschen zu meistern ist. Gleichzeitig muss hier der Grundsatz der „Stadt der kleinen Wege“ berücksichtigt werden. So muss auch durch die Streckenführung der Verkehrsmittel von vornherein ein einfaches, unkompliziertes Umsteigen ohne lange Wartezeiten ermöglicht werden. Dazu kommt, dass Fahrzeuge und Haltestellen für alle Menschen erreichbar und nutzbar sein müssen. Haltestellen und Fahrzeuge müssen daher barrierefrei gestaltet sein.

### **4.2.1 Daher fordern wir hier:**

- den vermehrten Einsatz von Niedrigflurbussen,
- die Ausstattung aller S- und U-Bahnhöfe mit Fahrstühlen,
- den Einsatz von Verkehrsmitteln, die genug Stauraum für Einkäufe, Kinderwagen usw. bieten,

Zusätzlich neben dem Zugang zu Verkehrsmitteln und Haltestellen müssen diese dem Sicherheitsempfinden der fahrenden Personen genüge leisten. Abgelegene oder einsame und schlecht beleuchtete Haltestellen, weite Wege zwischen Haustür und Haltestelle sowie als einsam empfundene Haltestellen mindern die Attraktivität des ÖPNV. Insbesondere im Nachtverkehr, sofern er denn angeboten wird, wird der ÖPNV häufig als unsicher und unkomfortabel empfunden. Hier muss im ländlichen Raum, vor allem durch geschulte FahrerInnen, die Übergriffe und Belästigungen als solche erkennen und im Zweifelsfall eingreifen können und durch den Einsatz von qualifiziertem Wachpersonal (auf U- und S-Bahnhöfen) Abhilfe geschaffen werden. Des Weiteren kann hier ein vielfältiger und Variantenreich ausgestalteter ÖPNV, der aus Bahnen, Bussen, Sammeltaxen usw. besteht, Abhilfe schaffen und das subjektive Sicherheitsempfinden stärken.

## **5 Kosten des ÖPNV**

Bei den Kosten gibt es erhebliche Unterschiede zum PIV. Zwar sieht es bei den öffentlichen Kosten (fast) ähnlich aus- auch hier muss eine Infrastruktur angeboten werden (unabhängig, ob sie jetzt teurer oder billiger wäre), diese muss überwacht und gesichert werden. Beim

Schieneverkehr sind die Kosten für die Infrastruktur des PIV geringer, dahingegen reduzieren sich die Kosten für die Verkehrsüberwachung beim ÖPNV stark. Entscheidend sind jedoch die individuellen Kosten- sie reduzieren sich auf eine Fahrkarte. Vor allem die Anschaffungskosten fallen weg, nicht unbeachtlich ist auch der Wegfall persönlicher Risiken im Straßenverkehr. Bei den externen Kosten haben wir bei der Umweltbelastung teilweise gleiche Probleme, jedoch ist der Transport von Gütern und Menschen durch den ÖPNV wesentlich energieeffizienter, dadurch reduzieren sich die externen Kosten erheblich. Dazu kommt der bessere Verkehrsdurchsatz- während man im Berufsverkehr regelmäßig im Stau steht, kann einem beim ÖPNV schlimmstenfalls eine Verspätung zusätzliche Kosten verursachen. Der Vorzug des ÖPNVs gegenüber des IPV ist daher langfristig kostengünstiger und ein zwingender Baustein eines umwelt- und sozialverträglichen Verkehrssystems. Um den Vorsprung des ÖPNV hier jedoch zu gewährleisten, sind weitere technische und organisatorische Verbesserungen zu fördern und zu realisieren. ÖPNV kann also in vielen Bereichen den IPV ersetzen. Hinsichtlich der Kosten ist es sowieso nicht sicher, ob wir z.Zt. noch von unbegrenzter Mobilität sprechen können. Zwar ist fraglich, ob sich eine Gesellschaft von „ihren“ Autos trennen will, jedoch haben ebenso viele Leute begriffen, dass sie auch ohne Auto mobil sein können; langfristig sogar mobiler.

## **6 Die Zukunft – neue Urbanität**

Der Ausbau und die Optimierung des ÖPNV können aber bei der Debatte um eine zukunftsorientierte Verkehrspolitik in den Städten nur die Spitze des Eisberges darstellen. Die Umsetzung der Mobilität für alle ist eine übergreifende Aufgabe, die auch die Stadtplanung und Raumordnung mit einbeziehen muss. So muss auf langer Sicht das Konzept der Städte mit verändert werden. Verkehrsvermeidende Siedlungsstrukturen wurden bereits auf der HABITAT II-Konferenz der Vereinten Nationen im Juni 1996 gefordert. Die Zersiedelung des Raumes und die fortschreitenden Suburbanisierungsprozesse machen die Mobilität immer schwerer umsetzbar, sodass man das Auflösen der Stadtstrukturen, auch im Hinblick auf die Umsetzbarkeit öffentlicher Daseinsvorsorge, entgegenwirken muss. Es muss eine Abkehr erfolgen von Versorgungseinrichtungen auf der „grünen Wiese“, wie sie im Besonderen in den neuen Bundesländern erfolgen bzw. erfolgt sind. Städte müssen zudem vermehrt das bereits angesprochene Konzept „Stadt der kurzen Wege“ verfolgen, die eine Nutzungsmischung in den Quartieren einbezieht. Hierdurch können Konzentrationen des Verkehrs auf Tageszeiten und Richtungen entgegen gewirkt werden.

Antrag U3

Antragsteller: KV Recklinghausen

## **Atomausstieg**

Die Jusos NRW fordern einen endgültigen Beschluss zum Atomausstieg.

Antrag U4

Antragsteller: UB Aachen Kreis, UB Aachen Stadt, UB Düren, UB Euskirchen, UB Heinsberg

## **Gerechte Besteuerung – keine Steuerfreiheit für Kerosin**

Die Landeskonferenz der NRW Jusos fordert die Bundesregierung auf eine Kerosinsteuer auf innerdeutsche Flüge einzuführen, sowie sich für eine europa- und weltweite Besteuerung von Kerosin einzusetzen. Außerdem fordern wir eine Aufnahme der Fluggesellschaften in das System des europäischen Emissionszertifikathandels.

Antrag U6

Antragsteller: KV Recklinghausen

## **Kühlgeräte**

Die NRW Jusos fordern die SPD dazu auf, sich für eine Gesetzes- bzw. Verordnungsmaßnahme einzusetzen, die die Verwendung von verschließbaren Kühltruhen im Einzelhandel befördert. Auch für die im gewerblichen Bereich verwendeten Elektrogeräte soll das Top-Runner-Modell eingeführt werden. Ziel ist es den Energieverbrauch im Einzelhandel und besonders in den Lebensmitteldiscountern schnell und konsequent zu senken. Wenn ein entsprechendes Anreizsystem nicht zum Erfolg führt, soll die Verwendung von unökonomischen und umweltfeindlichen Elektrogeräten im Einzelhandel per Gesetz bzw. Verordnung verboten werden.

Antrag W1

Antragsteller: KV Recklinghausen

## **BuKo 2010**

Die Jusos NRW bewerben sich um die Ausrichtung des Bundeskongresses 2010.

Antrag R2

Antragsteller: Landesvorstand

## **Working on a dream!**

### **NRW Jusos für die Europäische Sozialdemokratie.**

Wir wollen eine europäische Partei werden! Die Sozialdemokratische Partei Europas (SPE) soll die Mutterpartei der europäischen SozialdemokratInnen werden. Die Forderung nach einer sozialdemokratischen europaweiten Bewegung darf keine Phrase bleiben. Die SPE muss gestärkt werden. Den neoliberalen und neokonservativen Kräften, die überall ein Europa der Wirtschaft und des ungebremsten Marktes durchsetzen, kann nur eine kraftvolle und geeinte Europäische Sozialdemokratie das Modell des Sozialen Europas entgegensetzen. Wir müssen der Vorreiter der Politisierung Europäischer Entscheidungsprozesse sein! Wir wollen die Auseinandersetzung um unsere Werte und unsere Visionen von Freiheit, Gleichheit und Solidarität auf die Europäische Bühne heben. Wir scheuen die Auseinandersetzung nicht!

#### **Mitgliedschaft stärken!**

Die bisherigen Strukturen der europäischen sozialdemokratischen Parteien sehen aber vor, dass der Eintritt in die nationale Sozialdemokratische Partei nicht gleich dem Eintritt in die SPE ist. Sozialdemokratische Parteien aller Länder leben von ihrer Mitgliederstärke. In diesem Punkt hat die SPE noch lange nicht ihr Potenzial ausgeschöpft. Jedes Mitglied einer Partei, die Teil der SPE ist, muss mit dem Eintritt in die Nationale Partei auch die persönliche Mitgliedschaft in der SPE erhalten. Die Mitgliedschaft in der SPE muss für SozialdemokratInnen in Europa die Regel sein!

#### **Europaweite Kampagnen!**

Die SPE spielt in Wahlkämpfen zurzeit eine zu schwache Rolle. Wir wollen, dass zukünftig europaweit Themen in den Mittelpunkt der Auseinandersetzung gestellt werden. Dies ist die Voraussetzung dafür, dass den Europawahlen endlich der Charakter einer nationalen Nebenwahl genommen wird.

#### **Europaweit Gesicht zeigen!**

JungsozialistInnen sind sich sicher: Die Zeit ist reif für eineN europäischeN sozialdemokratischeN Spitzenkandidaten/In für das Amt des/der Kommissionspräsidenten/In. Wir fordern die SPD dazu auf, aktiv hierfür zu werben.

Die Rolle der SPE in der politischen Rekrutierung von KandidatInnen für das Europäische Parlament, der Nominierung von KommissarInnen, hohen BeamtInnen und anderen Gremien muss gestärkt werden.

Europäische Programmpartei! Die SPE muss zu einer echten Europapartei werden, die ein ambitioniertes sozialdemokratisches Programm ausarbeitet und umsetzt. Die derzeitige Zusammenführung aller sozialdemokratischen Parteien unter dem Dach der SPE ist mit keinem nachweislichen Nachteil verbunden. Die Wahlprogramme zur Europawahl sollten nicht mehr auf der nationalen, sondern auf der Europäischen Ebene verfasst werden. Das Manifest, welches in Madrid verabschiedet wurde, ist ein großer Schritt in die richtige Richtung. Die SPE sollte ihren Anspruch auf programmatische Eigenständigkeit jedoch noch weiter ausbauen.

An Einfluss gewinnen! Sozialdemokratische und sozialistische Akteure müssen auf der europäischen Ebene Hand in Hand arbeiten. Im Ministerrat und im Europäischen Rat sitzen zumeist an erster Stelle VertreterInnen von Regierungen, die nationale Interessen vertreten. Der Einfluss der SPE auf sozialdemokratische Mitglieder in diesen Gremien ist noch zu schwach.

Doppelstrategie europäisch! Auch die der Sozialdemokratie nahestehende Akteure im breiten Feld der Europäischen Zivilgesellschaft – Gewerkschaften, Wohlfahrtspflege, ... - müssen einbezogen werden in die Anstrengungen, ein sozialeres Europa aufzubauen.

Antrag R3

Antragsteller: UB Märkischer Kreis

## **Für eine Abschaffung der Wehrpflicht**

Seit dem 1. April 1957 wurden mehr als 8,1 Millionen Wehrpflichtige einberufen und leisteten ihren Dienst an der Waffe. Eine enorm hohe Zahl verbunden mit einem immensen Kostenaufwand. Immerhin verschlingt die Bundeswehr mit 29,3 Mrd. Euro rund 8,7% des Gesamthaushaltes. Im Kontrast dazu stehen für Bildung und Forschung lediglich 3,2% zur Verfügung. Die Umstellung auf eine Berufs- und Freiwilligenarmee würde Einsparungen in Milliardenhöhe mit sich bringen und die Qualität der Bundeswehr erhöhen.

Die Jusos fordern daher eine Abschaffung der Wehrpflicht nach europäischem Vorbild. Ein Blick in die Nachbarländer zeigt, dass die Reformierung dringend nötig ist. Länder wie Frankreich, Großbritannien, Spanien und zuletzt Polen haben gezeigt, dass eine Abschaffung der Wehrpflicht möglich und nötig ist!

Jährlich 35.000 junge Männer durch ihren Dienst bei der Bundeswehr in ihrer Lebensplanung zu beeinträchtigen, widerspricht dabei unserem Verständnis von Freiheit und Gerechtigkeit. Hinzu kommen über 70.000 Zivildienstleistende, durch deren Einsatz sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse verhindert werden. Auch aus dem Gesichtspunkt der Globalisierung und einem verstärktem Wettbewerb ist die Wehrpflicht ein Hindernis, das es zu beseitigen gilt.

Die SPD als Partei der Gerechtigkeit und der sozialen Fürsorge muss ihrer Verantwortung gerecht werden und endlich das Relikt Wehrpflicht abschaffen.

## **Resolution Opel**

Die NRW Jusos bekennen sich zu Opel. Wir fordern einen Zukunftsplan von Opel, der vom Bund und den Ländern unterstützt wird. Dazu muss das Management alle Unklarheiten in seinem vorliegenden Konzept beseitigen, damit auch durch die Hilfe des Staates Opel als eigenständige Marke und handlungsfähige Einheit in Europa auf Dauer erhalten bleibt.

Dabei geht es uns nicht darum, dem Staat generell die Verantwortung zur Finanzierung von Missmanagement zuzuweisen und damit die Tür für weitere Unternehmensrettungen zu öffnen. In diesem Fall halten wir aber das Einspringen des Staates für sinnvoll und notwendig, da es sich zum einen um ein Schlüsselunternehmen handelt, das in seinen Regionen etwa durch Zuliefererbetriebe für tausende weitere Arbeitsplätze sorgt. Zum anderen halten wir die Marke Opel auch für überlebensfähig und sehen die Fehler primär im Management des Mutterkonzerns GM. Deswegen muss jede staatliche Beteiligung auch an die Bedingung geknüpft werden, keine Gelder für die Finanzierung von GM in den USA zur Verfügung stellen, sondern vielmehr Opel als eigenständiges Unternehmen weiterzuführen. Darüber hinaus muss seitens des deutschen Managements ein Szenario entworfen werden, das einen möglichst schnellen Ausstieg des Staates aus der Verantwortung vorsieht.

Wir Jusos werden das uns Mögliche und Verantwortbare tun, um zehntausende von Arbeitsplätzen und die industriellen Kapazitäten zu retten. Es geht hier um Arbeitnehmer und ihre Familien, um Zulieferunternehmen und letztlich auch um Wohnquartiere und um eine Stadt in NRW, im Ruhrgebiet. Politik muss im Rahmen einer europäischen Strategie den Industriestandort Deutschland mit seinen Kernkompetenzen schützen.

## **Eintreten gegen Rechts – Jetzt erst recht!**

Spätestens seit dem brutalen Überfall von Neonazis auf nordrhein-westfälische Jusos Mitte Februar dieses Jahres muss auch der/m letzten von uns auf schockierende Weise klar geworden sein, dass Rechtsextremismus kein fernes Problem aus der Vergangenheit Deutschlands ist. Die Bedrohung von Rechts trifft nicht nur gegen einzelne Minderheiten, sie geht gegen alle BürgerInnen und ist eine Bedrohung für unseren Rechtsstaat und unsere demokratische Gesellschaft.

Die Vorfälle nach der Demonstration in Dresden haben uns einmal mehr aufgezeigt, dass man die Gefahren, die von Neonazis ausgehen, nicht unterschätzen darf und welcher Handlungsdrang besteht. Gewalt, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit dürfen nicht verschleiert, verdrängt oder gar verharmlost werden - weder in Form von verbrecherischem Handeln, noch in Form leichtfertiger Sprüche und Stammtischparolen.

Längst zeigt sich die rechte Szene – wohlgerichtet nach außen – nicht mehr als einheitliche gewaltbereite Schläger-Truppe. Um ‚wählbar‘ für eine breite WählerInnenschicht zu sein, geben sich Rechte ‚gutbürgerlich‘, der oberflächliche Wandel von Springerstiefeln zu Lackschuhen ist offenkundig.

Das, was sich aber nach außen hin so menschenah gibt, ist nicht weniger gefährlich als die aggressiven glatzköpfigen jungen Männer, die Neonazis der ‚klassischen Sorte‘. Sie verkörpern weiterhin Nationalismus, Rassismus, Antisemitismus, ein frauenfeindliches Weltbild und Homophobie. Dass der ‚neue Typ Nazi‘ ein Wolf im Schafspelz ist, wird letztendlich durch die zahlreichen personellen Überschneidungen zwischen Kameradschaften, NPD, pro-Parteien, etc. deutlich. De facto sind es die selben Leute mit neuem Anstrich. Es braucht nicht viel, um diese Mogelpackungen zu entlarven.

Wie soll man nun mit diesem Umstand umgehen? Nicht über Neonazis reden, um sie nicht noch durch Aufmerksamkeit aufzuwerten oder gerade darüber reden, um allen BürgerInnen die Gefahren zu verdeutlichen und sie zu sensibilisieren? Dass der erste Weg nicht funktioniert, mahnt uns die Geschichte der Weimarer Republik.

Es ist unsere Pflicht durch aufklärende Arbeit die Umstände immer wieder anzuprangern. Wir dürfen rechtem Gedankengut keinen Millimeter Platz lassen in unserer Gesellschaft.

Wir NRW Jusos lehnen die Zusammenarbeit mit rechtsextremen Parteien und/oder Gruppierungen entschieden ab. Wir müssen durch unsere Haltung eine konsequente und klare Ächtung jeglicher rechtsgerichteten Einstellung kenntlich machen.

Dabei können wir nur als kleines Puzzleteil dienen, unser Ziel ist es, dass alle Parteien, Institutionen und Organisationen aber auch Privatpersonen eine deutliche und geschlossene Haltung gegen Rechtsextremismus einnehmen. Jegliche Tolerierung von fremdenfeindlichen, rassistischen oder antisemitischen Sprüchen, egal von wem geäußert, gießt Öl ins Feuer und bietet den Rechten mehr Antrieb.

Im Gegenzug würdigen wir im besonderen Maße Menschen, Betriebe und Organisationen, die Teils schon durch langjähriges Engagement gegen Rechts ein Vorbild für die gesamte Gesellschaft darstellen.

Der Überfall auf die Delegation der NRW Jusos war schrecklich und wir hoffen, dass sich solche Szenarien nicht wiederholen. Wir hoffen aber auch, dass durch dieses Ereignis noch mehr Menschen, noch mehr Parteien, noch mehr Organisationen, noch mehr Institutionen klar geworden ist, wie groß die Bedrohung ist und dass das Engagement gegen rechts immer wichtiger wird. Lasst uns als NRW Jusos als Vorbilder voran gehen. Jetzt erst recht!

## **Für Frieden und Toleranz – gegen den Anti-Islamisierungskongress!**

Die NRW Jusos haben schon immer gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit gekämpft und werden dies weiter tun. Insbesondere wenden wir uns gegen den geplanten „Anti-Islamisierungskongress“ am 9. Mai 2009 in Köln und werden, wie auch schon im September 2008, gemeinsam mit Kölnerinnen und Kölnern zeigen, dass rechte Parolen in NRW keinen Platz haben. Wir werden am 9. Mai gemeinsam in Köln Flagge zeigen und laden hierzu den Juso-Bundesvorstand, insbesondere die Juso-Bundesvorsitzende Franziska Drohsel, ein, gemeinsam mit uns gegen den „Anti-Islamisierungskongress“ von Pro Köln und pro NRW in Köln zu demonstrieren.

Seite an Seite mit unseren Bündnispartnern Gewerkschaften, Verbänden, Vereinen und Kirchen wollen wir ein Zeichen setzen für Weltoffenheit, Frieden und Toleranz.

Mit offenem Visier und als Jusos klar erkennbar treten wir jeder Form von Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit entgegen.

## **Jusos fordern mehr Schulpsychologen in NRW**

Die Jusos NRW setzten sich dafür ein, dass an den Schulen im Land mehr Schulpsychologen eingesetzt werden. Pro Schule in Nordrhein-Westfalen soll es dabei mindestens einen Psychologen geben, wobei je nach Lage der Schule auch mehr eingesetzt werden müssen. Die hierfür entstehenden Kosten sind durch das Land zu tragen. Das zusätzliche Personal darf keine Lehrerstellen ersetzen.

## **Zukunftsfähigkeit für unsere Städte**

Der Landesvorstand wird beauftragt, auf Landesebene ein Bündnis „Kommunen wehren sich“ zu initiieren und dies als Plattform zu nutzen, das Thema „Reform der Gemeindefinanzen“ in das Zentrum öffentlicher Auseinandersetzung zu ziehen. Ziel ist dabei ein handlungs- und aktionsfähiges Netzwerk aufzubauen, um im Sommer diesen Jahres Kampagnen- und mobilisierungsfähig zu sein. Die Unterbezirke fordern den Landesvorstand auf, die Grundlage zu schaffen, damit in allen von Haushaltssicherungsmaßnahmen betroffenen Kommunen die SPD aktiv an der Gründung und Verbreiterung entsprechender Bündnisse mitarbeiten kann. Hierzu dient die Erklärung im Folgenden, die als Diskussionsgrundlage im Landesvorstand dienen soll. Darüber hinaus müssen die NRW-Jusos die politische Vernetzung von Bündnispartnern auf der Landesebene aktiv vorantreiben.

### **Erklärung: Zukunftsfähigkeit für unsere Städte in Nordrhein-Westfalen**

In Nordrhein-Westfalen spitzt sich die Finanzkrise vieler Städte dramatisch zu. 63 % der kommunalen Kassenkredite in Deutschland konzentrieren sich auf die Städte des Ruhrgebietes und des Bergischen Landes. Die Höhe beläuft sich damit auf nahezu 2000 € pro Einwohner im Jahr 2007. Im übrigen Westdeutschland hatten die Kommunen gerade einmal Kassenkredite in Höhe von 280 € pro Einwohner, in Ostdeutschland waren es nur rund 190 € pro Einwohner.

Mittlerweile ist das Investitionsvolumen in den betroffenen Städten derart gesunken, dass notwendige Investitionen in kommunale Infrastruktur unterbleiben. Hinzu kommt, dass die Haushaltsaufsicht konsumtive Ausgaben weitestgehend untersagt. Damit zerfällt die soziale, kulturelle und sportliche Infrastruktur. Träger von sozialen Projekten müssen ihre Arbeit einstellen, kommunale Kulturpolitik findet nicht mehr statt: Die Lebensqualität in den betroffenen Städten nimmt dramatisch ab.

Mittlerweile werden den betroffenen Städten auch die Zugänge zu Fördermaßnahmen verweigert, die einen finanziellen Eigenanteil vorsehen. Damit fließen die Mittel an die Gebietskörperschaften, die noch über entsprechende Möglichkeiten verfügen.

Eine absurde Entwicklung: Statt der früheren Förderung nach Gebietskulissen um besonders benachteiligte Städte zu begünstigen, entsteht eine Förderung, die das genaue Gegenteil erreicht.

Nordrhein-Westfalen droht eine Zweiklassengesellschaft: In Düsseldorf werden in der nahen Zukunft Kinder kostenfrei Kindergärten und Kindertagesstätten besuchen können, in Wülfrath liegt der Eigenanteil im höchsten Segment bei über 500 € pro Monat.

Dies hat auch unmittelbare Auswirkungen auf die kommunale Infrastruktur: Theatern droht die Schließung, Privatisierungen werden unter dem Druck der Haushaltsaufsichten vorbereitet und Ausbildungsplätze nicht genehmigt. Die Haushaltskrise droht die Kernsubstanz der öffentlichen Daseinsvorsorge endgültig zu schleifen. Eine Perspektive, die uns zu gemeinsamen Handeln zwingt.

Die Jusos in Nordrhein-Westfalen fordern deshalb alle Unterbezirke, Gliederungen, Parteien, Träger der freien Wohlfahrtspflege, freie Träger sozialer Einrichtungen, usw., auf, sich aktiv an der Bildung und Verbreiterung örtlicher Bündnisse zur Sicherung der finanziellen Ausstattung der Gemeinden zu beteiligen. Beispiele können die Aktivitäten in Oberhausen und Wuppertal sein. Für uns steht dabei im Mittelpunkt:

- Die unbefristete Entschuldung der betroffenen Städte durch einen Landesfonds;
- die Aufkündigung des Solidarbeitrages Ost für die finanzschwachen NRW-Kommunen;
- die Infrastrukturförderung nach dem realen Bedarf der Städte;
- die Sicherung der Arbeits- und Ausbildungsplätze im kommunalen öffentlichen Dienst in NRW, sowie
- die Aufhebung des durch die Förderalismusreform eingefügten Verbotes der direkten Finanzbeziehungen von Bund und Gemeinden.

Wir wollen in Nordrhein-Westfalen lebenswerte und vitale Städte. Wir begreifen die Kommunen als unverzichtbaren wirtschaftlichen und politischen Akteur in unserem Gemeinwesen. Wir wollen Zukunftsfähigkeit für unsere Städte jetzt – dafür setzen wir uns ein.

Initiativantrag 7

## **Quellen kennzeichnen**

Bei allen Anträgen, die nach der Landeskonferenz 2009 gestellt werden, müssen Daten nachvollziehbar mit Quellen belegt werden.

## **KALLE GRABOWSKI zur A 44 Eröffnung einladen**

Das Bundesverwaltungsgericht in Leipzig hat diese Woche in den meisten Punkten zugunsten eines Weiterbaus der A 44 (ehemalige DüBoDo) entschieden. Auch wenn wir Jusos weiterhin den ÖPNV fördern und uns gegen eine Stärkung des PIV aussprechen, darf man doch KEIN HANS-GUCK-IN-DIE-LUFT SEIN UND MUSS DIE DINGE EHER REALISTISCH SEHEN. Daher sollte die Eröffnung des Teilstücks zwischen Ratingen und Velbert im Jahr 2017 in einem würdigen Rahmen stattfinden.

Um zu demonstrieren, dass es FÄHRT SICH GUT AUF DEUTSCHEN AUTOBAHNEN, laden die Jusos NRW KALLE GRABOWSKI ein, o.a. Teilstück in einem GOLDENEN MERCEDES 500 SEC zu eröffnen.

Selbstverständlich ist die TANKFÜLLUNG INKLU. Haushaltsmittel hierfür sind bereitzustellen.

Indem KALLE GRABOWSKI IN DEM COUPE MIT 240 ÜBER DIE BAHN BALLERT, kann die Strecke hinsichtlich ihrer Qualität sofort einem echten Härtetest unterzogen werden.

Zudem kann so die Lärmbelastung der AnwohnerInnen direkt untersucht werden (UND BÄNG HASSE DIE SCHALLMAUER GEBROCHEN).

Durch eine günstige Termingestaltung kann Kalle auch ein direktes Weiterfahren zur ERÖFFNUNG DER IAA ermöglicht werden.

Mit dem Weiterbau der A 44 wird zudem ein weiträumiges Umfahren von KETTWIG erleichtert.

P.S. SOLLTE SCHNUCKE DAMIT EIN PROBLEM HABEN, MÜSSEN WIR DARÜBER REDEN...